

Bei dieser Arbeit handelt es sich um eine Wissenschaftliche Hausarbeit, die an der Universität Kassel angefertigt wurde. Die hier veröffentlichte Version kann von der als Prüfungsleistung eingereichten Version geringfügig abweichen. Weitere Wissenschaftliche Hausarbeiten finden Sie hier: <https://kobra.bibliothek.uni-kassel.de/handle/urn:nbn:de:hebis:34-2011040837235>

Diese Arbeit wurde mit organisatorischer Unterstützung des Zentrums für Lehrerbildung der Universität Kassel veröffentlicht. Informationen zum ZLB finden Sie unter folgendem Link:

www.uni-kassel.de/zlb

Wissenschaftliche Hausarbeit im Rahmen der Ersten Staatsprüfung für das Lehramt an
Gymnasien im Fach **Sozialkunde/Politik und Wirtschaft**, eingereicht dem Amt für Lehrerbildung
- Prüfungsstelle Kassel - .

Thema:

**Exkursionen in der politischen Bildung
am Beispiel von Parlamentsbesuchen.**

Verfasser:

Markus Junghans

Gutachter:

Prof. Dr. Bernd Overwien

Kassel, 28.05.2009

Inhaltsverzeichnis

I. Einleitung	1
1. Erste Annäherung an das Thema	1
1.1 Fragestellungen	1
1.2 Beweggründe für das Verfassen der Arbeit	2
1.3 Einführung in das Thema: Begrifflichkeiten und didaktische Relevanz	2
1.4 Forschungsstand	4
1.5 Aufbau und Methode	6
II. Fachlich-didaktischer Hintergrund zu Parlamentsbesuchen	
2. Inhaltsbezogene Aufgabenfelder und Vermittlungsprinzipien bezüglich des Parlamentsbesuchs	7
2.1 Institutionenkundliches Lernen	7
2.2 Europabezogenes Lernen und europapolitisches Lernen	16
3. Lernkonzepte und Methoden bezüglich eines Parlamentsbesuches	21
3.1 Lernkonzepte im Kontext eines Parlamentsbesuches	21
3.2 Methoden bezüglich des Parlamentsbesuches	22
4. Lebenswelt der Adressaten: Kenntnisstand und Auffassungen von Jugendlichen und Erwachsenen zu politischen Institutionen	25
5. Warum sollten Parlamentsbesuche in der politischen Bildung durchgeführt werden? Einschätzung von Lernpotenzialen, Kompetenzen, Bildungszielen sowie deren Risiken	28
6. Einschätzung des lernthematischen curricularen Zusammenhangs im Politikunterricht	35
III. Praxiserfahrungen und empirische Befunde mit Parlamentsbesuchen	
7. Politikdidaktische Erfahrungsberichte und empirische Befunde bezüglich Parlamentsbesuchen	37
8. Ausgewählte Praxiserfahrungen mit Parlamentsbesuchen	42
8.1 Erfahrungsbericht zu den Studienfahrten nach Brüssel 2006 und 2007	42
8.2 Erfahrungen aus der Exkursion nach Wiesbaden 2008	48
8.3 Ausgewählte Parlamentsbesuche im Vergleich	54

IV. Fazit	
9. Anleitungsempfehlungen für Parlamentsbesuche	57
V. Quellen- und Literaturverzeichnis	59
VI. Anhänge	72

I. Einleitung

1. Erste Annäherung an das Thema

„Anschauung ist das Fundament jeder Erkenntnis“

(Pestalozzi)

„Keiner kommt von einer Reise so zurück, wie er weggefahren ist.“¹

(Graham Greene)

„Reisen veredelt den Geist und räumt mit all unseren Vorurteilen auf.“²

(Oscar Wilde)

„Politische Bildung, die im Abstrakten verweilt, kann nicht nachhaltig wirksam sein.“³

(Ulrike Steimann)

1.1 Fragestellungen

Die oben dargestellten Zitate verdeutlichen in unterschiedlicher Weise wesentliche Elemente des Themas „Exkursionen in der politischen Bildung am Beispiel von Parlamentsbesuchen“. Darüber hinaus ergaben sich im Zuge der Beschäftigung mit dem Thema folgende Fragestellungen, die die wesentlichen Bereiche der Erarbeitung umfassen:

- Lässt sich die Politikverdrossenheit und insbesondere die Parlamentsverdrossenheit durch „Lernen vor Ort“ reduzieren?
- Generiert das „Lernen vor Ort“ ein lang anhaltendes Lernerlebnis bzw. einen nachhaltigen Lernerfolg bei den Lernenden?
- Wie lassen sich politische Institutionen für Schülerinnen und Schüler interessant vermitteln?
- Helfen Parlamentsbesuche um den Adressaten politischer Bildung das „trockene Thema der Institutionenkunde“ interessanter zu vermitteln?
- Was sind Kennzeichen eines guten Parlamentsbesuches?

¹ Zitiert nach Schlichting 2006, kurz vor dem Vorwort.

² Zitiert nach Lukas-Eder 2006, S. 325.

³ Zitiert nach Steimann 2005, S. 404.

1.2 Beweggründe für das Verfassen der Arbeit

Nachdem im Vorherigen in das Thema durch Zitate und Fragestellungen eingeführt wurde, werden nun die Beweggründe für das Verfassen der Arbeit benannt.

Diesbezüglich sind vor allem meine Erfahrungen mit Parlamentsbesuchen⁴ in meiner eigenen Schulzeit als auch seit Beginn meiner Lehrerausbildung im Herbst 2005 hervorzuheben. Ferner soll die Arbeit einen Ansatz dazu liefern, wie das Problem der Politik- und insbesondere der Parlamentsverdrossenheit reduziert werden kann.

1.3 Einführung in das Thema: Begrifflichkeiten und didaktische Relevanz

Nachdem die Gründe sowie die Fragestellungen der Erarbeitung dargestellt wurden, wird jetzt in das Arbeitsthema eingeführt. Hierzu werden relevante Begriffe wie Exkursion, Studienreise, Parlamentsbesuch sowie die Parlamentsdidaktik- bzw. die Institutionendidaktik und deren didaktischer Stellenwert näher erläutert.

Exkursion in der politischen Bildung

Unter Exkursion wird ein eher unscharfer Sammelbegriff für unterschiedliche Unterrichtsvorhaben, wie zum Beispiel eine Erkundung, eine Studienfahrt, ein Museumsbesuch oder auch ein Parlamentsbesuch, verstanden.

Elementares Ziel einer Exkursion in der politischen Bildung ist es, die politische Wirklichkeit vor Ort mit unterschiedlichen Arbeitstechniken zu erforschen⁵ sowie soziale Erfahrungen in einer Gruppe und in neuen, unbekanntem Situationen⁶ durch Realerfahrungen zu erhalten. Sehr bedeutend bei Exkursionen ist eine intensive Vorbereitung und Auswertung, damit die neuen Wissensstrukturen⁷ nach dem „Lernen vor Ort“⁸ auch mit alten Strukturen verknüpft werden können.⁹

Studienfahrt bzw. Studienreise

Mit Bildungsreisen werden mehrtägige Gemeinschaftsreisen zum Zwecke von Besichtigungen mit Führungen verbunden. Damit diese Form des außerschulischen Lernens zu einem zielgerichteten Arrangement des Lehr-/Lern-Prozesses wird, sind vorbereitende, begleitende und nachbereitende

⁴ Diese umfassen vier in meiner eigenen Schülerzeit und drei seit Beginn meines Studiums.

⁵ Im Rahmen des Parlamentsbesuches sind dies insbesondere die Beobachtung und die Befragung von Experten in der jeweiligen politischen Institution.

⁶ Hierbei sind im Kontext des Parlamentsbesuches besonders die Befragung und der Umgang mit einem Mitglied eines Parlamentes hervorzuheben.

⁷ An dieser Stelle ist auf den Aufsatz von Pfeiffer 2008, S. 76-88 hinzuweisen.

⁸ Vgl. dazu Rogge 1999, S. 159f.

⁹ Vgl. dazu vor allem Weißeno 2000, S. 38f, Maier 1999, S. 393 sowie Detjen 2006, S. 195ff.

Informations- und Gesprächselemente obligatorisch.¹⁰ Im Idealfall kommt es zu einer konkreten Anschauung, persönlichen Begegnungen sowie sinnhaften, kritischen Auseinandersetzung mit den einzelnen Ausflugszielen. Die Kriterien für Studienfahrten nach dem Reisepädagogen Adolf Reichweins lauten:

- Bereicherung des geistig-politischen Horizontes
- Blick auf die soziale Wirklichkeit im jeweiligem Zielgebiet schärfen
- intensive Vorbereitung und Auswertung.

Als fester Bestandteil außerschulischer Jugend- und Erwachsenenbildung zeigten im Jahr 1996 72.600 Teilnehmer an 2.720 Studienreisen, mit mindestens einer Übernachtung, Interesse an diesem Bildungsangebot.¹¹

Parlamentsbesuch¹²

Das Parlament gehört zu den „klassischen“ außerschulischen Lernorten der politischen Bildung.

Zu dem routinemäßigen Ablauf eines Parlamentsbesuches zählt eine Parlamentsbesichtigung. Dies geschieht häufig durch einen Bediensteten des besuchten Parlaments oder von einem Mitarbeiter des Mandatsträgers, der die Besucher einlädt. In seltenen Fällen kommt es auch zu einer Führung durch den Abgeordneten selbst.¹³ Zweitens können in der Regel einem Parlamentarier, oftmals dem Repräsentanten des Wahlkreises aus dem die Besucher kommen, Fragen gestellt werden.¹⁴ Das dritte Element eines Parlamentsbesuches beinhaltet den Besuch einer Plenartagung.¹⁵

Parlamentsdidaktik bzw. Institutionendidaktik¹⁶

Der Begriff Parlamentsdidaktik wird als Synonym zum Begriff der Parlamentspädagogik gebraucht und gilt als spezieller Bereich im Rahmen der Institutionendidaktik.

Die Institutionendidaktik, die sich von einer bis in die 1960er Jahre abstrakten und formalen „Kunde“ hin zu einer vermehrt an den Interessen der Schüler und Teilnehmer¹⁷ orientierten

¹⁰ Vgl. dazu die dargestellten Vor- und Nachbereitungen zu den Studienfahrten nach Brüssel und Wiesbaden im Anhang.

¹¹ Vgl. dazu Wilbert 2000, S. 179f., Maier 1999, S. 393 sowie Ciupke 2005, S. 577ff.

¹² Vgl. zu diesem Abschnitt besonders die Veröffentlichungen von Sarcinelli 2000, S. 123f. sowie Allkämpfer/ Grimm/ Zinnkann 1994, S. 222-233 und Lauber 1988, S. 112f.

¹³ Vgl. dazu unter 8.2 den Parlamentsbesuch im Hessischen Landtag mit den dadurch ermöglichten Eindrücken für die Teilnehmer des Besuches.

¹⁴ Die Lernchancen und Probleme bei einer Experten- bzw. Abgeordnetenbefragung vgl. genauer unter 3.2.

¹⁵ Inwiefern dieser als Lernchance oder Risiko zu bewerten ist, wird unter Abschnitt 8 näher erläutert. Vgl. dazu auch die beiden Veröffentlichungen von Breit 2006, S. 47ff. sowie Drygalla 2007, S. 102ff.

¹⁶ Vgl. zu diesem Teil der Begriffsklärung speziell die Publikationen von Sarcinelli in Richter 1999, S. 171, Sarcinelli (Hg.) 1994 sowie die sehr empfehlenswerte Dissertation von Siemsen 1997 und auch Schlichting 2006, S. 29ff.

¹⁷ Dem Verfasser ist bewusst, dass an dieser Stelle auch die weiblichen Formen stehen müssten. Diese werden aber aufgrund der besseren Lesbarkeit an einigen Stellen des Verfassten nicht immer extra aufgeführt.

Didaktik wandelte¹⁸, verwendet gegenwärtig vermehrt die didaktischen Vermittlungsprinzipien der Handlungsorientierung, der Binnenorientierung sowie der Problemorientierung.¹⁹

Bei der Parlamentsdidaktik handelt es sich zum einen um die Didaktik des Parlamentes und zum anderen um einen Teil der parlamentarischen Öffentlichkeitsarbeit. Die Realbegegnung mit Parlamenten gilt als Hauptbestandteil der Parlamentsdidaktik.

Die Absicht der Parlamentsdidaktik besteht darin, adressatenorientiert den Besuchern von Parlamenten die grundlegenden Funktionen und Aufgaben des Verfassungsorgans zu erläutern. Um dies zu gewährleisten, erarbeiten die Mitarbeiter von Parlamenten zahlreiche Angebote zur Vor- und Nachbereitung von Parlamentsbesuchen. Dies geschieht zum Beispiel in Form von CD-ROMs, Informationsschriften oder Arbeitsbüchern.²⁰

1.4 Forschungsstand²¹

Die Forschungslage über das Thema „Exkursionen in der politischen Bildung am Beispiel von Parlamentsbesuchen“ ist in vier grundsätzliche Gebiete zu unterteilen. Bei dem ersten handelt es sich um das institutionenkundliche Lernen, das sich damit auseinandersetzt, wie sich politische Institutionen im Politikunterricht adressatengerecht vermitteln lassen. Der zweite Bereich umfasst das außerschulische Lernen mit den dazugehörigen didaktischen Prinzipien und Methoden der politischen Bildung, der dritte die Parlamentsdidaktik und beim vierten handelt es sich um aktuelle Erfahrungsberichte und Veröffentlichungen im Kontext von Parlamentsbesuchen.

Institutionenkundliches Lernen

Im Bereich des institutionenkundlichen Lernens liefern besonders die politikwissenschaftlichen und politikdidaktischen Zeitschriften „politische bildung“, „Zeitschrift für Parlamentsfragen“, „polis“, „kursiv“, „Gegenwartskunde“, „Politische Vierteljahreszeitschrift“ sowie „Aus Politik und Zeitgeschichte“ relevante Beiträge.²² Als bedeutende Monografie im Themengebiet ist besonders Deichmanns „Mehrdimensionale Institutionenkunde in der politischen Bildung“ aus dem Jahre

¹⁸ Vgl. dazu die beiden Aufsätze von Massing 1997, S. 287 sowie Massing 2005, S. 315. Der Wandel der Institutionenkunde ist besonders folgenden Veröffentlichungen zu entnehmen: Deichmann 2007, S. 41, Deichmann 1996, S. 5ff., Gagel 1989, S. 387ff. sowie Massing 1999, S. 111, Deichmann 1999, S. 231 und Sarcinelli in ApuZ 1991, S. 41-53.

¹⁹ Vgl. dazu den Abschnitt „Wie lassen sich politische Institutionen vermitteln?“ ab Seite 9.

²⁰ Vgl. dazu u.a. den Aufsatz von Wissel 1995, S. 79-89, Sarcinelli/ Wissel/ Molter 1999 aber auch die Übersicht und Vorstellung der einzelnen Landesparlamente im Internet verfügbar unter: <http://rsw.beck.de/rsw/shop/default.asp?docid=11788>, eingesehen am 21.04.09, 22.00 Uhr sowie beispielsweise einen interaktiven Rundgang im Hessischen Landtag: <http://www2.landtaghessen.de/systemstatic/internet/flash/rundgang.html>, eingesehen am 23.04.09, 14.00 Uhr.

²¹ Die dargestellten Ausführungen hätten sicherlich noch umfangreicher ausfallen können. Doch es wird hierbei eine Auswahl der sehr umfangreichen Literatur in der Thematik getroffen, die seit Beginn der 1980er Jahre ansetzt.

²² Die einzelnen Beiträge vor allem von Walter Gagel und Ulrich Sarcinelli aus den Zeitschriften werden im Laufe der Arbeit immer wieder zitiert. Die vollständigen bibliografischen Angaben sind dem Literaturverzeichnis zu entnehmen.

1996 zu benennen.²³ Zudem sind Einführungsartikel im Bereich der Institutionenkunde in allen aktuellen Handbüchern politischer Bildung berücksichtigt.²⁴

Außerschulisches Lernen und dessen didaktische Prinzipien und Methoden

Außerschulische Lernorte in der politischen Bildung werden seit einer verstärkten Handlungs- und Erfahrungsorientierung im Fach seit dem Ende der 1980er Jahre vermehrt behandelt.²⁵ Als erstes „Standardwerk“ ist hierbei insbesondere die Veröffentlichung von Paul Ackermann „Politisches Lernen vor Ort“ aus dem Jahre 1988 zu benennen. Darüber hinaus veröffentlichte die Bundeszentrale für politische Bildung im Jahr 1988 eine Schriftenreihe zum Thema „Erfahrungsorientierung“ und drei Jahre später eine im Themengebiet „Handlungsorientierung“. Bei denen wurden Realbegegnungen mit politischen Institutionen angesprochen. Des Weiteren folgten in den Jahren 1997 und 1998 weitere Publikationen von Tilman Grammes sowie Gotthard Breit und Siegfried Schiele.²⁶ Außerdem finden Beiträge zu den Methoden und didaktischen Prinzipien im Kontext des außerschulischen Lernens ihren Platz in Handbüchern und aktuellen Veröffentlichungen der politischen Bildung.²⁷

Parlamentsdidaktik und Institutionendidaktik

In diesem Bereich sind die Veröffentlichungen von Ulrich Sarcinelli hervorzuheben. Diesbezüglich erhält die Herausgeberschrift „Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente“ aus dem Jahre 1994 besondere Erwähnung, die aus einem Projekt im Kieler Landtag entstand. Außerdem promovierte Claudia Siemsen im Bereich der Parlamentsdidaktik und der Öffentlichkeitsarbeit 1997.²⁸

Politikdidaktische Erfahrungsberichte und Veröffentlichungen

Neben den Beiträgen aus der Fachliteratur zu den geschilderten Bereichen werden aktuelle Erfahrungsberichte mit Parlamentsbesuchen in der Unterrichtspraxis,²⁹ der universitären Lehre³⁰ sowie der außerschulischen Bildung³¹, die für die Forschungslage der vorliegenden Arbeit wichtige Schilderungen aus der Praxis liefern, veröffentlicht.

²³ Die vollständige Bibliografie ist dem Literaturverzeichnis zu entnehmen.

²⁴ Vgl. dazu vor allem die Publikationen aus den Handbüchern von Wolfgang W. Mickel aus dem Jahre 1999 sowie den Handbüchern von Wolfgang Sander aus den Jahren 1997 und 2005.

²⁵ Vgl. dazu Ackermann 1998, S. 3ff.

²⁶ Die vollständigen Bibliografien der Schriften sind dem Literaturverzeichnis zu entnehmen.

²⁷ Vgl. dazu speziell die Publikationen aus den Handbüchern von Mickel aus dem Jahre 1999 sowie aus den Handbüchern von Sander aus den Jahren 1997 und 2005 sowie dem Methodentraining I 2006.

²⁸ Die vollständigen Bibliografien der Schriften sind dem Literaturverzeichnis zu entnehmen.

²⁹ Vgl. dazu besonders Drygalla 2007, S. 102-116 sowie Schlichting 2006.

³⁰ Vgl. dazu Trautwein 2008.

³¹ Vgl. dazu speziell die Aufsätze in der Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ der Hefte 1/2006 „Europa ohne Bürger und Bürgerinnen?“ sowie 4/2005 „Lernen an anderen Orten: Erkundungen, Exkursionen, Studienreisen“.

1.5 Aufbau und Methode

Im Aufbau der Erarbeitung werden Praxiserfahrungen mit empirischen Befunden und Veröffentlichungen aus der Fachliteratur verknüpft, um daran anschließend praktische Anleitungsempfehlungen für das Durchführen von Parlamentsbesuchen zu formulieren. Des Weiteren soll die Arbeit Einblicke in den Umgang mit Parlamentsbesuchen in der außerschulischen, universitären und vor allem der schulischen Bildung liefern.

Im ersten Bereich, dem fachlich-didaktischen Hintergrund zu Parlamentsbesuchen, werden hierzu zunächst die inhaltsbezogenen Aufgabenfelder des institutionenkundlichen Lernens sowie des europabezogenen Lernens mit deren Vermittlungsprinzipien bezüglich des Parlamentsbesuchs vorgestellt. Danach werden die Lernkonzepte des forschenden und des reisenden Lernens sowie die Methoden bezüglich eines Parlamentsbesuches, der Expertenbefragung, der Erkundung sowie der Besichtigung näher beschrieben. Daran anschließend wird die Lebenswelt der Adressaten sowie deren Kenntnisstand und die Auffassungen von Jugendlichen und Bürgern zu politischen Institutionen dargestellt. Darauf folgend wird der Frage nachgegangen „Warum sollten Parlamentsbesuche in der politischen Bildung durchgeführt werden?“ und dazu die Lernpotenziale, Kompetenzen, Bildungsziele sowie deren Risiken eingeschätzt. Der fachlich-didaktische Abschnitt der Erarbeitung wird mit einer Einschätzung des lernthematischen curricularen Zusammenhangs im Politikunterricht in Bezugnahme auf Parlamentsbesuche, exemplarisch am Bundesland Hessen abgeschlossen.

Im Praxisteil der Arbeit werden zunächst Erfahrungsberichte und empirische Befunde mit Parlamentsbesuchen geschildert. Diesbezüglich werden Praxiserfahrungen aus der Politikdidaktik im Rahmen der universitären, der außerschulischen sowie der schulischen Bildung vorgestellt. Des Weiteren wird mithilfe eines ersten empirischen Befundes der Frage nachgegangen, ob Exkursionen in der politischen Bildung einen Mehrwert zum herkömmlichen Unterricht haben. Der Praxisteil wird durch die Schilderung von Eindrücken der selbst durchgeführten Parlamentsbesuche nach Brüssel 2006 und 2007 sowie 2008 in den Hessischen Landtag abgeschlossen.

Im letzten Abschnitt der Erarbeitung werden sieben Anleitungsempfehlungen für Parlamentsbesuche als Fazit der gesamten Beschäftigung mit dem Thema formuliert.

II. Fachlich-didaktischer Hintergrund zu Parlamentsbesuchen

2. Inhaltsbezogene Aufgabenfelder und Vermittlungsprinzipien bezüglich des Parlamentsbesuchs

In dem folgenden Abschnitt werden die beiden Inhaltsfelder des politischen Lernens im Kontext eines Parlamentsbesuches mit deren Vermittlungsprinzipien verdeutlicht. Es handelt sich hierbei um das Inhaltsgebiet des institutionenkundlichen Lernens sowie um das des europabezogenen Lernens.

32

2.1 Institutionenkundliches Lernen

Das Aufgabenfeld des institutionenkundlichen Lernens bzw. der Institutionenkunde wird anhand folgender Fragestellungen erläutert:

- Was bedeutet Institutionenkunde bzw. institutionenkundliches Lernen?
- Institutionenkunde- ein veralteter Begriff? Wie wandelte sich der Begriff?
- Welche Bedeutung hat das institutionenkundliche Lernen in der politischen Bildung?
- Warum sollte das institutionenkundliche Lernen in der politischen Bildung seinen Platz haben?
- Wie lassen sich politische Institutionen vermitteln?
- Welche Anforderungen beinhaltet das institutionenkundliche Lernen?
- Welche Probleme gibt es bei der Vermittlung?

Was bedeutet Institutionenkunde bzw. institutionenkundliches Lernen?

„Institutionenkunde in der Politischen Bildung bedeutet die bewusste Vermittlung von Kenntnissen über gesellschaftliche und- besonders- über politische Institutionen der politischen Ordnungen und derjenigen in der Internationalen Politik.“³³ (Carl Deichmann)

Institutionenkunde- ein veralteter Begriff? Wie wandelte sich der Begriff?

Unter dem Begriff „Institutionenkunde“ wurde bis in die 1960er eine abstrakte und formale „Kunde“ verstanden, bei der die Lernenden sich den Stoff bezüglich unterschiedlicher Institutionen aneigneten bzw. ihnen die Inhalte „eingetrichtert“ wurden.³⁴ Ein Wandel von der „alten“ Institutionenkunde zu einem mehr auf den Adressaten orientierten institutionenkundlichen Lernen fand in den darauf folgenden Jahre statt. Hierzu sollen die Adressaten politischer Bildung, egal ob

³² Es kam zu dieser Auswahl, da die Parlamentsbesuche zu einer nationalen politischen Institution (Landtag) sowie einer europäischen Institution (Miniplenum in Brüssel) durchgeführt wurden.

³³ Deichmann 2007, S. 41.

³⁴ Vgl. dazu u.a. Massing 2005, S. 315 sowie Massing 1997, S. 287.

Jugendliche in der Schule oder Erwachsene im Rahmen von Angeboten der außerschulischen Bildung, subjektiv einen Bezug zur Institution herstellen, wobei der objektive Bezug, zum Beispiel „Wie kommt es zu Gesetzen?“ oder „Wie wird der Bundeskanzler gewählt?“,³⁵ auch weiterhin vermittelt wird. Doch die Teilnehmer von institutionenkundlichen Lernarrangements sollen sich darüber hinaus selbstständig, problemorientiert, handlungsorientiert und auch erfahrungsorientiert politische Institutionen aneignen.³⁶

Welche Bedeutung hat das institutionenkundliche Lernen in der politischen Bildung?

Der Politikunterricht muss gesellschaftliche und politische Institutionen behandeln, da ansonsten die Wirklichkeit ausgeblendet wird. Demzufolge gehören politische Institutionen zum unverzichtbaren Bestandteil politischer Bildung.³⁷

Des Weiteren nehmen politische Institutionen im Demokratieverständnis eine zentrale Rolle ein. Außerdem ist Politik ohne Institutionen nicht möglich. Verfasste Institutionen mit Zuständigkeiten, Kompetenzen und Verfahren sind grundlegend für jedes politische System und dessen Verständnis.

³⁸

Warum sollte das institutionenkundliche Lernen in der politischen Bildung seinen Platz haben?

Befunde zum Kenntnisstand und den Auffassungen der Bürger ergeben, dass Politikverdrossenheit und Parlamentsverdrossenheit als „politisch-kulturelle Achillesferse“ für das politische System in Deutschland auszumachen sind. Diese belasten das politische System. Aus diesem Grund hat die politische Bildung mit dafür zu sorgen, dass Lernende die Funktionen, Arbeitsweisen, Kommunikationsformen von politischen Institutionen vermittelt bekommen und kennen lernen, so dass die Distanz von Jugendlichen zur parlamentarischen Demokratie Deutschlands reduziert wird, damit die freiheitliche Verfassungsordnung an unsere Kinder und Enkel auch weitergegeben werden kann.³⁹

³⁵ Vgl. dazu Gagel 1986, S. 34-44 sowie Gagel 1985, S. 403-414 sowie Gagel 2000, S. 58ff.

³⁶ Vgl. dazu Gagel 1989, S. 387-418, Siemsen, S. 26ff. sowie Sarcinelli in APuZ 1991, S. 41-53.

³⁷ Vgl. dazu Massing 2005, S. 315 sowie Deichmann 1996, S. 5.

³⁸ Vgl. dazu Sarcinelli in: APuZ 1991, S. 41ff. sowie Grammes 1994, S. 172.

³⁹ Vgl. dazu den Abschnitt zur Lebenswelt der Adressaten unter Abschnitt 4 sowie besonders die Veröffentlichungen von Sarcinelli 2005, S. 215 sowie Patzelt 2003, S. 72.

Wie lassen sich politische Institutionen vermitteln?

Politische Institutionen lassen sich im Wesentlichen durch folgende acht politikdidaktische Prinzipien vermitteln:

- Erfahrungsorientierung bzw. „Politik vor Ort lernen“
- Konkretes und abstraktes Lernen sowie betroffenes und bedeutsames Lernen
- Kontroversität und Problemorientierung
- Handlungsorientierung
- Binnenorientierung
- Adressatenorientierung (Schülerorientierung bzw. Teilnehmerorientierung)
- Produktorientierung
- Kritische Institutionenkunde

Erfahrungsorientierung bzw. „Politik vor Ort lernen“

Als Methode des Erfahrungslernens sind Realbegegnungen, wie zum Beispiel Erkundungen oder auch der Parlamentsbesuch, Kernbestand des erfahrungsorientierten Lernens, bei dem es zu einer Öffnung der Schule zu außerschulischen Lernorten kommt und versucht wird die subjektbezogene Dimension, Vorwissen und Alltagserfahrungen der Lernenden in den Lernprozess zu integrieren. Ein weiterer Schwerpunkt beim Erfahrungslernen ist es, dass eine aktive Auseinandersetzung mit der Realität angeregt wird.⁴⁰

Konkretes und abstraktes Lernen sowie betroffenes und bedeutsames Lernen⁴¹

Unter konkretem Lernen versteht Gagel ein Fallprinzip, bei dem Ereignisse, Handlungen und Motive exemplarisch thematisiert werden. Wichtig ist diesbezüglich, dass eine subjektive „Betroffenheit“ beim Lernenden entsteht und der er intrinsisch motiviert, vom Einzelfall zum Allgemeinen eigene Schlüsse ziehen kann (Induktion). Dieses didaktische Prinzip findet seine Verwendung vor allem im schülerzentrierten Unterricht.

Unter abstraktem Lernen versteht der Politikdidaktiker, dass speziell Institutionen und Systeme verallgemeinert behandelt werden. Im Kontext dieses Lernprozesses soll die objektive Dimension des Politischen dem Adressaten verdeutlicht werden. Im Idealfall entsteht eine „Bedeutsamkeit“, bei der der Lernende politische Phänomene vom Allgemeinen zum Einzelfall lernt (Deduktion).

⁴⁰ Vgl. dazu Gagel 1989, S. 398ff., Ackermann 1988, S. 8ff., Detjen 2000, S. 32ff. sowie Klippert 1988, S. 75.

⁴¹ Hierbei findet eine Anlehnung insbesondere an der didaktischen Position von Walter Gagel mithilfe seiner Publikationen Gagel 2000, S. 59 und 70, Gagel 1989, S. 387-418ff., Gagel 1986, S. 34ff. sowie Gagel 1985, S. 403ff. statt.

Diese Lernform findet sehr häufig seine Verwendung im lehrerzentrierten Unterricht.

Die Einsatzmöglichkeiten des Prinzips im Rahmen des inhaltsbezogenen Aufgabenfeldes können in nachstehenden Dimensionen des Politischen stattfinden:

Dimensionen der Politik/ Erkenntnisebene	Form	Inhalt	Prozess
konkret			
abstrakt			

Problemorientierung

Das Ziel dieses didaktischen Prinzips ist es, dass Strukturzusammenhänge dem Lernenden verdeutlicht werden. Als Inhalte gelten Schlüsselprobleme und problemhaltige Situationen. Hierbei bietet sich die Umweltkrise oder die Friedensfrage als besonders geeignet an oder es werden Herausforderungen ausgewählt, die für das Leben der Adressaten politischer Bildung im zukünftigen Leben bedeutsam sind und sie herausfordern. Ein weiteres wichtiges Element bei der Auswahl von Themen für einen problemorientierten Unterricht ist, dass Themen besprochen werden, die die Lernenden interessieren, konkret zugänglich sind und nicht nur vom Lehrenden als interessant beziehungsweise bedeutsam angesehen werden.⁴²

Konkret für das inhaltsbezogene Aufgabenfeld des institutionenkundlichen Lernens bedeutet dies, dass ein problemorientierter Zugang, wie zum Beispiel die Regierungsbildung im Kontext der „hessischen Verhältnisse“ zwischen dem Januar 2008 und dem Januar 2009 im Bundesland Hessen, ausgewählt wird. Zweitens sollen Analysen wichtiger politischer Kontroversen exemplarisch an politischen Entscheidungsprozessen durchgeführt werden, sodass Strukturen des Parlamentarismus erklärt werden und Vernetzungen sowie Abhängigkeiten durch verschiedene Akteursperspektiven beschrieben werden.⁴³

Handlungsorientierung

Eine Unterrichtsgestaltung nach dem Vermittlungsprinzip der Handlungsorientierung bietet sich gut an, um das Themengebiet des politischen Systems Deutschlands zu behandeln. Denn auf diese Weise können sich die Lernenden selbst ein Bild über parlamentarische Abläufe machen. Durch dieses Vermittlungsprinzip können sich die Adressaten auch besser in die Perspektive von

⁴² Vgl. dazu Siemsen 1997, S. 127ff., Breit 2005, S.108ff., Gagel 2000, S. 18ff., Gagel 2007, hier besonders die didaktische Konzeption der Problemorientierung nach Wolfgang Hilligen S. 18ff., Klafki 1996, S. 251ff. sowie Sarcinelli 1993, S. 457.

⁴³ Vgl. dazu Massing 1999, S. 113, Massing 2005, S. 320, Massing 1997, S. 294f. sowie Deichmann 1999, S. 234.

Politikern versetzen, die täglich Entscheidungen zum Wohle des Volkes treffen sollen. Die Politikdidaktikerin Sibylle Reinhardt verbindet mit Handlungsorientierung, dass aus einem toten Unterricht eine lebendige, sinnvolle Veranstaltung wird, bei der sich entfremdetes Lernen in eine Sache der Subjekte verwandelt und somit Motivationsprobleme beseitigt werden.⁴⁴ Des Weiteren versteht sie unter Handlungsorientierung ein simulatives Handeln mit aktiver Aufgabenstellung.⁴⁵ Nach Herbert Gudjons ist die Tätigkeit eines lernenden Subjekts im handlungsorientierten Unterricht durch Aktivität, Handeln, Selbstständigkeit, Erkenntnis, Tätigkeit und Aneignung sowie Lernen gekennzeichnet.⁴⁶ Reinhardt versteht unter Handlungsorientierung zudem einen ganzheitlichen, wirklichkeitsnahen sowie demokratischen Lernprozess. Demokratisch, weil Kooperation, Kommunikation, Produktivität sowie Verantwortung wichtige Komponenten, des didaktischen Prinzips, sind.⁴⁷ Bei dem Vermittlungsprinzip ist es ferner bedeutend über Probleme bei dieser Gestaltungsform des Unterrichts Bescheid zu wissen.

Konkret für das inhaltsbezogene Aufgabenfeld des institutionenkundlichen Lernens bedeutet dies, dass handlungsorientiert, zum Beispiel durch Plan- oder Rollenspiele, politische Institutionen „at work“⁴⁸ erlebt werden können. Auch durch Expertenbefragungen können sich besonders Jugendliche aktiv den Erfahrungsraum Parlament erschließen, so dass eine aktive Informationssuche anstatt einer rezeptiven initiiert wird.⁴⁹

Binnenorientierung

Durch das didaktische Prinzip der Binnenorientierung können sich die Adressaten politischer Bildung das Inhaltsfeld politische Institutionen durch die Akteursperspektive im Rahmen von Rollen- und Simulationsspiel aneignen und sich in Abgeordnete hineinversetzen. Des Weiteren werden sie zur Perspektivenübernahme befähigt und setzen sich mit dem Handeln von Abgeordneten und ihren Berufsmotiven durch Personalisierung auseinander.⁵⁰ Fragen, wie „Wie ist der Beruf eines Politikers?“ oder „Was befähigt zur Politik?“ können an dieser Stelle aufgegriffen werden.⁵¹

⁴⁴ Vgl. Reinhardt 2005, S.146.

⁴⁵ Vgl. Ebd.

⁴⁶ Vgl. Gudjons 1989.

⁴⁷ Vgl. Reinhardt 2005, S. 147f.

⁴⁸ Hierzu gehören u.a. die Fragen: „Wie arbeiten die Institutionen?“ oder „Wie verlaufen Entscheidungsprozesse?“

⁴⁹ Vgl. dazu u.a. Gagel 1989, S. 399, Sarcinelli 1993, S. 456, Massing 1999, S. 113 sowie Grammes 1994, S. 182ff.

⁵⁰ Aus diesem Grund wird in der Parlamentsdidaktik darauf geachtet, dass Parlamentsbesucher ein Gespräch mit ihren Wahlkreisabgeordneten führen können, der ihre Anliegen am ehesten kennen sollte.

⁵¹ Vgl. dazu u.a. Sarcinelli 1993, S. 456f., Massing 1997, S. 295 sowie Pasternack 2006, S. 299ff.

Adressatenorientierung (Schülerorientierung bzw. Teilnehmerorientierung)

Beim didaktischen Prinzip der Adressatenorientierung⁵² steht nach Rolf Schmiederer der Primat des Schülers als Subjekt im Zentrum aller didaktischen Überlegungen. Somit sollen subjektbezogene Zugänge zu den Inhaltsfeldern politischer Bildung hergestellt werden und die Adressaten politischer Bildung ganz nach ihren eigenen Interessen, Themen vertiefen und diese auch behandeln. Darüber hinaus soll auf die konkrete Lebenssituation des Lernenden eingegangen werden, damit eine subjektive Betroffenheit entsteht. Speziell im Themengebiet des institutionenkundlichen Lernens sollen Wege aufgezeigt werden, die Zusammenhänge lebensweltlicher Subjektivität und politisch-institutioneller Objektivität aufklären und transparent machen.⁵³

Produktorientierung

Das Prinzip der Produktorientierung eignet sich zum Auswerten von Parlamentsbesuchen sehr gut. Es können Tagesberichte zu dem Erlebten verfasst werden, die später in komprimierter Form in der örtlichen Tageszeitung oder der Schülerzeitung abgedruckt werden können oder es wird sich zur Vorbereitung anhand von Wandzeitungen oder Plakaten kritisch mit der behandelten politischen Institution auseinander gesetzt.⁵⁴

Kritische Institutionenkunde

Neben den vorgestellten didaktischen Prinzipien, die verdeutlichen sollten nach welchen mannigfaltigen Zugängen politische Institutionen behandelt werden können, muss aber auch darauf hingewiesen werden, dass die politische Bildung ebenso eine „aufgeklärte Institutionenkunde“ betreiben sollte, bei der Probleme von Institutionen und deren Arbeitsweisen benannt und beurteilt werden sowie die Sinnzusammenhänge von Institutionen dargestellt werden.⁵⁵

Zum Beispiel anhand der Fragen:

Warum gibt es die Institution?

Hat ihr Bestehen noch Sinn?

Wie oder sollte man die politische Institution reformieren?

Ist die Institution noch zeitgemäß?

⁵² Im Kontext schulischer Bildung Schülerorientierung und im Rahmen außerschulischer Bildung auch Teilnehmerorientierung genannt.

⁵³ Vgl. dazu Schelle 2005, S.80 ff., Siemsen, S. 115ff., Schmiederer 1977, S. 80ff., Gagel 1985, S. 403ff., Sarcinelli in APuZ 1991, S. 319 sowie Gagel 2007, S. 28ff.; hier den Beitrag über Schmiederer ab 28ff.

⁵⁴ Vgl. dazu Gaßmann/ Nagel 1988, S. 106 sowie Ackermann/ Gassmann, Stuttgart 1991.

⁵⁵ Vgl. dazu Grammes 1994, S. 174ff., Gagel 1989, S, 406ff., Massing Bonn 2005, S. 317ff., Massing 1999, S. 112 sowie den Aufsatz von Sarcinelli in: APuZ 1991, S. 41-53.

Welche Anforderungen beinhaltet das institutionenkundliche Lernen?

Neben der inhaltlichen Anforderung, dass den Adressaten politischer Bildung die Institutionentheorie, der Wandel sowie die Dimensionen des Politischen in der einzelnen Institution vermittelt werden sollen, soll an dieser Stelle, dass im Moment aktuellste Modell der Politikdidaktik zur Vermittlung von Institutionen vorgestellt werden.

Zur **inhaltlichen Anforderung** im Kontext der politischen Institution des Parlamentes sollte den Adressaten des Lernangebotes vor allem die Institutionentheorie vermittelt werden. Hierzu gehört, dass die Lernenden herausfinden, wie die Interessensdurchsetzung stattfindet und wie sich Interessen analysieren lassen. Darüber hinaus sollten der Lerngruppe die Regeln und Verfahrensweisen der Institution verdeutlicht werden sowie deren Rolle als Instrument gesellschaftlicher Interessensverwirklichung.⁵⁶ Des Weiteren sollten die Funktionen des Parlamentes behandelt werden. Dazu gehören: Wahlfunktion, Artikulationsfunktion, Initiativfunktion, Gesetzgebungsfunktion sowie die Kontrollfunktion. Zudem sollte der Aufbau, die Organisation und die Arbeitsweise im Plenum, in den Fraktionen sowie den Ausschüssen analysiert werden. Ferner sollte der Abgeordnete in seinen unterschiedlichen Rollen näher erläutert und mit den öffentlichen Erwartungen gegenübergestellt werden.⁵⁷ Im Kontext des politischen Systems in Deutschland sollte auch der Landesparlamentarismus sowie der Föderalismus näher aufgegriffen werden. Außerdem sollte eine Analyse von den Dimensionen von Politik, dem Inhalt, der Form und dem Prozess, in ihrer wechselseitigen Abhängigkeit stattfinden.⁵⁸ Abschließend sollte in diesem Bereich der Wandel des Parlamentes thematisiert werden.⁵⁹

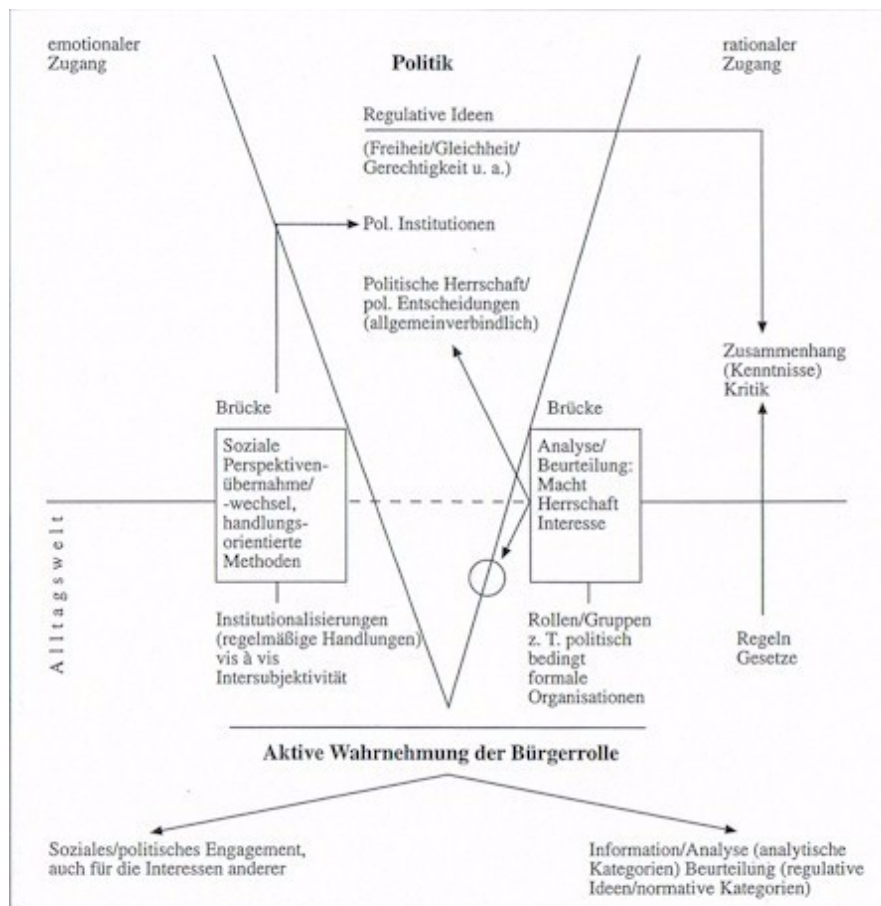
⁵⁶ Vgl. dazu Rohe 1994, S. 39, Massing 2005, S. 317ff., Göhler 1987, Bogumil 2007, S. 38ff., Ismayr 2007, S. 8ff., Lammert 2007, S. 38ff., Patzelt 2008, S. 108ff., Zeh 2007, S. 45ff. sowie Schöler/ Winter 2007, S. 75ff.

⁵⁷ Vgl. dazu Siemsen 1997, S. 41ff. sowie die Aufsätze von Wester 2006, S.321-324, Pasternack 2006, S. 299-306, Kreiner 2007, S. 140-148, Gehring 2007, S. 101-115 sowie bpb (Hg.) 2006, bpb (Hg.) 2004, bpb (Hg.) 2003, bpb (Hg.) 2008 und bpb (Hg.) 2007.

⁵⁸ Vgl. dazu Scharpf 1985, 164ff. sowie die Einführungsschriften zum politischen System in Deutschland von Rudzio 2006 sowie Schmidt 2007.

⁵⁹ Vgl. dazu u.a. die Publikationen von Sarcinelli in ZParl 1993, S. 464-473 sowie Siemsen 1997, S. 38ff. sowie Oberreuter 2002, S. 303-320.

Das gegenwärtig **aktuellste didaktische Konzept zur Vermittlung** von politischen Institutionen stammt aus der Feder von Carl Deichmann.⁶⁰ Deichmann beabsichtigt in seiner mehrdimensionalen Institutionenkunde eine Berücksichtigung der Zusammenhänge von polity, politics und policy. Des Weiteren wird versucht problemorientierte Ansätze mit subjektiven, emotionalen, rationalen und historischen Dimensionen zu verknüpfen. Außerdem wird beabsichtigt die Distanz von Alltagswelt und Politik zu überwinden.⁶¹



Quelle: C. Deichmann 1996, 34.

⁶⁰ Vgl. dazu Deichmann 1996.

⁶¹ Vgl. dazu nachstehende Abbildung, die speziell die Zugänge einer mehrdimensionalen Institutionenkunde verdeutlicht.

Welche Probleme gibt es bei der Vermittlung?

Die wesentlichen Herausforderungen, die es im Zuge der Vermittlung von politischen Institutionen im Kontext der politischen Bildung gibt, sind die folgenden:

- Politische Institutionen sind in der Regel abstrakt und alltagsfern.⁶²
- Die Integration des Themengebietes „Politische Institutionen“ in die Wissensstrukturen von Jugendlichen bzw. den Adressaten außerschulischer Bildung fällt schwer, da der Kenntnisstand der Bürger zu politischen Institutionen oft stark von der Realität abweicht.⁶³
- Ein reiner Aktionismus in der Form „Ich besuche jetzt mit euch ein Parlament und danach wisst ihr wie es funktioniert“, ist im Kontext des komplexen Lernfeldes nicht angebracht, aber in der Praxis politischer Bildung oftmals zu beobachten.⁶⁴

⁶² Vgl. dazu Massing 2005, S. 319.

⁶³ Vgl. dazu Abschnitt 4 „Lebenswelt der Adressaten“.

⁶⁴ Vgl. dazu Allkämpfer/Grimm/Zinnkann 1994, S. 222ff. sowie Moegling 2007, S. 100.

2.2 Europabezogenes Lernen und europapolitisches Lernen

Das europabezogene und europapolitische Lernen gehört zum institutionenkundlichen Lernen. Doch es werden in diesem Inhaltsfeld der politischen Bildung nicht nur Institutionen, wie beispielsweise das Europäische Parlament oder der Rat der Europäischen Union, behandelt. Vielmehr geht es hierbei auch um weiterführende Fragen, wie zum Beispiel „Was ist Europa?“ oder „Was sind die Grenzen Europas?“.

Das Inhaltsfeld wird nachstehend anhand der folgenden Fragestellungen beschrieben:

- Was ist der Kern des europapolitischen und des europabezogenen Lernens?
- Was umfasst das Lernfeld?
- Warum sollte das Lernfeld Europa in der politischen Bildung vermittelt werden? Welche Bedeutung hat das europabezogene Lernen für die Adressaten politischer Bildung?
- Welche Vermittlungsmöglichkeiten und Zugänge sind für das europabezogene Lernen besonders geeignet?
- Was sind Ziele des europabezogenen Lernens?
- Welche Anforderungen hat das europabezogene Lernen?
- Wie verläuft die Europabildung in der Schule?
- Was sind Problemfelder und Herausforderungen des europabezogenen und europapolitischen Lernens?

Was ist der Kern des europapolitischen und des europabezogenen Lernens?

Im Mittelpunkt des europapolitischen Lernens steht die Europäische Integration sowie EU-Entscheidungsprozesse in den einzelnen europäischen Institutionen, wie zum Beispiel dem Europäischen Gerichtshof, der Europäischen Kommission sowie dem Europaparlament.

Mit dem europabezogenen Lernen kommen noch kulturelle bzw. europäische Aspekte hinzu sowie multiperspektivisch zu lernen, fernab des nationalen Horizontes.⁶⁵

⁶⁵ Vgl. hierzu die Europäische Presseschau eurotopics verfügbar unter: <http://www.eurotopics.net/de/presseschau/aktuell.html>, eingesehen am 29.04.09, 11.00 Uhr.

Was umfasst das Lernfeld?

Das Lernfeld des europabezogenen Lernens umfasst ein hochkomplexes⁶⁶, dynamisches sowie umfassend diskutiertes Politikfeld⁶⁷, das lange Zeit als Stiefkind der politischen Bildung behandelt wurde.⁶⁸ Des Weiteren versinnbildlicht die Europapolitik und die Europäische Union im speziellen ein Erfolgsmodell, das seit 1945 den Frieden in Europa durch eine immer fortschreitendere Integration sichert. Doch gegenwärtig befindet sich die EU auch in einer Krise, bestehend aus Demokratiedefizit, Legitimationsdefizit sowie Vertrauensdefizit.

Empirische Befunde sind hierzu, dass bei der letzten Europawahl im Jahr 2004 die Wahlbeteiligung nur 43,5 Prozentpunkte betrug und das Vertrauen in das Europäische Union bei einer Erhebung des Eurobarometers aus dem Jahre 2005 nur 52 Prozentpunkte ergab.⁶⁹

Warum sollte das Lernfeld Europa in der politischen Bildung vermittelt werden? Welche Bedeutung hat das europabezogene Lernen für die Adressaten politischer Bildung?

Diesbezüglich sind überwiegend drei Aspekte zu benennen:

- Die politische Bildung sollte europabezogene Lernprozesse gestalten, damit Adressaten ihre Kenntnisse erweitern und ihre Fehleinschätzungen revidieren können.⁷⁰
- Die Europäisierung des Alltags sowie die Europäisierung der Politik nimmt immer tiefgreifendere Formen für den Bürger und das politische System Deutschlands an.⁷¹
- Chancen und Gefahren der Europäischen Integration in allen Lebensbereichen sollten den Lernenden vermittelt werden, damit sie diese so gut wie möglich nutzen können und im „Europa des Wissens“ Fuß fassen.⁷²

⁶⁶ Vgl. dazu u.a. die Beiträge von Rappenglück 2005, S. 456ff., Rappenglück 2004, Rappenglück./ Steimann 2002 sowie den Aufsatz von Pehle 2007, S. 55-68.

⁶⁷ Vgl. dazu u.a. die Diskussion in den Aufsätzen von Bieling 2007, S. 213ff., Thiemeyer 2007, S. 195-212 sowie Wagner 2005, S. 249ff., bei dem darüber diskutiert wird, ob die EU nur für eine wirtschaftliche Integration Europas sorgt oder ob sich mehr hinter dem Staatenverbund verbirgt.

⁶⁸ Vgl. dazu Ackermann 1988, S. 150.

⁶⁹ Vgl. dazu u.a. die Veröffentlichungen von Thiemeyer 2005, S. 105-125, Noelle-Neumann/ Petersen 2006, S. 47ff. Scharpf 1999 sowie E. Richter 2005, S. 77ff., bpb (Hg.) 2006, S. 30 sowie Hauler 2007, S. 200ff. sowie Weißeno 2004, S. 116.

⁷⁰ An dieser Stelle soll das Argument vieler Bundesbürger benannt werden. „Deutschland ist nur Zahlmeister in der Europäischen Union und profitiert sonst nicht.“ Dass die Bundesrepublik hingegen größter Exporteur in Europa ist und sehr vom europäischen Binnenmarkt profitiert, lassen viele EU-Bürger außer Acht.

⁷¹ Dies verdeutlicht sich u.a. in der Gesetzgebung, bei bereits 50% aller nationalen Gesetze Ausdruck europäischer Rechtssetzung sind sowie durch die Europäisierung Deutschlands und der Vereinheitlichung der Strukturen wird es problematisch national im Kontext der internationalen Staatengemeinschaft zu handeln. Des Weiteren natürlich in den Bereichen Freizeit, Reisen, Beruf und Schule, die sich immer weiter europäisch ausrichten. Somit wird Europa mehr und mehr als Erfahrungsraum und Lebensbereich verstanden. Vgl. dazu Rappenglück 2005, S. 456, Mickel 1997, S. 415ff., Sander 1999, S. 68f., sowie Neebe/ Schreder 2005, S. 347f.

⁷² Vgl. dazu u.a. Rappenglück 2005, S. 456f.

Welche Vermittlungsmöglichkeiten und Zugänge sind für das europabezogene Lernen besonders geeignet?

Im Kontext eines europabezogenen Lernens sind die aufgeführten Zugänge hervorzuheben:⁷³

- Erfahrungsorientierung
- Teilnehmer-, problem-, handlungs- und kontroversitätsorientierte sowie spielerische Zugänge

Durch den Zugang der **Erfahrungsorientierung** können die Lernenden Europa als Lernort hautnah erleben. Das Europa, das ansonsten so weit weg von den Bürgern ist, kann als Abenteuer erlebt werden und die Teilnehmer vom erfahrungsorientierten Politik lernen haben die Möglichkeit in einem Gespräch mit einem Europaabgeordneten Fragen zu stellen und können eigene Urteile und Einstellungen überprüfen sowie vorhandenes Wissen auffrischen.

Darüber hinaus ist es zwar schwierig den Sinn des komplexen Konglomerats „Europa“ zu vermitteln und verstehen, doch Studienfahrten können zu einem direkten erlebnisbezogenen Zugang zur gesellschaftspolitischen Wirklichkeit und der Politik vor Ort führen, bei der Theoriewissen und abstraktes Wissen ergänzt werden.⁷⁴

Teilnehmer-, problem-, handlungs- und kontroversitätsorientierte und spielerische Zugänge

Neben der Erfahrungsorientierung bietet es sich, neben dem Besuch von EU-Institutionen, an handlungsorientiert durch Planspiele, die Interessenkonstellationen der EU sowie die Entscheidungsstrukturen und -institutionen besser zu verstehen. Des Weiteren sind Pro- und Contra-Debatten zu aktuellen europapolitischen Themen nach Interessenlage der Adressaten des Bildungsangebotes durchzuführen. Ebenso empfiehlt es sich bei diesem politischen Gebilde Veränderungen und Reformen der EU, wie beispielsweise durch die neue EU-Verfassung, aufzugreifen und zu vertiefen.⁷⁵

⁷³ Weitere geeignete Zugänge sind ab Seite 9 in diesem Abschnitt aufzufinden. Die Auswahl der hier kurz beschriebenen didaktischen Konzeptionen ergab sich aus meinen eigenen Erfahrungen im Zuge von Parlamentsbesuchen nach Brüssel, die unter Abschnitt 8.1 der Erarbeitung genauer aufgeführt werden.

⁷⁴ Vgl. dazu die Veröffentlichungen von Lukas-Eder 2006, S. 326ff., Steimann 2005, S. 401 und Stratenschulte 2006, S. 26ff. sowie Grammes 2004, S. 203ff.

⁷⁵ Vgl. dazu Mickel 1997, S. 424ff., Sander 1999, S. 69, Stratenschulte 2006, S. 28, Mickel 1999, S. 65ff., Mickel 1998, S. 31-45, Mickel 1993, Egger 2006, S. 40ff., Gnadenberger 2005, S. 432ff., Grammes 2004, 207ff. sowie Detjen 2004, S. 142.

Welche Anforderungen hat das europabezogene Lernen?

Folgende Anforderungen sind mit dem europabezogenen und europapolitischen Lernen verbunden:

- Als Querschnittsaufgabe der politischen Bildung sollen nationale Fragestellungen mit internationalen verbunden werden mit dem Ziel ein Verständnis für den weiteren Verlust von nationaler Staatlichkeit zu generieren.⁷⁶
- Vermittlung der Mechanik des europäischen politischen Systems durch fantasievolle Auseinandersetzung sowie eine Vermittlung des Institutionengefüges durch Fallbeispiele und moderne Institutionenkunde.⁷⁷
- Vermittlung von drei Dimensionen des Politischen (politische Institutionen, politischer Prozess und Politikinhalt) im Zusammenhang und Wechselwirkungen von Politikfeldern.⁷⁸
- Behandlung von kontroversen Themen zur Europapolitik und der Europäischen Union.⁷⁹
- Einübung von multiperspektivischer Beurteilung und Analyse von Themen mit der Einsicht in neue Formen übernationaler Willens- und Entscheidungsbildung im zunehmenden Maße unter multikulturellen Aspekten.⁸⁰

Wie verläuft die Europabildung in der Schule?

Neben den zur Gewohnheit gewordenen Besuchen von Politikern am Europatag werden an vielen deutschen Schulen anlässlich dieses Tages EU-Projekttag organisiert, bei denen Schülerinnen und Schüler häufig Themen rundum das Thema EU vorstellen. Zudem kommt es an fast allen Schulen zu europäischen Schüleraustauschprogrammen, bei denen die Heranwachsenden Mentalitäten und Traditionen anderer Kulturkreise besser kennen lernen können.

Des Weiteren ist die Europabildung an Schulen durch unterschiedliche Ansätze geprägt. Hierzu gehört die Vision der einheitlichen Vermittlung. In diesem Punkt gibt es insbesondere in der Geschichtsdidaktik Überlegungen zu einem einheitlichen europäischen Geschichtsschulbuch. Eine weitere Verwendung des interkulturellen Ansatzes findet in der außerschulischen Bildungsarbeit statt. Diesbezüglich werden an Schulen Studienfahrten zu Städten der europäischen Politik

⁷⁶ Vgl. dazu Mickel 1997, S. 425, Mickel 1999, S. 67 sowie Rappenglück 2005, S. 460.

⁷⁷ Vgl. dazu Weißeno 2004, S. 122ff. sowie das Beispiel für Arbeitsschutzregelungen auf Seite 119, Rappenglück 2005, S. 461 sowie Manzel 2008, S. 279-292, Lukas-Eder 2006, S. 325ff. und u.a. Gnadenberger 2005, S. 432ff.

⁷⁸ Vgl. dazu Weißeno 2004, S. 122f. Um sich das nötige Institutionenwissen und weitere Hintergründe über die EU anzueignen, sind folgende Veröffentlichungen sehr zu empfehlen: Weißeno (Hg.) 2004, Weidenfeld 2007, Weidenfeld/Wessels, 2006, Weidenfeld 2006, Thiemeyer 2005, Judt 2006, Kadelbach 2009, Große-Hüttmann/ Wehling 2009, bpb (Hg.) 2005, Zandonella 2005, Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.) 2006, Posener 2007, Rappenglück 2004, Pehle/ Sturm 2006, Rappenglück/ Steimann 2002 sowie Fritzler/ Unser 2007.

⁷⁹ Vgl. dazu Rappenglück 2005, S. 461.

⁸⁰ Vgl. dazu Ebd., S. 461, Mickel 1997, S. 425 sowie Mickel 1998, S. 44.

durchgeführt, damit die Jugendlichen neue Kulturerfahrungen in den europäischen Zentren sammeln können.⁸¹

Ganz wesentlich für ein erfolgreiches Europalernen an Schulen ist die Bereitschaft zur Verständigung, zum Abbau von Vorurteilen und zur Anerkennung des Gemeinsamen unter Bejahung der europäischen Vielfalt bei Schülern und bei Lehrern.⁸²

Was sind Problemfelder und Herausforderungen des europabezogenen und europapolitischen Lernens?⁸³

Problemfelder des europabezogenen und des europapolitischen Lernens sind im Wesentlichen folgende fünf:

- Komplexität des Politikfeldes⁸⁴
- Didaktisches Vermittlungsproblem: EU wird häufig nur aus nationaler Perspektive unterrichtet.⁸⁵
- Methodisches Vermittlungsproblem des ehemaligen „Stiefkindes“ der politischen Bildung⁸⁶
- Behandlung des Themas EU in den Medien verstärkt das Vertrauens- und Erkenntnis- sowie das Demokratiedefizit.⁸⁷
- Problem von Nähe und Ferne bei der Vermittlung von politischen Institutionen⁸⁸

⁸¹ In meiner ehemaligen Schule der Jakob-Grimm-Schule in Rotenburg an der Fulda fanden ab dem Jahr 2003 bis 2007 regelmäßig Fahrten nach Brüssel und ab dem Jahr 2008 auch Tutorfahrten nach Straßburg statt.

⁸² Vgl. zu diesem Abschnitt die Veröffentlichungen von Grammes 2004, S. 198ff., Rappenglück 2005, S. 462ff., sowie Mickel 1993, S. 85.

⁸³ Weitere Problemfelder sind auf Seite 15 zu entnehmen.

⁸⁴ Vgl. dazu u.a. die Ausführungen auf Seite 17 in diesem Abschnitt der Erarbeitung.

⁸⁵ Vgl. dazu u.a. Weißeno 2008, S. 114.

⁸⁶ Das Vermittlungsproblem besteht darin, dass europapolitisches bzw. europabezogenes Lernen neue Materialien und Schulbücher benötigt. Zudem sollte die häufige Arbeit mit Schaubilder zu Institutionen der EU (traditionell-institutionenkundlich/ „alte“ Institutionenkunde überdacht bzw. ergänzt werden. Vgl. dazu Ebd., S. 116f. sowie Ackermann 1988, S. 150.

⁸⁷ In diesem Zusammenhang ist festzustellen, dass in die Medienberichterstattung im Kontext der Europäischen Union häufig durch das Prinzip „bad news are good news“ gekennzeichnet ist. Vgl. dazu Hauler 2007, S. 206f.

⁸⁸ Dieser Aspekt des Themengebietes begründet sich aus meinen bisherigen eigenen Lernerfahrungen. Viele Jugendlichen empfinden politische Organe wie die Stadtverordneten und den Kreistag, die sich im politischem Nahbereich befinden als bedeutungslos und politisch ferne Institutionen wie die Europäische Union als zu alltagsfern und zu weit weg, unter denen sie sich zudem nichts vorstellen können.

3. Lernkonzepte und Methoden bezüglich eines Parlamentsbesuches

In diesem Abschnitt werden zunächst die beiden Lernkonzepte eines Parlamentsbesuches das forschende Lernen sowie das reisende Lernen erläutert. Daran anschließend werden die wesentlichen Methoden politischer Bildung im Kontext eines Parlamentsbesuches, die Besichtigung, die Erkundung sowie die Expertenbefragung, vorgestellt.

3.1 Lernkonzepte im Kontext eines Parlamentsbesuches

Das **forschende Lernen** bzw. forschend orts- und raumbezogene Lernen ist ein entdeckender Lernprozess, bei dem die Adressaten politischer Bildung, im Gegensatz zu einer Belehrung, selbstverantwortlich und subjektorientiert lernen. Dementsprechend spielen die Lernenden die dominierende Rolle. Im Unterschied zum rezeptiven Lernen wird das Wissen nicht passiv aufgenommen. Aufgrund dessen bleibt das aufgenommene Wissen länger und nachhaltiger bestehen. Außerdem ist das forschende Lernen durch offene Lehr-Lernsituationen, in der Regel kein Bestandteil der Lehrpläne und des vorgeschriebenen Wissenskanons. Es besteht jedoch ein Bezug zur Wissenschaftspropädeutik, bei der die Eigentätigkeit und aktive Auseinandersetzung der Lernenden mit ihrer Umwelt geschult werden sollen. Zudem soll ein selbstgesteuertes und erfahrungsorientiertes Lernen stattfinden, ganz im Sinne von John Deweys Projektmethode. Ferner ist durch dieses Lernkonzept beim Lernenden eine höhere Motivation aufzufinden, die lernpsychologisch zu begründen ist. Der Lehrende sollte bei diesem Konzept nicht die Rolle des Wissensvermittlers einnehmen, sondern sich als Gestalter einer anregenden Lernumgebung verstehen. Im Rahmen eines Parlamentsbesuches ist besonders die Expertenbefragung und die Erkundung diesem Lernkonzept zuzuordnen.⁸⁹

Beim **reisenden Lernen** handelt es sich um ein offenes Unterrichtsarrangement, bei dem die Teilnehmer eine aktive Rolle einnehmen. Zudem wird ein Blick auf die Wirklichkeit durch Anschauung ermöglicht. Diesbezüglich ist sehr relevant, dass die Erlebnisqualität nicht zu kurz kommt. Der Lernprozess umfasst ein subjektives, aktives und investigatives Lernen. Es kann diesbezüglich zu Befragungen vor Ort kommen, wobei das vorhandene Vorwissen mit neu erworbenen Erkenntnissen verglichen werden kann. Ferner kann eine Konfrontation und Verschränkung von Perspektiven hervorgerufen werden. Ein weiterer wesentlicher Bestandteil des reisenden Lernens macht das Wechselspiel von Fremd- und Selbstwahrnehmung aus. Außerdem werden die Teilnehmer des Lernkonzeptes einer Rollenvielfalt ausgesetzt. In diesen verschiedenen Rollen wird von ihnen ein Taktgefühl an unterschiedlichen historischen Orten und in Gesprächen

⁸⁹ Vgl. hierzu Detjen 2005, S. 565ff., Ackermann 1998, S. 3, Ciupke 2007, S. 211f., Detjen 2006, S. 199, Terhart 2005 sowie Bönsch 1994, S. 39.

gefordert. Dementsprechend wird die politische Urteilsfähigkeit durch die Realbegegnungen mit politischen Lernorten verbessert. Neben den bisher vornehmlich positiven Eigenschaften des Lernkonzeptes gibt es aber auch erhebliche Kritik an dieser Lernform, insbesondere wenn Bildungsreisen unkritisch und unpolitisch durchgeführt werden.⁹⁰ Des Weiteren sollte jede Studienfahrt auch mit einer Vor- und Nachbereitung verknüpft sein, um Ergebnisse später auswerten zu können. Doch insgesamt erscheint die Lernform im Zeitalter der Globalisierung und der Europäischen Integration als Chance für die politische und historische Bildung.⁹¹

3.2 Methoden bezüglich des Parlamentsbesuches

Die **Besichtigung** als Form der Exkursion dient der Informationsbeschaffung an Lernorten außerhalb der Schule. Von Betriebsbesichtigungen bis hin zur Parlamentsbesichtigung kann die Methode verschiedenste Formen annehmen. Bei Parlamentsbesichtigungen ist primär von Bedeutung, dass die besichtigten Institutionen mit politischen Problemzusammenhängen verknüpft werden und Kontroversen sowie Missstände thematisiert werden. Problematisch ist diese Methode einzuschätzen, wenn nur eine rein rezeptiv-passive Wissensaufnahme bei den Lernenden erzeugt wird.⁹²

Die Methode der **Erkundung** soll anhand folgender drei Fragestellungen vorgestellt werden:

- Was versteht man unter einer Erkundung und was sind Merkmale einer Erkundung?
- Warum finden Erkundungen statt?
- Wie groß ist die Lerneffektivität bei Erkundungen?

Was versteht man unter einer Erkundung und was sind Merkmale einer Erkundung?

Erkundungen sind geplante, methodisch organisierte Wirklichkeits- bzw. Realbegegnungen. Darüber hinaus sind Erkundungen interaktionell angelegt. Dies bedeutet, dass die Lernenden untereinander und mit anderen Menschen am Erkundungsort agieren. Zudem handelt es sich bei dieser Arbeitsmethode um kein spontanes Unternehmen. Eine Erkundung sollte immer erst nach intensiver Planung stattfinden. Im Idealfall wird diese Planung von Lehrenden und Lernenden gemeinsam gestaltet.⁹³

⁹⁰ Vgl. dazu Sauer 1991, S. 59.

⁹¹ Vgl. zu diesem Abschnitt besonders die Veröffentlichungen von Ciupke 2005, S. 577ff. sowie Ciupke 2007, S. 212.

⁹² Vgl. dazu Weißeno 2000, S. 13, Detjen 2006, S. 195ff. sowie Sarcinelli 2000, S. 123f.

⁹³ Vgl. dazu Detjen 2006, S. 195f., Detjen 2007, S. 63, Detjen 1999, S. 398 und Becker 1988, S. 21.

Warum finden Erkundungen statt?

Als sinnliche und anschauliche Untersuchung eines Inhaltsschwerpunktes außerhalb des Lernortes Schule bieten sich Erkundungen besonders an. Die Lernenden können eigene Erfahrungen, Beobachtungen, Erlebnisse und Befragungen durchführen. Zudem wird das meist abstrakte institutionenkundliche Lernen durch reale Erfahrungen komplettiert. Im Laufe der Erkundung lernen die Teilnehmer unterschiedliche Perspektiven von Akteuren und Institutionen kennen und können eigene, mitunter vorurteilsbeladene Auffassungen mit neuen konfrontieren und sie gegebenenfalls überdenken.⁹⁴

Wie groß ist die Lerneffektivität bei Erkundungen?

Nach der Annahme vieler Politikdidaktiker kommt es durch das forschende Lernen zu effektiven Lernprozessen.⁹⁵ Empirisch wurden Exkursionen aber erst in ersten Ansätzen untersucht.⁹⁶

Im Folgenden wird die Methode der **Expertenbefragung** unter den nachstehenden vier Gesichtspunkten vorgestellt:

- Was versteht man unter einer Expertenbefragung?
- Worin liegen Sinn und Zweck einer Expertenbefragung?
- Wie sollte sich der Lehrende während der Befragung verhalten?
- Welche Probleme kann es bei der Methode geben?

Was versteht man unter einer Expertenbefragung?

Bei einer Expertenbefragung werden einem Spezialisten bzw. Sachverständigen vorbereitete Fragen zur Klärung eines Sachverhaltes gestellt. Speziell im Themengebiet des politischen Systems in Deutschland dient sie als handlungsorientierte Standardmethode, um den Unterrichtsalltag abwechslungsreicher zu gestalten.⁹⁷

Worin liegen Sinn und Zweck einer Expertenbefragung?

Durch die Expertenbefragung wird der Unterricht in die politisch-gesellschaftliche Realität außerhalb der Schule geöffnet, um die Wirklichkeit unmittelbar zu erleben und zu erfahren. Mit dieser Methode können sich die Lernenden selbst ein Bild von politischen Geschehnissen machen

⁹⁴ Vgl. dazu Weißeno 2000, S. 58ff. sowie Siemsen 1997, S. 134ff.

⁹⁵ Vgl. dazu u.a. Detjen 2006, S. 211.

⁹⁶ Vgl. dazu die Publikation von Schlichting 2006.

⁹⁷ Vgl. dazu Massing 2006, S. 227, Detjen 2005, S. 572ff. sowie Becker 1988, S. 122ff.

und erhalten Zugang zu „Insiderwissen“, das ihnen das Innenleben von politischen Institutionen verdeutlicht. Darüber hinaus dient die Expertenbefragung dem Zwecke der Informationsbeschaffung und soll die Lernenden zu politisch mündigen Bürgern erziehen, die sich selbstständig zu politischen Themen informieren können.⁹⁸

Wie sollte sich der Lehrende während der Befragung verhalten?

Während der Befragung sollte sich die Lehrkraft als ein „Leiter einer Pressekonferenz“ verstehen, der sich in einer zurückhaltenden Moderatorenrolle befindet, damit die Lernenden so viele Fragen, wie möglich, nach ihren eigenen Interessen formulieren können. Außerdem sollte der Lehrende viel Fingerspitzengefühl zeigen, wenn der Experte nicht auf Fragen der Schüler eingehen sollte und bei Unklarheiten intervenieren. Auch wenn der Befragte Vorträge fernab des Fragenkatalogs zu halten versucht, sollte die Lehrkraft eingreifen und den Befragten davon abbringen.⁹⁹

Welche Probleme kann es bei der Methode geben?

Probleme, die sich im Zuge einer Expertenbefragung ergeben könnten, sind einerseits, dass keine Fragen zustande kommen, insbesondere dann, wenn kein Fragenkatalog vor der Befragung erstellt worden ist.¹⁰⁰ Andererseits sollte es nach der Befragung immer zu einer Auswertung kommen, damit die des Öfteren parteiische Expertenmeinung nicht unwidersprochen bestehen bleibt. Ansonsten könnten die Lernenden durch die Argumente des Befragten überwältigt werden.¹⁰¹

⁹⁸ Vgl. dazu Ebd., Detjen 2005, S. 573, Nitzschke 2000, S. 10, Massing 1999, S. 434 sowie Breit 2000, S. 40.

⁹⁹ Vgl. dazu Detjen 2005, S. 574f. sowie Gaßmann/ Nagel 1988, S. 105.

¹⁰⁰ Vgl. dazu Massing 1999, S. 434.

¹⁰¹ Vgl. dazu Schiele/ Schneider 1977, S. 178ff., Schneider 1999, S. 171ff. sowie Massing 2006, S. 227.

4. Lebenswelt der Adressaten: Kenntnisstand und Auffassungen von Jugendlichen und Erwachsenen zu politischen Institutionen

Generell ist ein Verdruss an der Politik und insbesondere an politischen Institution festzustellen, die im institutionenkundlichen Lernen behandelt werden sollen.¹⁰² Um diesem Phänomen nachzugehen, werden zunächst die Trends in der Jugendforschung vorgestellt. Daran anschließend werden die Kenntnisse der Bürger zum politischen System der Bundesrepublik Deutschland dargestellt. Abschließend werden die Kenntnisse zu den politischen Institutionen der Europäischen Union aufgezeigt.

Trends aus der Jugendforschung¹⁰³

Aus der Jugendforschung lassen sich sechs wesentliche Trends feststellen:

- Jugendliche schätzen ihr politisches Interesse selbst zunehmend geringer ein.
- Die politische Partizipation von Jugendlichen sinkt.
- Jüngere Generationen gehen immer mehr auf Distanz zur repräsentativen Parteiendemokratie.¹⁰⁴
- Die demokratische Ordnung erfährt große Akzeptanz.¹⁰⁵
- Eine Politik- bzw. Parlamentsverdrossenheit bei Jugendlichen ist zu konstatieren.¹⁰⁶
- Starke Defizite bei Kenntnissen über die politischen Institutionen in der BRD sind feststellbar.¹⁰⁷

Kenntnisse und Fehleinschätzungen der Bürger zum politischen System in Deutschland

Die Kenntnisse der Bundesbürger zum politischen System Deutschlands und speziell zum Parlament sind folgendermaßen:¹⁰⁸

- Das Parlament wird nicht als zentraler, demokratischer Ort des politischen Interessenausgleichs

¹⁰² Vgl. dazu Schlichting 2006, S. 25ff.

¹⁰³ Hierbei wird sich vor allem auf die Shell-Jugendstudien von 2000 und 2002 sowie auf die Fachaufsätze von Albert/Linssen / Hurrelmann 2003, S. 3-5, Gaiser/ Rijke/ Wächter: 2009, S. 18-27 und auf die Veröffentlichungen von Burdewick 2003, Deichmann 2007, S. 45, bezogen.

¹⁰⁴ Dies verdeutlicht sich durch eine immer geringere Wahlbeteiligung, negativen Einstellungen gegenüber Politikern sowie eine große Distanz zu traditionellen Politikbereichen (politische Parteien, Kirchen, und u.a. Bürgerinitiativen). Vgl. hierzu besonders Burdewick 2003, S. 13.

¹⁰⁵ Hierzu gehört besonders das Recht auf freie Meinungsäußerung, die Notwendigkeit der Opposition sowie die Ablehnung gegen politischen Extremismus. Vgl. dazu vor allem Deichmann 2007, S. 46.

¹⁰⁶ Vgl. hierzu insbesondere Breit 2006, S. 47. Hierbei ist jedoch anzumerken, dass die Partizipation im Rahmen konventioneller Politik sinkt, die Jugendlichen aber nicht generell politikverdrossen sind. Es entwickeln sich immer häufiger neue Formen und Trends der politischen Partizipation. Ein Stichwort diesbezüglich ist die „Generation O“, O wie Obama, bei denen internetgetragene Formen, wie Blogs eine immer größere Rolle spielen. Vgl. hierzu vor allem Gaiser/ Rijke/ Wächter 2009, S. 18 und 25.

¹⁰⁷ Vgl. dazu u.a. Rothe 1993, S. 36 und 46.

¹⁰⁸ Vgl. hierzu die Aufsätze von Patzelt 2009, S. 12ff., Patzelt 2007, S. 10ff., Patzelt 2005, S. 517ff., Patzelt 2003, S. 58ff., Patzelt 1998, S. 725ff., Patzelt 1997, S. 4, Patzelt 1996, S. 309ff. und Schlichting 2006, S. 94ff.

und der legislativen Entscheidungen wahrgenommen.¹⁰⁹

- Das Wissen der Bürger über das parlamentarische Regierungssystem und Parlament ist diffus und widersprüchlich.
- Nur ein Fünftel bis ein Drittel der Bundesbürger hat fundierte Kenntnisse über Zuständigkeiten, Verfahrensregeln und politische Prozessabläufe.
- 58% der Bürger können keine Angaben dazu machen, wo außerhalb des Plenarsaals die Arbeit des Bundestages stattfindet.

Des Weiteren sind folgende Fehleinschätzungen zu erkennen:

- Das Plenum wird als wichtigste Stätte der Parlamentsarbeit angesehen.
- Das Parlament soll vor allem für stabile Regierungsmehrheiten sorgen.
- 39% der Bürger meinen, dass der Fraktionsvorstand den Fraktionszwang beschließt und dann die Fraktion nach Beschlussfassung einheitlich abstimmt.
- 57% der Bundesbürger lehnen die Verbindung von Parlamentsmandat und Regierungsmandat ab.¹¹⁰
- Das leere Plenum erregt Anstoß bei den Bürgern.¹¹¹

Gründe für Kenntnisse und Fehleinschätzungen der Bundesbürger

Nachstehende Ursachen sorgen dafür, dass sich die oben genannten Fehleinschätzungen ergeben:¹¹²

- Das Parlamentsimage ist medial durch den Einfluss der massenmedialen Berichterstattung geformt.
- Das medienvermittelte Parlamentsbild ist plenumszentriert. Somit wird ein falsches und hoch problematisches Bild durch die Medien zum Beispiel von leeren Plenarsälen und „faulen Abgeordneten“ vermittelt.
- Die außerparlamentarische Wirklichkeit sowie die eigentliche Arbeit von Mandatsträgern ist den Menschen kaum bekannt.

¹⁰⁹ Vgl. dazu besonders Detjen 2002, S. 3ff. sowie Patzelt 1997, S. 4. Aber auch die aktuelleren Aufsätze Patzelts zum Parlamentsverständnis der Bundesbürger.

¹¹⁰ Dies ist jedoch Kernbestand eines parlamentarischen Regierungssystems. Vgl. dazu Ebd.

¹¹¹ Diese Wahrnehmung entsteht bei den Bundesbürgern speziell aus dem Grund, da das Parlament hauptsächlich als Rede- und nicht als Arbeitsparlament empfunden wird. Im Verlauf der 13. Wahlperiode des Deutschen Bundestages 1994-1998 fanden 248 Plenarsitzungen statt. Dies umfasst 62 Sitzungen pro Jahr. Dem standen jedoch 2.898 Sitzungen der verschiedenen Ausschüsse gegenüber sowie 975 Sitzungen der Fraktionsvorstände sowie der Fraktionen. Vgl. dazu besonders Detjen 2002, S. 9, Patzelt 1994, S. 93ff. sowie Schüttemeyer 2007, S. 12ff.

¹¹² Vgl. hierzu insbesondere die Aufsätze von Werner Patzelt, Lauber 1988, S. 109ff. sowie Detjen 2002, S. 5.

Kenntnisse und Einstellung zur Europäischen Union

Zusätzlich zu den soeben aufgeführten Kenntnissen und Fehleinschätzungen der Deutschen zu politischen Institutionen sind spezifisch für die Institutionen der Europäischen Union folgende drei Punkte hinzuzufügen:¹¹³

- Deutsche Jugendliche sind dem Thema Europa gegenüber häufig teilnahmslos und desinteressiert eingestellt.
- In Westdeutschland ist das Interesse größer als in Ostdeutschland.
- Je höher der Bildungsgrad der Eltern, desto größer ist das Interesse für Europa und europäische Institutionen.

¹¹³ Vgl. dazu Deutsche Shell (Hg.) 2002, Deutsche Shell (Hg.) 2000, S. 329ff. sowie Neebe/ Schreder 2004, S. 339ff.

5. Warum sollten Parlamentsbesuche in der politischen Bildung durchgeführt werden?

Einschätzung von Lernpotenzialen, Kompetenzen, Bildungszielen sowie deren Risiken

Die Lernpotenziale, die sich mit einem Parlamentsbesuch verbinden, sollen zunächst auf der Ebene der allgemeinen Didaktik sowie den Nachbardisziplinen der Politikdidaktik dargestellt werden. Darauf folgend werden die fachspezifischen Lernchancen im Kontext der politischen Bildung vorgestellt. Diesbezüglich werden die Lernpotenziale auch in den Kompetenzbereichen und Bildungszielen politischer Bildung eingeordnet. Abschließend werden die didaktischen Risiken und Grenzen eines solchen Besuches beschrieben und ein Fazit gezogen.

Als **Lernpotenziale im Rahmen** der allgemeinen Didaktik, der Pädagogik sowie weiteren **Nachbardisziplinen der Politikdidaktik** ergeben sich besonders folgende sieben Lernchancen:

- Reformpädagogisches Lernpotenzial einer ganzheitlichen Bildung: Lernen mit Kopf, Herz und Hand sowie Lernen mit allen Sinnen kann ermöglicht werden.¹¹⁴
- Verstärkung der Lernmotivation beim Lernenden durch die Erkundung eines neuen Lernortes sowie ein Neugierverhalten könnte entstehen.¹¹⁵
- Die Abwechslung zum „normalen“ Schul- bzw. Lernalltag ruft Lernchancen hervor.¹¹⁶
- Eine höhere Behaltenswirksamkeit als bei rezeptiv-passiver Wissensaufnahme ist zu erwarten.¹¹⁷
- Der Erlebnischarakter hilft den erkundeten Gegenstand im Gedächtnis nachhaltiger zu verankern und erzeugt eine Vernetzung von Wissensstrukturen.¹¹⁸
- Durch anschaulich-praktische Lernerfahrungen werden die meisten Lernenden, die anschaulich-praktische Lerner sind, angesprochen.¹¹⁹
- Rollenprobleme und Ängste im Umgang mit Amtsträgern könnten minimiert werden.¹²⁰

¹¹⁴ Vgl. dazu Goll 2007, S. 208, Ackermann 1988, S. 12 sowie Sauerborn/ Brühne 2007, S. 10.

¹¹⁵ Vgl. dazu Ackermann 1988, S. 11, Detjen 2006, S. 211, Farman 2008, S. 7, Herrmann 2006, S. 111f. sowie Siemsen 1997, S. 20.

¹¹⁶ Vgl. dazu Detjen 2006, S. 211 sowie Gaßmann/ Nagel 1988, S. 99.

¹¹⁷ Vgl. dazu Ebd., S. 212.

¹¹⁸ Vgl. dazu Klippert 1999, S. 14 und 22 sowie Manzel 2005, S. 168f.

¹¹⁹ Vgl. dazu Detjen 2000, S. 33 sowie Klippert 1988, S. 81ff.

¹²⁰ Vgl. dazu Detjen 2006, S. 213.

Aus dem Bereich der **Politikdidaktik** sind vor allem die elf nachstehenden Lernpotenziale festzuhalten:¹²¹

- Die Analyse von Politikfelder sowie die Dimensionen des Politischen (Inhalt, Form, und Prozess) können anhand der außerschulischen Lernform vertiefend behandelt werden.¹²²
- Befähigung zur Perspektivenübernahme durch eine mehrdimensionale, binnenorientierte sowie problem- und handlungsorientierte angelegte Lernumgebung.¹²³
- Die Realitätsbegegnung durch eine erfahrungsorientierte Lernumgebung ermöglicht ein Lernen durch Eigenerfahrung, das abstraktes Wissen mit konkret erfahrenem Wissen verknüpft.¹²⁴
- Die politische Handlungskompetenz wird gefördert.¹²⁵
- Durch das Erfahrungslernen entsteht eine subjektive Betroffenheit bei den Heranwachsenden, die für weitere Lernprozesse genutzt werden kann.¹²⁶
- Die Lernenden können ihr Vorwissen, aber auch vorurteilsbeladenen Auffassungen, mit der Realität abgleichen.¹²⁷
- Durch die Teilnahme an Parlamentsbesuchen verbessern die Lernenden ihre Methodenkompetenz durch die Verwendung von Arbeitstechniken der politischen Bildung.¹²⁸
- Ein fächerübergreifendes Lernen wird durch die außerschulische Lernform generiert.¹²⁹
- Parlamentsbesuche fördern ein soziales und kommunikatives Lernen.¹³⁰
- Im Kontext einer Lerneinheit mit Parlamentsbesuch werden verschiedene Lerntypen, „verbal-

¹²¹ Die nachfolgenden Lernpotenziale leiten sich vornehmlich aufgrund der didaktischen Vermittlungsprinzipien, die auf Seite 9 dargestellt wurden, ab und beinhalten nicht nur die Realbegegnung im Parlament an sich, sondern auch die Vor- und Nachbereitung im Politikunterricht, da ein Parlamentsbesuch nie als eigenständiges Element politischer Bildung wahrgenommen werden sollte.

¹²² Hierbei können anhand der Politikformen Entscheidungen und ihre verfassungsrechtlichen Prinzipien überprüft werden. Ferner kann die Politik als Prozess den Fragen nachgehen: Wer ist von Problemen betroffen?, Welche Gruppen engagieren sich in Sachfragen? Im Rahmen der Politikinhalte können Lösungsvorschläge für Probleme diskutiert werden. Vgl. dazu Ackermann 1998, S. 5, Ackermann 1988, S. 13ff., Schlichting 2006, S. 53ff. sowie Sauerborn/Brühne 2007, S.33.

¹²³ Vgl. dazu Abschnitt 2 ab Seite 9 sowie u.a. Sarcinelli 1993, S. 456f., Deichmann 1996, Ackermann 1997, S. 459ff. sowie Ackermann 1999, S. 528.

¹²⁴ Vgl. dazu u.a. Gagel 1989, S. 401, Ackermann 1988, S. 8ff., Ciupke 2007, S. 212, Korfkamp/ Steuten 2007, S. 218 sowie Klippert 1988, S. 86ff. sowie D. Richter 2005, S. 150 und Schlichting 2006, S. 38ff.

¹²⁵ Vgl. Klippert 1988, S. 89f.

¹²⁶ Vgl. dazu Ebd., S. 83ff., Gagel 1986, S. 34ff., Gagel 1985, S. 403ff. sowie Becker 1991, S. 175.

¹²⁷ Vgl. dazu u.a. Weißeno 2000, S. 37.

¹²⁸ Hierzu gehören vor allem die Arbeitstechnik der Befragung, das Interview, das kreative Schreiben zum Beispiel durch eigenständig verfasste Tagesberichte sowie das Protokollieren. Vgl. dazu u.a. die Veröffentlichungen von Ackermann 1997, S. 460 sowie Ackermann 1988, S. 18f.

¹²⁹ Denn insbesondere durch Exkursionen zu Landes- und Bundeshauptstädten kann es zu einem politisch-historischem Lernen kommen. Im Rahmen von europäischen Exkursionen, wie zum Beispiel nach Brüssel, wird auch die Verwendung von Fremdsprachen eingeübt und nationale Mentalität und Traditionen können kennen gelernt werden. Vgl. dazu u.a. Ackermann 1999, S. 528f. sowie Ackermann 1998, S. 5 und Gaßmann/ Nagel 1988, S. 96.

¹³⁰ Vgl. dazu u.a. Ackermann 1997, S. 460f., Schlichting 2006, S. 33ff., Sauerborn/ Brühne 2007, S. 37 sowie Ciupke 2007, S. 209.

abstrakten Lerner“ als auch „praktisch-anschaulichen Lerner“, angesprochen.¹³¹

- Generell können Parlamentsbesuche auch dafür sorgen, dass der Verdruss an der Politik und insbesondere dem „institutionenkundlichen Lernen reduziert wird.¹³²

Speziell für die **Europabildung** sind im Wesentlichen die vier folgenden Lernchancen zu benennen:¹³³

- Die Lernenden können ein europäisches Bewusstsein und eine europäische Identität sowie eine interkulturelle Toleranz entwickeln.
- Ein Orientierungswissen zu Motiven, Stand, Perspektiven des Prozesses der Europäischen Integration sowie deren supranationale Struktur und Vernetzung kann erworben werden.
- Die europapolitische Bildung dient dazu den Bürgern den politischen Raum „Europa“ transparent zu machen, in dem sie sich bewegen und gemeinsame Normen und Werte zu verdeutlichen, um darauf zu reagieren und Rechte und Pflichten in der europäischen Gesetzgebung wahrzunehmen.
- Die Motivation, dass sich die Bürger im europäischen Kontext engagieren, kann gestärkt werden.

Im nachstehenden Abschnitt werden die Lernchancen in die Kompetenzbereiche und Bildungsziele politischer Bildung eingeordnet. Hierbei werden zunächst die **drei Kernkompetenzen der Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE)**: politische Handlungsfähigkeit, politische Urteilsfähigkeit und methodische Fähigkeiten beschrieben, um daran anschließend **weitere Kompetenzbereiche** dem Parlamentsbesuch zuzuordnen.¹³⁴

Politische Handlungsfähigkeit bzw. Handlungskompetenz

Dieser Kompetenzbereich wird im Zuge von Parlamentsbesuchen dadurch abgedeckt, dass Meinungen, Überzeugungen und Interessen von den Lernenden im Kontext der Lerneinheit formuliert und auch vor anderen angemessen vertreten werden, zum Beispiel bei der Expertenbefragung. Darüber hinaus führen die Adressaten politischer Bildung auch

¹³¹ Vgl. dazu u.a. Goll 2007, S. 208.

¹³² Vgl. dazu u.a. Schlichting 2006, S. 25ff.

¹³³ Vgl. zu diesem Abschnitt die nachstehenden Publikationen von: Weißeno 2004, S. 111f., Maier 1999, S. 395, Rappenglück 2005, S. 458f., Mickel 2000, S. 67, Mickel 1993, S. 20 sowie Stratenschulte 2006, S. 27f.

¹³⁴ Die Zusammenstellung der nachfolgenden Kompetenzen und Bildungsziele ergaben sich aus der Berücksichtigung folgender Veröffentlichungen von Sander 2009, S. 58f., Weißeno 2008, Moegling 2008, S. 10ff., Weißeno 2005, GPJE 2004, S. 13ff. sowie die Beiträge in Kursiv. Journal für politische Bildung 3/2008 „Die Kompetenzdebatte. Eine Zwischenbilanz“.

Aushandlungsprozesse und schließen Kompromisse im Rahmen von Planspielen zu oder an den politischen Institutionen des Besuches.

Politische Urteilsfähigkeit bzw. Urteilskompetenz

Der Kompetenzbereich „Politische Urteilsfähigkeit“ wird im Laufe der kompletten Lerneinheit dadurch aufgegriffen, dass politische Ereignisse, Probleme und Kontroversen sowie Fragen der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung unter Sachaspekten und Wertaspekten, insbesondere bei der Vorbereitung des Parlamentsbesuches, analysiert und reflektiert beurteilt werden.¹³⁵

Methodische Fähigkeiten bzw. Methodenkompetenz

Auch diese Kompetenz wird von den Lernenden infolge dessen geschult, dass sie sich selbstständig zu aktuellen politischen, wirtschaftlichen, rechtlichen und gesellschaftlichen Fragen im Zusammenhang mit dem Themengebiet orientieren und zum eigenen politischen Weiterlernen angeregt werden.

Sachkompetenz bzw. Politische Wissenskompentenz¹³⁶

Fakten- und Deutungswissen als Kenntnisgrundlagen für die Handlungs- und Urteilsfähigkeit wird den Lernenden vermittelt.

Sozialkompetenz

Die dazugehörigen Fähigkeiten von Kooperation, Kommunikation und das Lösen von Konflikten werden im Zuge des Parlamentsbesuches geschult.

Selbstkompetenz

Dadurch, dass sich die Lernenden gerade im Rahmen von europäischen Erkundungen in Ländern der Europäischen Union aufhalten, wird ihr Selbstkonzept nachhaltig durch die Erfahrungen geprägt.

¹³⁵ Vgl. dazu auch den Aufsatz von Juchler 2005, S. 62ff.

¹³⁶ Vgl. zu den letzten drei Kompetenzbereichen besonders Moegling 2008, S. 19.

Neben den vorgestellten Kompetenzen benennt die GPJE noch folgende fünf weitere **Bildungsziele**. Inwiefern diese im Zusammenhang mit einem Parlamentsbesuch erfüllt werden, wird im Folgendem verdeutlicht.

Politische Mündigkeit¹³⁷

Dadurch, dass sich die Lernenden ein eigenes Bild vom „politischen Alltag“ (Abgeordnetentätigkeiten, Parlamentsabläufe u.a.) in Parlamenten machen können, wird ihre politische Mündigkeit verstärkt. Denn ihre theoretischen Vorkenntnisse und Auffassungen haben sich nach dem Erlebten entweder falsifiziert oder verifiziert. In jedem Fall ist ihre politische Mündigkeit nach dem Parlamentsbesuch nachhaltig gestärkt.

Umfassender Politikbegriff

Im Rahmen der Vorbereitung von Parlamentsbesuchen erhalten die Adressaten des Bildungsangebotes einen umfassenden Politikbegriff. Im Fall des politischen Systems in Deutschland geschieht dies in Form seiner europäischen und globalen Abhängigkeiten.

Partizipationsbereitschaft

Ob sich die Partizipationsbereitschaft der Teilnehmer nach der Studienreise verändert hat, ist nur schwer zu überprüfen. Dies kann erst nach einem längeren Zeitraum im Anschluss an den Parlamentsbesuch gesagt werden.

Aktualität

Das Bildungsziel der Aktualität wird durch aktuelle Befragungsthemen während der Expertenbefragung¹³⁸ erreicht als auch durch die weitere Auseinandersetzung mit gegenwärtig relevanten politischen Themen infolge der Vorbereitung auf den Parlamentsbesuch.

Demokratische Ordnungsvorstellungen

Diese wurden den Lernenden vermittelt im Rahmen der Vorbereitung auf die Fahrt. Hierzu gehören vor allem die Funktionen des Parlamentes sowie die Tätigkeiten der Abgeordneten.

¹³⁷ Vgl. zu diesem Bildungsziel besonders den Aufsatz von Henkenborg 2008, S. 215.

¹³⁸ Vgl. dazu die Fragen der Teilnehmer während der Expertenbefragung im Rahmen der Exkursionen nach Brüssel 2006 und 2007 sowie 2008 nach Wiesbaden unter Abschnitt 8.

Nach dem in diesem Abschnitt bislang die Bildungsziele der GPJE sowie Kompetenzbereiche verdeutlicht wurden, werden jetzt die **Risiken und Grenzen**, die sich bezüglich eines **Parlamentsbesuches** ergeben können und sich besonders negativ auf einen erfolgreichen Lernprozess sowie deren Durchführung und Planung auswirken können, anhand der nachstehenden zehn Punkte verdeutlicht:

- Durch den Parlamentsbesuch kann sich die sowieso schon vorhandene Politik- und Parlamentsverdrossenheit bei schlechter Vorbereitung oder einer enttäuschenden Exkursion steigern.¹³⁹
- Der „Lehrplandruck“ kann dafür sorgen, dass für eine intensive inhaltliche sowie adressatenorientierte Vor- und Nachbereitung keine Zeit bleibt. Schlechtestenfalls findet der Parlamentsbesuch ganz isoliert ohne Vor- und Nachbereitung statt.¹⁴⁰
- Wenn Lernende während des Parlamentsbesuches nur passiv-rezeptiv agieren und keine Mitentscheidungsmöglichkeiten bei der Erstellung von des Fragenkatalogs an den Mandatsträger haben.¹⁴¹
- Falls keine „kognitiven Inseln“ bei den Adressaten des Bildungsangebotes zustande kommen und Erlebnisse nur singulär ohne Einbettung in das Gesamtthema bestehen bleiben, wird der Parlamentsbesuch zu keinem Lernerfolg.¹⁴²
- Die Lernenden sollten die Arbeitstechniken für einen Parlamentsbesuch beherrschen (vor allem Beobachtung und Befragung).¹⁴³
- Der schulrechtliche Rahmen (gegebenenfalls zweite Aufsichtsperson, Informieren der Schulleitung) sowie der institutionelle Rahmen muss vor der Unternehmung geklärt sein.¹⁴⁴
- Sofern bei Lernenden das Interesse bzw. Forschungsinteresse fehlt, kann es schnell dazu kommen, dass sie resignieren und überfordert sind. Denn ein Parlament entspricht nicht der Lebenswelt der Jugendlichen.¹⁴⁵
- Besonders Faktoren wie Kosten und die Entfernung zum Lernort sind bei der Planung zu berücksichtigen.¹⁴⁶
- Darüber hinaus ist der Lehrende einer höheren Belastbarkeit ausgesetzt. Dies bedeutet

¹³⁹ Vgl. hierzu speziell den Erfahrungsbericht von Drygalla 2007, S. 102ff. sowie den Aufsatz von Breit 2006, S. 47ff.

¹⁴⁰ Vgl. dazu u.a. Detjen 2002, S. 6.

¹⁴¹ Vgl. dazu u.a. Goll 2007, S. 207.

¹⁴² Vgl. dazu Ebd., S. 211 sowie Detjen 2006, S. 215.

¹⁴³ Vgl. Ebd. sowie Ackermann 1997, S. 465f.

¹⁴⁴ Vgl. Ebd., S. 212 sowie Schlichting 2006, S. 61.

¹⁴⁵ Vgl. dazu 2006, S. 215, Sauerborn/ Brühne 2007, S: 12 und 46, Herrmann 2006, S. 9 und 120f. sowie Roth 2006, S. 55ff.

¹⁴⁶ Vgl. dazu Sauerborn/ Brühne 2007, S. 12 sowie Klafk 1996, S. 272.

insbesondere in der schulischen Bildung einen Mehraufwand an Arbeitsstunden, als bei alltäglichen Unterrichtsvorhaben.¹⁴⁷

- Im Kontext der schulischen Bildung besteht auch das Problem, dass eine Exkursion und im speziellen ein Parlamentsbesuch nicht zur Grundlage einer Beurteilung herangezogen werden sollte.¹⁴⁸

Um den Bereich der Einschätzung von Lernpotenzialen, Kompetenzen, Bildungszielen sowie deren Risiken abzuschließen, wird als nächstes ein **Fazit** hierzu dargestellt.

Generell sind Lernerfolg und Lernmisserfolg abhängig von einer guten didaktischen Vor- und Nachbereitung.¹⁴⁹ Denn ohne Grundwissen beim Besucher verkommen Parlamentsbesuche und insbesondere Exkursionen in europäische Hauptstädte alleinig zu Sightseeing-Touren¹⁵⁰ und es können auch keine „Erlebnisinseln“ durch möglichst viele sinnliche und emotionale Erfahrungen entstehen, die dafür sorgen, dass der Parlamentsbesuch sich zu einem lang anhaltenden Lernerfolg entwickeln kann.¹⁵¹

Zudem sollte dem Lehrenden bewusst sein, dass außerschulische Lernorte und besonders Parlamentsbesuche, kein didaktisches Allheilmittel sind, sondern eher eine wertvolle Ergänzung zu einer Unterrichtssequenz zum politischen System in Deutschland oder speziell einer politischen Institution.

Durch Parlamentsbesuche sollten primär Jugendliche bewusst zu urteils- und handlungsfähigen Bürgern erzogen werden, denen Skepsis und Zweifel sowie das Aushalten von Spannungen und ungelösten Problemen, Kernelemente einer pluralistisch verfassten Gesellschaft in Deutschland, noch nicht so gut verinnerlicht sind.¹⁵²

¹⁴⁷ Vgl. Ebd., S. 13.

¹⁴⁸ Vgl. ebenfalls Ebd., S. 59.

¹⁴⁹ Vgl. dazu u.a. die konzipierte Einheit von Sarcinelli 1991, S. 185ff. sowie Detjen 2002, S. 3-12.

¹⁵⁰ Vgl. dazu Detjen 2002, S.11f.

¹⁵¹ Vgl. dazu Detjen 2006, S. 201.

¹⁵² Vgl. dazu Ackermann 1988, S. 21f. sowie den Aufsatz von Breit 2006, S. 47ff.

6. Einschätzung des lernthematischen curricularen Zusammenhangs im Politikunterricht

In diesem Punkt der Erarbeitung soll es darum gehen den Lehrplanbezug, exemplarisch für alle drei Schulformen des Bundeslandes Hessen,¹⁵³ herzustellen. Diesbezüglich soll besonders den folgenden Fragestellungen nachgegangen werden:

- Wann sind Parlamentsbesuche im Rahmen des hessischen Lehrplanes durchführbar?
- Wann werden sie der Lehrkraft als Arbeitsmethode empfohlen?

Im **Gymnasium** mit 12 Schuljahren (**G8**) ist eine Einbettung des Parlamentsbesuches den den Lehrplan nicht festzustellen. Sowohl in der 7.2 „Demokratie und politische Beteiligung“, 8.4 „Parteien, Wahlen und politische Entscheidungsprozesse“, 11.2 „Politische Strukturen und Prozesse“ als auch der 12.1 „Internationale Beziehungen“ sind bei Themengebieten, bei denen sich ein Parlamentsbesuch zu den politischen Institutionen wie Stadtversammlung, Bundestag oder Europäisches Parlament anbieten würde, nicht als Arbeitsmethode aufgeführt.¹⁵⁴

Im hessischen **Gymnasium** mit 13 Schuljahren (**G9**) ist eine Implementierung des Parlamentsbesuches im Lehrplan ebenfalls nicht zu erkennen. Sowohl in der 7.2 „Demokratie und politische Beteiligung“, 10.1 „Parlamentarische Demokratie und politisches System“, 12.2 „Politische Strukturen und Prozesse“ als auch der 13.1 „Internationale Beziehungen“ sind Themengebiete, bei denen sich ein Parlamentsbesuch zu politischen Institutionen anbieten würde, nicht als Arbeitsmethode benannt.¹⁵⁵

Im Lehrplan der hessischen **Realschulen** für das Fach Politik und Wirtschaft lässt sich in der 7.3 „Leben in der Gemeinde“, ein Vermerk auf die Arbeitsmethoden der Erkundung sowie der Befragung konstatieren. Bei der Themeneinheit „Parlamentarische Demokratie“ in der 9.1 sind die beiden Arbeitsmethoden Besichtigung und Erkundung vorzufinden. In der 10.3 zum Thema „Europa“ wird ebenfalls der Lehrkraft die Arbeitsmethode der Erkundung empfohlen.¹⁵⁶

¹⁵³ Um den Rahmen der Arbeit zu berücksichtigen, wurde das Bundesland des Verfassers ausgewählt, um die Implementierung von Parlamentsbesuchen in der schulischen Bildung in der Bundesrepublik Deutschland zu verdeutlichen.

¹⁵⁴ Vgl. dazu Lehrplan des Bundeslandes Hessen, Gymnasium G8, verfügbar unter: http://www.kultusministerium.hessen.de/irj/HKM_Internet?cid=ac9f301df54d1fbfab83dd3a6449af60, eingesehen am 05.05.09, 17.00 Uhr.

¹⁵⁵ Vgl. dazu Lehrplan des Bundeslandes Hessen, Gymnasium G9, verfügbar unter: http://download.bildung.hessen.de/unterricht/lernarchiv/lehrplaene/gymnasium_g9/powi_g9/LPGymPolitik_u._Wirtsch.pdf, eingesehen am 05.05.09, 18.00 Uhr.

¹⁵⁶ Vgl. dazu Lehrplan des Bundeslandes Hessen, Realschule, verfügbar unter: <http://www.lpo-hessen.de/go/default.asp?nav=69>, eingesehen am 05.05.09, 17.00 Uhr.

Im Lehrplan des Bundeslandes Hessens für **Hauptschulen** ist in der 7.1 „Unsere Stadt – unsere Gemeinde“, in der 7.3 „Unser Bundesland Hessen“, in der 8.2 „Die politische Ordnung in der Bundesrepublik Deutschland“ sowie in der 8.3 „Europa - Menschenrechte und Friedenssicherung“ die Arbeitsmethode der Erkundung vorgesehen. Im Themenbereich „Europa - Menschenrechte und Friedenssicherung“ der 8. Jahrgangsstufe ist es zudem möglich am Projekt „Europa-Tag“ teilzunehmen. Hierbei könnte sich ein Gespräch mit einem politischen Mandatsträger ergeben. Dies ersetzt keinen Parlamentsbesuch, doch immerhin ist es möglich im Rahmen des „Europa-Tages“ eine Expertenbefragung mit einem Abgeordneten durchzuführen.¹⁵⁷

Als **Schlussfolgerung** aus den **Befunden über den hessischen Lehrplan** stellt sich prinzipiell die Frage: „Warum ist der Parlamentsbesuch in der Real- bzw. Hauptschule Hessens vorgesehen, aber nicht im Gymnasium?“ Diesbezüglich wird vermutet, dass die Verfasser des Lehrplanes für Gymnasien eher abstrakte Lerntypen¹⁵⁸ ansprechen wollen und somit eine Vermittlung von Inhalten nach der „alten“ Institutionenkunde¹⁵⁹ ohne erfahrungsorientiertes Politiklernen vor Ort eher möglich ist, als in den Haupt- und Realschulen. In diesen beiden Schulformen geht der Verfasser davon aus, dass die Verantwortlichen eher von Lerntypen ausgehen, die anschaulichere Methoden zum Lernen benötigen, als im Gymnasium und somit der Lehrkraft eine „moderne“, politikdidaktisch befürwortete Institutionenkunde mit erfahrungsorientiertem Politiklernen vor Ort der Lehrkraft empfehlen.

Trotz der nicht eingearbeiteten Arbeitsmethode von Erkundung oder Besichtigung in dem Lehrplan für das Gymnasium ist es für den Lehrenden zu empfehlen, zumindest einen Parlamentsbesuch im Laufe der Schulzeit durchzuführen.¹⁶⁰ Am Beispiel meiner ehemaligen Schule findet dieser im Zusammenhang mit der obligatorisch gewordenen Abschlussfahrt in der 10. Jahrgangsstufe nach Berlin statt. Im Zuge meiner eigenen Schulzeit nahm ich an vier Parlamentsbesuchen teil.¹⁶¹ Dies soll verdeutlichen, dass es trotz des Besuches eines hessischen Gymnasiums möglich ist, entsprechende Erfahrungen zu machen. Des Weiteren kann die nächste Überarbeitung des Lehrplanes im Bundesland Hessen dafür sorgen, dass der Parlamentsbesuch durch eine stärkere Kompetenzorientierung als Arbeitsmethode an Stellenwert gewinnt.¹⁶²

¹⁵⁷ Vgl. dazu Lehrplan des Bundeslandes Hessen, Hauptschule: verfügbar unter: <http://www.lpo-hessen.de/go/default.asp?nav=68>, eingesehen am 05.05.09, 17.00 Uhr.

¹⁵⁸ Vgl. dazu u.a. Detjen 2006, S. 198.

¹⁵⁹ Auf den Wandel der Institutionenkunde wird genauer in der Einleitung sowie in Abschnitt 2.1 eingegangen.

¹⁶⁰ Vgl. zu den Lernchancen eines Parlamentsbesuches besonders Abschnitt 5 der Arbeit.

¹⁶¹ In der 7. Klasse besuchte ich das Rathaus in Rotenburg, in der 10. Klasse den Bundestag und den Bundesrat, in der 12. Klasse das Europaparlament und in der 13. Klasse nochmal den Bundestag in Berlin.

¹⁶² Vgl. dazu vor allem die Veröffentlichung von Backhaus/ Moegling/ Rosenkranz 2008.

III. Praxiserfahrungen und empirische Befunde mit Parlamentsbesuchen

In diesem praxisorientierten und dritten Abschnitt der Erarbeitung werden zunächst einige ausgewählte Befunde zu Parlamentsbesuchen aus der Politikdidaktik dargestellt und daran anschließend meine persönlichen Erfahrungen ausgewählter Parlamentsbesuche im Zusammenhang meiner Schülerzeit und ersten Phase der Lehrerausbildung vorgestellt.¹⁶³

7. Politikdidaktische Erfahrungsberichte und empirische Befunde bezüglich Parlamentsbesuchen

Die Auswahl der Praxiserfahrungen bezieht sich auf die drei Praxisfelder der politischen Bildung: der universitären, der außerschulischen und der schulischen Bildung sowie einer ersten empirischen Studie zu Exkursionen im Politikunterricht in der gymnasialen Oberstufe.¹⁶⁴

Im Bereich der **universitären Bildung** fiel meine Auswahl auf eine Seminargruppe der Universität Marburg, die im Wintersemester 2007/2008 im Rahmen eines Seminars zu den Schulpraktischen Studien im Fach Politik und Wirtschaft mit Schülergruppen Exkursionen nach Berlin durchführte und deren Lernpotenziale vorstellte und reflektierte.¹⁶⁵

Bezüglich der Publikation werden zwei Erfahrungsberichte vorgestellt, die im Zusammenhang von Parlamentsbesuchen von Relevanz sind.

Dies wäre einerseits der Erfahrungsbericht von Sahar Farman, der sich mit der Vorbereitung einer Studienreise mit Schülern nach Berlin beschäftigte.¹⁶⁶ Als wesentliche Punkte konstatiert er, dass der Vorschlag einer Exkursion bei den Heranwachsenden zu einer erhöhten Motivation führt. Des Weiteren geht er näher auf die Beschlussfassung und die Organisation dieser ein.¹⁶⁷

Der zweite Erfahrungsbericht setzt sich mit dem Lernort des Deutschen Bundestages auseinander.¹⁶⁸

Hierbei schildert der Autor folgende Eindrücke und Erfahrungen:

Bei dem Besuch einer Plenarsitzung kommt es seiner Meinung nach zu überhöhten Verhaltensmaßregelungen. Des Weiteren sind die Schülerinnen und Schüler bei der Vorbereitung auf den Besuch der Plenarsitzung darauf einzustimmen, dass Ergebnisse von Abstimmungen fast immer im Voraus feststehen. Zudem sollten die Heranwachsenden auf die Fluktuation im Plenarsaal

¹⁶³ Die Auswahl ist damit zu begründen, da der Leser einen Einblick zu allen Praxisfeldern der politischen Bildung in Bezugnahme auf Parlamentsbesuche erhalten soll. Die Auswahl in den einzelnen Arbeitsfeldern erklärt sich dadurch, dass die Arbeit ansonsten den vorgegebenen Rahmen nicht einhalten würde.

¹⁶⁴ Vgl. dazu Schlichting 2006

¹⁶⁵ Vgl. dazu die Veröffentlichung Trautwein 2008.

¹⁶⁶ Vgl. hierzu den Beitrag von Farman 2008, S. 7-10.

¹⁶⁷ Diesbezüglich geht er auf die Notwendigkeit von Elternabenden ein, über das Informieren der Schulleitung sowie sonstigen organisatorischen Fragen des Planens von Exkursionen, wie zum Beispiel sich über Gruppentarife zu informieren und u.a. die Vollmachten der Erziehungsberechtigten einzuholen.

¹⁶⁸ Vgl. dazu Beberweyk 2008, S. 57-61.

aufmerksam gemacht werden. Es sollte auch über die Gründe gesprochen werden, warum bei Parlamentssitzungen häufig viele leere Reihen vorzufinden sind und es sollte geklärt sein, weshalb Abgeordnete Nebengespräche im Plenum führen. Darüber hinaus kann es auch lehrreich sein zu erfahren, wie die Abgeordneten argumentieren.

Zudem stellt Beberweyk fest, dass beim Rundgang und Besuch eines Abgeordneten grundsätzliche Kenntnisse der deutschen Geschichte und Begriffe des Deutschen Bundestages genügen. Ferner schätzt er den Umgang mit „Realpolitikprofis“ als sehr lehrreich ein und weist auf die Funktion des Wissenschaftlichen Dienstes des Deutschen Bundestages hin, von dem die Volksvertreter Informationen zu aktuellen Themen erhalten, um sich eine Meinung zu bilden.

Bei dem **außerschulischen Praxisfeld** ist besonders die Zeitschrift „Außerschulische Bildung“ hervorzuheben, die speziell in den Ausgaben 1/2006 „Europa ohne Bürger und Bürgerinnen?“, 4/2005 „Lernen an anderen Orten: Erkundungen, Exkursionen, Studienreisen“ sowie in der Ausgabe 4/2002 „Politische Bildung in und für Europa“ unterschiedliche Parlamentsbesuche mit verschiedenen Erfahrungsberichten aufgriff und reflektierte.¹⁶⁹

Bei dem letzten Praxisfeld, der **schulischen Bildung**, soll an dieser Stelle ein Erfahrungsbericht einer zehnten Schulklasse einer Integrierten Gesamtschule in Magdeburg mit dem Besuch des Landtags im Jahr 2007 geschildert werden, der trotz Vorbereitung und Besuch im Zusammenhang eines Landtagsseminars der Landeszentrale für politische Bildung in Sachsen-Anhalt verdeutlicht, welche negativen Lernerlebnisse die Heranwachsenden erfahren können.¹⁷⁰

Um in wesentlichen Zügen den Erfahrungsbericht Drygallas wiederzugeben, werden zuallererst die Absichten des Besuches erläutert und daran anschließend die realen Erfahrungen diesem gegenüber gestellt. Ferner werden die weiteren Folgen des Parlamentsbesuches dargestellt und abschließend ein Fazit mit Kommentar zum Erfahrungsbericht formuliert.

Absichten des Besuches

Im Großen und Ganzen sollte der Parlamentsbesuch dazu dienen, dass die Jugendlichen eine Begegnung mit Persönlichkeiten des politischen Lebens erfahren, um das Funktionieren der Demokratie besser zu verstehen. Außerdem sollten durch den Besuch die Strukturen und Wirkungsmechanismen des politischen Agierens erfasst werden und die Distanz zur Politik sollte durch Diskussionen mit Mandatsträgern überwunden werden.

¹⁶⁹ Vgl. hierzu insbesondere die Aufsätze von Steimann 2005, S. 400ff., Stratenschulte 2006, S. 26ff., Lukas-Eder 2006, S. 325ff. sowie Egger 2006, S. 40ff.

¹⁷⁰ Vgl. zu den nachstehenden Ausführungen Drygalla 2007, S. 102ff. sowie auch Breit 2006, S. 48f.

Reale Erfahrungen

Doch durch den Parlamentsbesuch wurde indes die Politikverdrossenheit der Jugendlichen gestärkt, da der Landtag als ein „Hühnerstall“ wahrgenommen wurde. Viele Politiker studierten die Werbung im Plenarsaal, spielten mit dem Handy, lasen Akten oder Zeitung, aßen Gummibärchen und riefen dazwischen, so dass der Redner am Pult weitestgehend ignoriert wurde. Zudem wurde der Schülergruppe im Laufe der Expertenbefragung die Notwendigkeit von Wahlversprechen und Wahllügen im Wahlkampf erläutert.

Das weitere Geschehen

Um ihre äußerst negativen Erfahrungen des Besuches zu verarbeiten, veröffentlichten die Jugendlichen Leserbriefe in der Magdeburger Volksstimme, in denen sie sich über das Verhalten der Abgeordneten empörten und vor allem ihr ethisch-moralisches Verhalten kritisierten. Viele der Leser stimmten in der öffentlichen Reaktion den kritischen Angaben der Schülerinnen und Schüler zu. Die politische Reaktion ließ auch nicht lange auf sich warten. Der ehemalige Oberbürgermeister von Magdeburg und jetzige Abgeordnete des Landtages in Sachsen-Anhalt meldet sich, um sich den kritischen Fragen der Heranwachsenden in einem „Gegen“Besuch im Politikunterricht zu stellen und die Arbeit eines Parlamentariers zu erläutern. Darüber hinaus meldete sich selbst der Landtagspräsident zu Wort und wies darauf hin, dass das Plenum nicht der einzige Ort sei, wo Politik gemacht würde. Ferner appellierte er an alle Bürger ihrer Pflicht nachzukommen und für die Demokratie zu kämpfen sowie sich für diese einzusetzen.

Fazit und Kommentar zu dem Erfahrungsbericht

Grundsätzlich lassen sich nach den Schilderungen Drygallas zwei grundlegende Fragen formulieren:

- Überwiegen beim Parlamentsbesuch wirklich die Lernchancen oder doch die Risiken?
- Sollten Parlamentsbesuche in Zukunft in Bezug auf die politischen Bildung nicht mehr stattfinden?

Zur ersten Frage ist anzumerken, dass ein Parlamentsbesuch schwer durchzuführen ist, wenn den Heranwachsenden in der Vorbereitung nicht eindeutig klar geworden ist, dass das Parlament nicht nur eine „Bühne“ bzw. ein Redeparlament ist, wie es häufig in den Medien vermittelt wird, sondern auch eine Werkstatt bzw. ein Arbeitsparlament.¹⁷¹ Doch auch wenn der Parlamentsbesuch nicht so verläuft wie vorgestellt, haben die Jugendlichen auch das Recht sich kritisch zum Parlament und

¹⁷¹ Vgl. dazu u.a. Detjen 2002, S. 10.

seinen Abgeordneten zu äußern. Denn warum müssen Abgeordnete im Plenum verweilen, wenn sie doch sowieso etwas anderes machen als dem Redner zuzuhören? Wenn Jugendliche selbstständig zu solchen Fragestellungen kommen und eigenständig Leserbriefe zu Problemfeldern öffentlich machen, ist dies auf jeden Fall ein Lernerfolg, denn die Schülerinnen und Schüler sind zum einen politisch handlungsfähig geworden und haben zum anderen ihr politisches Urteil öffentlich dargestellt. Ferner wurde auch ihre politische Mündigkeit nachhaltig gestärkt.

Zur zweiten Frage ist zu sagen, dass Parlamentsbesuche sehr wohl in der politischen Bildung stattfinden sollten¹⁷², es muss nur in der Vorbereitung den Jugendlichen vermittelt werden, warum die Abgeordneten sich im Plenum teilweise ethisch-moralisch fragwürdig verhalten.¹⁷³ Des Weiteren sollte den Heranwachsenden nach der Expertenbefragung verdeutlicht werden, dass sich jeder Abgeordnete durch eine politisch gefärbte Brille äußert, damit die Jugendlichen nicht durch das argumentative Geschick des Mandatsträgers überwältigt werden.¹⁷⁴

Empirischer Befund zu Exkursionen im Politikunterricht der gymnasialen Oberstufe

Nachdem im Vorherigen ausgewählte Erfahrungsberichte politischer Bildung in Bezug auf Parlamentsbesuche vorgestellt wurden, wird im Folgenden überprüft, ob außerschulisches Lernen in der politischen Bildung überhaupt einen Mehrwert zum herkömmlichen Unterricht hat. Diesbezüglich wird die Veröffentlichung von Julia K. Schlichting¹⁷⁵ zurate gezogen, die dieser Fragestellung anhand des zugespitzten inhaltlichen Themas „Blockademöglichkeit“ innerhalb der Unterrichtsthematik Bundesrat mit der Lernzielformulierung: „Ist der Bundesrat durch seine Funktionen als Blockademacht des Staates anzusehen?“ nachgeht¹⁷⁶. Hierbei konnte die Exkursion in die Bundeshauptstadt in die Unterrichtseinheit eines Oberstufenkurses didaktisch eingebettet werden, bei der die Heranwachsenden selbst entscheiden konnten, ob sie eine Exkursion im Laufe der Einheit durchführen wollten oder nicht. Die Untersuchung fand unter Berücksichtigung von Fragebögen statt, die Schlichting den Jugendlichen nach der Exkursion zum Ausfüllen gab.¹⁷⁷

Als Ergebnis stellte sie fest, dass die Exkursion durchweg positive Erfahrungen der Jugendlichen hervorrief. So befürworteten 95% die durchgeführte Exkursion mit der Argumentation, dass erst das Theoretische im Unterricht gelernt wurde und dann in der Praxis wiedererkannt werden konnte. Des Weiteren war ein wesentliches Ergebnis, dass Vorkenntnisse bzw. Vorurteile durch die Exkursion revidiert wurden und fast alle Jugendlichen nach der Exkursion der Auffassung waren, dass

¹⁷² Vgl. dazu die Beantwortung der ersten Fragestellung sowie die beschriebenen Lernpotenziale unter Abschnitt 5.

¹⁷³ Vgl. dazu die realen Erfahrungen der Schülergruppe aus Sachsen-Anhalt auf Seite 39.

¹⁷⁴ Vgl. dazu Schneider 1999, S. 173ff.

¹⁷⁵ Schlichting 2006.

¹⁷⁶ Vgl. Ebd., S. 54.

¹⁷⁷ Vgl. dazu Ebd. S. 66ff.

Politiker einen schweren Job haben.¹⁷⁸ Schlussfolgernd zeigt diese Studie, dass es lohnenswert ist die Exkursion bzw. den Besuch des Bundesrates als Arbeitsmethode in der politischen Bildung einzusetzen.

¹⁷⁸ Vgl. Ebd., S. 134f.

8. Ausgewählte Praxiserfahrungen mit Parlamentsbesuchen

Nachdem im vorherigen Abschnitt politikdidaktische Erfahrungsberichte und empirische Befunde im Hinblick auf Parlamentsbesuche dargestellt wurden, werden im Folgenden eigene Erfahrungen mit Parlamentsbesuchen seit dem Beginn meines Lehramtsstudiums im Herbst 2005 anhand ausgewählter Aspekte vorgestellt.¹⁷⁹

8.1 Erfahrungsbericht zu den Studienfahrten nach Brüssel 2006 und 2007

Bei den Fahrten nach Brüssel handelte es sich um Exkursionsgruppen in der Größe von 11 Personen 2006¹⁸⁰ und 13 Personen 2007¹⁸¹. Dadurch, dass die Fahrten auf mehrere Tage ausgelegt waren, ist von einer großen Exkursion zu sprechen.¹⁸²

Ablauf der Studienfahrten nach Brüssel¹⁸³

28.3.07	29.3.07	30.3.07	31.3.07	1.4.07
07:00 Uhr: Abfahrt JGS. Zustiege in RoF- Lispnhausen und Bebra- Breitenbach. Busfahrt über Siegen, Köln, Aachen, Lüttich.	Spätestens 07:30 Uhr: Frühstück. 08:00 Uhr: Abfahrt zum Europäischen Parlament. 09:00 Uhr: Teilnahme an einer Plenar- sitzung. 10:00 Uhr: Gespräch mit MdEP ¹⁸⁴	Spätestens 08:45 Uhr: Frühstück. ca. 09:15 Uhr: Abfahrt zum Atomium. ab 10:00 Uhr: Besichtigung des Atomium, ab 11:30 Uhr: Weiterfahrt nach Gent.	Gegen 08:30 Uhr: Frühstück, danach Flohmarktbummel Spätestens 10:00 Uhr: Abfahrt nach Antwerpen. ca. 11:00 Uhr: Ankunft in Antwerpen.	Frühstück Spätestens 10:30 Uhr: Abfahrt Richtung Aachen.

¹⁷⁹ Da ich in meiner Schülerzeit zweimal nach Berlin 2002 und 2004 sowie 2005 nach Brüssel fuhr und seit Beginn meiner Lehrerausbildung im Oktober 2005 drei weitere Parlamentsbesuche mit Schülergruppen 2006 und 2007 nach Brüssel und 2008 nach Wiesbaden organisierte, ist eine Reduzierung der Praxiserfahrungen die einzige Möglichkeit, um den Rahmen der Examensarbeit einzuhalten. Dies bezieht sich auch im Speziellen auf die Bestandteile der Vor- und Nachbereitung der einzelnen Fahrten, die sich in gekürzter Form im Anhang befinden. Darüber hinaus sind alle Bildquellen, die sich in diesem Abschnitt der Arbeit befinden, vom Verfasser selbst fotografiert wurden.

¹⁸⁰ Im Jahre 2006 bestand die Exkursionsgruppe aus acht Schülerinnen und Schüler der 11. und 12. Jahrgangsstufe, einem Studenten sowie zwei Aufsichtspersonen.

¹⁸¹ Im Jahr 2007 setzte sich die Exkursionsgruppe aus drei Schülern der 10. und neun Schülern der 12. Jahrgangsstufe, einem Studenten sowie zwei Aufsichtspersonen zusammen.

¹⁸² Vgl. dazu Klein 2007, S. 17f.

¹⁸³ Um den Ablauf und den Umfang sowie deren Exkursionsziele zu verdeutlichen, siehe nachstehend das Programm der Fahrt nach Brüssel im Jahre 2007. Die europapolitisch relevanten Elemente sind fett markiert.

¹⁸⁴ MdEP steht für Mitglied des Europaparlamentes.

28.3.07	29.3.07	30.3.07	31.3.07	1.4.07
<p>13:00 Uhr: Ankunft in Leuven.</p> <p>Mittagessen.</p> <p>Besichtigung der Innenstadt. u.a. Rathaus Begijnhof</p>	<p>Danach Transfer zur Deutschen Schule.</p> <p>ab 11:30 Uhr: Besuch Deutsche Schule.</p> <p>Danach Transfer zur Hess. Landesvertretung.</p> <p>15:00 Uhr: Besuch Hess. Landes- vertretung.</p>	<p>ca. 12:30 Uhr: Ankunft in Gent</p> <p>Besichtigung der Innenstadt.</p> <p>Genter Altar, Gravensteen,</p>	<p>ca. 11:00 Uhr: Besichtigung Diamanten- museum</p> <p>ca. 13:30 – 15:30 Uhr: Zur freien Verfügung.</p> <p>15:30 Uhr: Besichtigung Schiffahrts- museum, unter 19 Jahren Eintritt frei.</p>	<p>ca. 12:30 Uhr: Besuch auf dem Vaalserberg bei Aachen, Dreiländereck.</p> <p>Aufenthaltsdauer nach Absprache.</p>
<p>ca. 16:45 Uhr: Weiterfahrt nach Brüssel.</p> <p>ca. 17:30 Uhr: Einchecken im Hotel.</p> <p>Am Abend: Erste Erkundung der Innen- stadt. Abendprogramm nach Absprache.</p>	<p>Danach Zeit zur freien Verfügung.</p> <p>Gemeinsames Abendessen.</p> <p>Abendprogramm nach Absprache.</p>	<p>Zeit zur freien Verfügung.</p> <p>Rückfahrt nach Brüssel nach Absprache.</p> <p>Abendprogramm nach Absprache.</p>	<p>Rückfahrt nach Brüssel nach Absprache.</p> <p>Gemeinsames Abendessen.</p> <p>Abendprogramm nach Absprache.</p>	<p>Rückfahrt über Köln, Siegen, Gießen.</p> <p>ca. 18:30 Uhr: Ankunft in Rotenburg, JGS.</p>

Ausgewählte Schwerpunkte der Fahrten nach Brüssel

Um zentrale europapolitische Lernpotenziale der Studienfahrten nach Brüssel hervorzuheben, liegen die Schwerpunkte der Beschreibung und Reflexion auf dem Besuch des Europäischen Parlamentes¹⁸⁵ sowie auf dem Besuch der Hessischen Landesvertretung in Brüssel.

Besuch des Europäischen Parlamentes

In den Jahren 2006 und 2007 bestand der Besuch aus den traditionellen Elementen der Expertenbefragung mit einer Europaabgeordneten, der Parlamentsbesichtigung sowie dem Besuch einer Plenardebatte.¹⁸⁶



© Markus Junghans

Als Schwerpunkte des Besuches wurden die Expertenbefragung mit der EU-Abgeordneten, der Besuch der Plenartagung sowie der Aufenthalt in der Hessischen Landesvertretung ausgewählt.

Expertenbefragung mit einer Europaabgeordneten

Der vorbereitete Fragenkatalog in den Jahren 2006 und 2007 umfasste folgende Themenbereiche:¹⁸⁷

Alltag und Arbeit eines Mitglied des Europaparlamentes:

- Wie sieht Ihr Tagesablauf als Europaabgeordnete aus?
- Wie verläuft die Ausschussarbeit im Europaparlament?
- Wie sieht die Zusammenarbeit aus?
- Sprachenvielfalt in Europa- wie ist damit umzugehen?
- Wie verhalten Sie sich bei Entscheidungen? Treffen sie als Vertreter des Wahlkreises Entscheidungen oder aufgrund ihrer Parteimitgliedschaft?

¹⁸⁵ Dem Verfasser der Arbeit ist bewusst, dass sich der Sitz des Europaparlamentes formal in Straßburg befindet, da aber im Dienort Brüssel auch Plenarsitzungen abgehalten werden, im so genannten Miniplenium, wird Brüssel im Zuge der Arbeit auch als Sitz des Europäischen Parlaments bezeichnet.

¹⁸⁶ Der Besuch einer Plenardebatte fand 2006 nicht statt, da zum Zeitpunkt der Fahrt keine Tagungswoche war.

¹⁸⁷ Die Inhalte der Befragungen sollen nur kurz benannt werden, um einen Einblick in die umfangreichen Themen zu erhalten, die im Rahmen der Expertenbefragung thematisiert wurden. In diesem Teil der Schwerpunktsetzung geht es eher um die Reaktion der Teilnehmer als um das Gespräch mit der Abgeordneten.

Deutschland und die EU:

- Was hat Deutschland von der Mitgliedschaft in der EU?
- Warum zahlt BRD so viel in den EU-Haushalt?

Fragen zum Gesetzesprozess:

- Wie werden Gesetze durchgesetzt (Beispiel: Rauchverbot)?
- Warum gibt es unterschiedliche Atomlaufzeiten in Europa?

Zukunftsfragen zur EU:

- Ist die EU in absehbarer Zeit nach deutschem föderalistischen Vorbild (Europaparlament als Bundestag und Ministerrat als Bundesrat) möglich ?
- Wie schätzen Sie die Umsetzungschancen für den EU-Verfassung-Vertrag ein?
- Was sind die Grenzen von Europa und wie stehen Sie zum Türkei-Beitritt?
- Wird es in naher Zukunft zu einer Angleichung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen in der EU kommen?

Aktuelle politische Fragen:

- Wie ist Ihre Meinung zu Studiengebühren?
- Sorgen die neuen Außengrenzen der EU für eine höhere Kriminalität?
- Was halten Sie von amerikanischen Militärstützpunkten in Europa?
- Welche Rolle nimmt Europa zum Thema Klimaschutz in der Welt ein?

Anmerkungen zur Befragung:

An dieser Stelle folgen zunächst die Eindrücke eines Schülers der Brüsselfahrt 2006 zu der Befragung mit der Parlamentsabgeordneten:

„Um dem Gespräch eine Struktur zu verleihen, erarbeiten wir im Vorfeld unserer Studienfahrt einen Fragenkatalog mit Themenschwerpunkten, um im Verlauf des Gespräches auf diesen zurückzugreifen. Einige dieser Themenschwerpunkte möchte ich an dieser Stelle kurz darstellen: Angleichung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen in der EU, die Zusammenarbeit zwischen Ländern und Abgeordneten oder z.B. die Ausschussarbeit eines bzw. einer Abgeordneten im Europaparlament. Der Verlauf des Gespräches verlief allerdings nicht nach unseren Vorstellungen und war etwas sprunghaft, so dass unsere Gruppe zu dem Entschluss kam, dass die Fragen nicht immer zu unserer Zufriedenheit beantwortet wurden bzw. stellenweise sogar übergangen worden sind.“
(Ausschnitt aus Schülertagesbericht von 2006)

Im Wesentlichen bestand, wie der Jugendliche beschreibt, der Gesprächsverlauf darin, dass die Europaabgeordnete auf die Fragen der Schülerinnen und Schüler nicht immer einging. Sie erzählte zuallererst in einem Einstiegsvortrag etwas über ihre Person, ihren Wahlkreis sowie ihre Ausschussarbeit. Des Weiteren wurden Fragen teilweise umgangen.¹⁸⁸

© Markus Junghans

Besuch einer Plenarsitzung

Im Kontext des besuchten Hearings des Generalsekretärs des Rates der Europäischen Union und Hoher Vertreter für die Gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik (GASP), Javier Solana, lernten die Teilnehmer des Jahres 2007 diese Form der parlamentarischen Debatte näher kennen. Diskutiert wurde die Stationierung von US- Militärstützpunkten



in Osteuropa. Bei der Debatte gingen die Argumente von einer Skepsis gegenüber Militärstützpunkten bis hin zu der Zustimmung polnischer und tschechischer Parlamentarier weit auseinander. Neu war für viele Lernende und auch für mich die Tatsache, dass bei dieser Debatte sehr viele EU-Abgeordnete in sehr kurzer Zeit zu Wort kamen. Darüber hinaus wurde den Teilnehmern auch die Vielsprachigkeit innerhalb der Europäischen Union bewusst. Denn zahlreiche Diskussionsbeiträge wurden in verschiedenen Sprachen im Plenum geäußert und mussten erst durch Dolmetscher übersetzt werden.

Besuch bei der Hessischen Landesvertretung¹⁸⁹

Themen bei den beiden Besuchen in den Jahren 2006 und 2007 waren die Bildungspolitik in Europa und es wurde generell der Frage nachgegangen, wie hessische Interessen in der EU vertreten werden. Was viele Teilnehmer verwunderte, war, dass der Vertreter der Landesregierung nicht auf die Fragen¹⁹⁰ der Jugendlichen einging, da er kein Politiker, sondern ein Beamter des Landes Hessens, sei. Seine Aufgabe sei Lobbying für Hessen, das sich von der Begleitung von

¹⁸⁸ Ansonsten soll an dieser Stelle nicht so umfangreich, wie bei der Fahrt nach Wiesbaden ab Seite 49, auf die Expertenbefragung eingegangen werden. Doch die Gegenüberstellung verdeutlicht schon sehr anschaulich wie verschiedene Expertenbefragungen ablaufen können und demzufolge auch auf die Wahrnehmung von Politikern haben.

¹⁸⁹ Bei der Planung der Fahrt wurde beabsichtigt, dass die Heranwachsenden Ansichten zur Europäischen Union zum einen aus der Sicht einer Europaabgeordneten und andererseits eines staatlichen Akteurs, in diesem Fall der Hessischen Landesvertretung, erhalten, die bewusst durch Lobbyismus versucht, Einfluss auf die europäische Politik zu nehmen. Vgl. dazu den Aufsatz von Platzer 2006, S. 186-202.

¹⁹⁰ Vgl. dazu die oben aufgeführten Themen der Expertenbefragung, die in ähnlicher Form auch versucht wurden dem Mitarbeiter der Hessischen Staatskanzlei zu stellen.

Gesetzgebungsprozessen bis zur Umsetzung hinzieht. Dementsprechend veranschaulichte der Bedienstete des Landes Hessen den Teilnehmern, wie Lobbying in der Praxis funktioniert. Danach seien nicht nur formale Wege wichtig, zum Beispiel sich an Arbeitskreise sowie den Ausschuss der Regionen zu wenden, sondern auch informelle. Dies geschieht exemplarisch durch Treffen am Frankfurter Flughafen.

Reflexion und Auswertung der politikdidaktisch relevanten Elemente

In diesem Punkt möchte ich das Urteil der teilnehmenden Schülerinnen und Schüler der Fahrt nach Brüssel 2007 im Kontext der politikdidaktisch relevanten Bestandteile darstellen.¹⁹¹

Ergebnis der numerischen Auswertung durch Evaluationsbögen:

Bereich	Note	Note	Note	Note	Note	Note	Note	Insg. (n=7)¹⁹²
Gespräch mit MdEP	3	5	3	5	2	2-	4	3-
Plenarsitzung	2+	2+	1	1	1	2-	1	1-
Hess. Landesvertretung	2	3	4	3-	1	2	4+	3+
Vorbereitungstreffen für Brüssel	2	2	2	2	1	2	1-2	2+

Ansonsten wurde als Anmerkung im Bogen von je einem Teilnehmer angegeben, dass das Gespräch mit dem Europaabgeordneten zu kurz und zu langweilig gewesen sei. Darüber hinaus sollte überlegt werden die politische Vorbereitung zu intensivieren, da die Europäische Union erst in der 13/1 umfangreich behandelt wird und in der Sekundarstufe I „nur kurz angekratzt“ werde.¹⁹³

¹⁹¹ Die Evaluation wurde mithilfe eines Evaluationsbogens, bei dem die Noten von 1 bis 6 mit gegebenenfalls Abstufungen von + und - vergeben werden konnten, ausgewertet. Der Bogen befindet sich im Anhang.

¹⁹² Die Ergebnisse ergeben sich anhand der sieben zurückgegebenen Evaluationsbögen sowie nach Rundung.

¹⁹³ Die Materialien der politischen Vorbereitung der Fahrt nach Brüssel befinden sich exemplarisch für das Jahr 2007 im Anhang. Eine tiefgründigere Auseinandersetzung mit den Resultaten findet im abschließenden Vergleich der Studienfahrten nach Brüssel und der Tagesexkursion nach Wiesbaden statt.

8.2 Erfahrungen aus der Exkursion nach Wiesbaden 2008

Bei der Fahrt nach Wiesbaden handelte es sich um eine sehr kleine Exkursionsgruppe. Sie bestand aus zwei Teilnehmern der AG Politik Workshop, die am Termin mitfahren konnten, zwei interessierten Studenten sowie mir als Reisegruppenleiter. Dadurch, dass die Fahrt nur auf einen Tag ausgelegt war, handelte es sich hierbei um eine Tagesexkursion.¹⁹⁴

Ablauf der Studienfahrt

Gegen 7 Uhr fuhr die Exkursionsgruppe mit dem Zug nach Wiesbaden und kam gegen halb elf in Wiesbaden an. Pünktlich um 11.30 Uhr begann die Führung mit einem Bediensteten des Landtages, der uns das Gebäude sowie einiges über die Geschichte Hessens erläuterte.¹⁹⁵ Im Anschluss an die Führung kam es dann zu einem Gespräch mit einem Fraktionsabgeordneten der SPD. Komplettiert wurde die Exkursion mit dem Besuch der Hessischen Landeszentrale für politische Bildung, bei der sich jeder der Teilnehmer fünf kostenlose Bücher aus dem Sortiment aussuchen konnte. Nach zwei Stunden in dem Stadtzentrum von Wiesbaden kehrte die Reisegruppe gegen 21 Uhr wieder nach Rotenburg an der Fulda zurück.



© Markus Junghans

¹⁹⁴ Vgl. dazu Klein 2007, S. 16.

¹⁹⁵ Vgl. dazu zum einen die Publikation von Kroll 2006 sowie den interaktiven Rundgang im Hessischen Landtag, um einen besseren Einblick zu erhalten, verfügbar unter: <http://www2.landtaghessen.de/systemstatic/internet/flash/rundgang.html>, eingesehen am 23.04.09, 14.00 Uhr.

Ausgewählter Schwerpunkt des Parlamentsbesuches nach Wiesbaden: Die Expertenbefragung mit dem Abgeordneten¹⁹⁶

Da bei der Tagesexkursion nach Wiesbaden besonders die Expertenbefragung umfangreich dokumentiert wurde und viele Lernpotenziale für den Lernenden generierte, wird diese im Folgenden anhand des vorbereiteten Fragenkatalogs der AG-Teilnehmer rekonstruiert.

Die neun Fragen des Kataloges waren:

- Warum sind Sie Mitglied dieser Fraktion? Warum sind Sie Politiker geworden?
- Welche Ansichten haben Sie zur Bildungspolitik (Schulpolitik: G8, Unterrichtsgarantie-Plus; Hochschulpolitik: Studiengebühren)?
- Wenn Sie BundeskanzlerIn oder MinisterpräsidentIn wären, was würden Sie verändern?
- Wie gedenken Sie gegen die hohe Geräuschkulisse am Frankfurter Flughafen vorzugehen?
- Wie stehen Sie zum Klimaschutz? Was tun Sie in Ihrem eigenen Haushalt?
- Wie soll die EU sich in der Zukunft entwickeln (Staatenbund oder Einheitsstaat)?
- In was für einem Ausschuss sitzen Sie? Was machen Sie?
- Wie stehen Sie zur Diätenerhöhung im Bundestag?
- Wie stehen Sie zur jetzigen geschäftsführenden Regierung in Hessen? Wird Sie dauerhaft im Amt bleiben? Welche Koalition halten Sie für am wahrscheinlichsten?

Zur ersten Frage: Warum sind Sie Mitglied dieser Fraktion? Warum sind Sie Politiker geworden?¹⁹⁷

Zu dem ersten Teil der Frage „Warum sind Sie Mitglied dieser Fraktion?“ antwortete der Abgeordnete, dass er 1997 Mitglied geworden ist, da er gegen den damaligen Kanzler Helmut Kohl war. Davor empfand er sich der FDP nahe. Zum zweiten Teil der Frage „Warum sind Sie Politiker geworden?“ antwortete er, dass es ihm Spaß mache und sich persönlich als „Politiker auf Zeit“ sehe.

¹⁹⁶ Die nachstehenden Antworten des Abgeordneten basieren auf einer Rekonstruktion von Stichpunkten, die während der Expertenbefragung im Landtag notiert wurden. Sie sollen zur besseren Rekonstruktion des Gespräches dienen und verdeutlichen, welche Informationen bei Abgeordnetenbefragungen zu erhalten sind. Die umfangreiche Form der Darstellung erklärt sich dadurch, dass in den bisherigen politikdidaktischen Veröffentlichungen eine Expertenbefragung nie in einem größeren Umfang publiziert wurde. Der Verfasser empfindet jedoch, dass die umfangreiche Darstellung dem Leser viele Lernpotenziale verdeutlicht. Des Weiteren war ich als AG-Leiter während der Befragung moderierend tätig und erklärte mögliche unbekannte Begriffe den Teilnehmern, wenn der Volksvertreter diese verwendete.

¹⁹⁷ Diese Frage diente dazu eine persönliche Ebene zu dem Politiker herzustellen.

Die zweite Frage: Welche Ansichten haben Sie zur Bildungspolitik (Schulpolitik: G8, Unterrichtsgarantie-Plus; Hochschulpolitik: Studiengebühren)?¹⁹⁸

Diesbezüglich sagte der Mandatsträger, dass der Bund mehr Befugnisse erhalten sollte. Des Weiteren sprach er sich gegen G8¹⁹⁹ aus. Hierbei verwies er auf eigene Verwandte, die unter der neuen Lernsituation zu leiden haben und kaum noch Freizeit haben. Ferner sprach er sich auch gegen „Uplus“ aus und stellte infrage, ob die Vertretungslehrer überhaupt die nötige Kompetenz zum Unterrichten hätten.

Bezüglich der Hochschulpolitik setzte er sich für die Abschaffung der Studiengebühren ein. Zudem verwies er auf das Gegenfinanzierungsmodell der SPD von 23 Mio. Euro, um diese auch wirklich abzuschaffen. Das Geld solle zum Beispiel dadurch umgeschichtet werden, dass die geschäftsführende CDU-Landesregierung²⁰⁰ die Finanzmittel für Öffentlichkeitsarbeit gestrichen bekommt.

Die dritte Frage: Wenn Sie BundeskanzlerIn oder MinisterpräsidentIn wären, was würden Sie verändern?²⁰¹

In Bezug auf diese Frage bezog sich der Volksvertreter auf das Wahl-Programm der SPD im Landtagswahlkampf 2008. Der Abgeordnete würde sich also für erneuerbare Energien, die Gesamtschule mit einem längeren gemeinsamen Lernen, für die Abschaffung des dreigliedrigen Schulsystems aussprechen und ferner ein Schulmodell nach finnischem Vorbild einführen, bei der mehr Lehrer und Sozialpädagogen angestellt werden. Außerdem würde er Parlamentsbeschlüsse umsetzen und diese nicht wie die geschäftsführende Landesregierung missachten.

Vierte Frage: Wie gedenken Sie gegen die hohe Geräuschkulisse am Frankfurter Flughafen vorzugehen?

Zu dieser Frage sagte der Parlamentarier, dass es sich um eine komplexe Frage handele, bei der erstens zu berücksichtigen sei, dass der Flughafen ein Jobmotor für Hessen darstelle. Zweitens seien aber auch die Interessen der Anwohner zu berücksichtigen genauso wie die des Flughafenbetreibers Fraport AG, der dafür plädiert nachts zu fliegen, da sonst einige der Waren verderben würden.

Sein Vorgehen sähe konkret so aus, dass er das eingeleitete Meditationsverfahren fortsetzen und

¹⁹⁸ Im Bereich Bildungspolitik hatten die Jugendlichen ein sehr starkes Interesse, da sie selbst überlegen zu studieren bzw. zum Zeitpunkt des Parlamentsbesuches die 9. und 11. Schulklasse besuchten.

¹⁹⁹ Verkürzung des Gymnasialschulunterrichts von neun auf acht Jahre.

²⁰⁰ Zum Zeitpunkt des Parlamentsbesuches herrschten in Hessen, seit der Wahl im Januar 2008, die so genannten „hessischen Verhältnisse“, die bedeuten, dass keine Regierungsmehrheit im Landtag zustande kam. Dies hat nach der hessischen Verfassung die Konsequenz, dass die amtierende Regierung solange im Amt bleibt bis sich eine tragfähige parlamentarische Mehrheit herauskristallisiert hat.

²⁰¹ Diese Fragen zielten eindeutig auf Utopievorstellungen hin.

zudem den Flugverkehr auf andere Regionen (z.B. den Flughafen Kassel-Calden) verlagern würde.

Fünfte Frage: Wie stehen Sie zum Klimaschutz? Was tun Sie in Ihrem eigenen Haushalt?²⁰²

Um diese Fragen zu beantworten, bezog sich der Volksvertreter erneut auf das SPD-Wahlprogramm. Dementsprechend sprach er sich für den Ausbau erneuerbarer Energien und gegen den Ausbau des Kohlebergwerks Staudinger aus. Ferner verwies er auf die Nominierung von Herrmann Scheer als Umweltminister im Schattenkabinett Ypsilantis. Zu seinem eigenen Handeln machte er keine Angaben.

Sechste Frage: Wie soll die EU sich in der Zukunft entwickeln (Staatenbund oder Einheitsstaat)?

Bezüglich dieser Frage argumentierte der Mandatsträger auf der Grundlage des Vertrags von Lissabon. Schlussfolgernd ist er eher vom Einheitsstaat, der Vertiefung innerhalb der Europäischen Union, als vom Staatenbund überzeugt. Neben der Beantwortung der Frage hob der Abgeordnete auch die Bedeutung Europas bzw. der EU im Kontext der Sicherung von Frieden in Europa seit dem Zweiten Weltkrieg hervor sowie die angenehme Nebenerscheinung für die Bürger, dass das Reisen in den Mitgliedsländern der Europäischen Union vereinfacht sei und eine gemeinsame Währung dieses noch fördere.

Siebte Frage: In was für einem Ausschuss sitzen Sie? Was machen Sie?

Der Volksvertreter sitzt im Innen- und Rechtsausschuss. In diesem Ausschuss sorgt er dafür, dass neue Richter benannt werden und beschäftigt sich mit Fragen rundum den Datenschutz und das Asylrecht.

Achte Frage: Wie stehen Sie zur Diätenerhöhung im Bundestag?²⁰³

Zu dieser Frage sagte das Mitglied des Landtages, dass die Erhöhung einfach nur unmöglich sei und dem Bürger gegenüber nicht vermittelbar.²⁰⁴

²⁰² Die Fragen entstanden dadurch, dass das Thema Klimaschutz im Jahr 2008 sehr relevant war. Hierbei ist besonders die „Klimaschutzoffensive“ der Regierung Merkel sowie der Wahlkampf in Hessen mit Hermann Scheer, Träger des alternativen Nobelpreises, hervorzuheben. Zudem verdeutlicht die Frage das Interesse der Jugendlichen etwas Persönliches über den Mandatsträger zu erfahren.

²⁰³ Hierbei handelt es sich wiederum um ein aktualitätsbezogenes und sehr diskussionswürdiges Thema, das die Jugendlichen deshalb sehr interessierte.

²⁰⁴ Die geplante Diätenerhöhung im Deutschen Bundestag wurde nicht zuletzt durch heftige Kritik vieler SPD-Parlamentarier zurückgenommen.

Neunte Frage: Wie stehen Sie zur jetzigen geschäftsführenden Regierung in Hessen? Wird Sie dauerhaft im Amt bleiben? Welche Koalition halten Sie für am wahrscheinlichsten?

Zum ersten Teil der Frage antwortete er, dass er die jetzige geschäftsführende Regierung in Hessen als „kastrierte zweite Gewalt“ empfinde, bei der sich Ministerpräsident Koch immer mehr zu einem „Weichspüler“ entwickle. Neuer „harter Hund“ der Regierung sei für ihn Innenminister Volker Bouffier, der sich unter anderem über Parlamentsbeschlüsse hinwegsetze.

Zu der zweiten Frage „Wird Sie dauerhaft im Amt bleiben?“ meinte er, dass die neue Regierung vor den Europawahlen 2009 bzw. der Bundestagswahlen 2009 abgesetzt werde, da sie keinen Haushaltsentwurf mit parlamentarischer Mehrheit beschließen könne.²⁰⁵

Zur dritten Frage „Welche Koalition halten Sie für am wahrscheinlichsten?“ meinte der Abgeordnete, dass besonders für die SPD am wichtigsten sei ihr Regierungsprogramm umsetzen. Eine Zusammenarbeit mit der Linkspartei käme nur „unter Bauchschmerzen“ infrage. Für die Grünen als Koalitionspartner sprächen speziell Übereinstimmungen in Fragen der Umweltpolitik und sowie des Feminismus'. Zu einer Zusammenarbeit mit der Partei Die Linke fügte er hinzu, dass überhaupt abzuwarten sei, wie die Protestpartei sich als politische Bewegung entwickle und inwiefern sie von Dauer und Bestand sein werde.

Neben dem vorgefertigten Fragenkatalog ergaben sich im **Laufe des Gespräches** noch **weitere Fragen**:

Wie ist die Arbeitseffektivität im Landtag?

Der Volksvertreter antwortete zu dieser Frage, dass die Arbeitseffektivität im Landtag eher langsam sei, da „demokratische Entscheidungen“ gefasst werden. Dies sorge einerseits für Frustration, aber auch im Erfolgsfall (Beschluss von Gesetzen u.a.) für Zufriedenheit. Insgesamt schätzt der Mandatsträger seine Arbeit, insbesondere viel lesen²⁰⁶, zufriedenstellend ein und sie mache ihm Spaß.

²⁰⁵ Letztendlich wurde die Regierung abgesetzt, aber erst durch die vorgezogene Landtagswahl im Januar 2009. Das Wahlergebnis erbrachte eine parlamentarische Mehrheit von CDU- und FDP-Abgeordneten.

²⁰⁶ Dies wurde uns bewusst, als die Besuchergruppe im Anschluss an das Gespräch noch die Gelegenheit bekam mit dem SPD-Abgeordneten in sein Arbeitsbüro zu gehen. Auf dessen Arbeitstisch warteten zahlreiche Akten im Zusammenhang seiner Ausschusstätigkeiten auf deren Lektüre.

Wie ist ihre Position zur Linkspartei?²⁰⁷

Diesbezüglich antwortete das Mitglied des Hessischen Landtages, dass er zunächst eine negative Meinung zur Linkspartei aufgrund von familiären Erfahrungen habe. Seine Familie komme aus der ehemaligen DDR und wurde von der Stasi überwacht. Des Weiteren sieht er ein Problem darin, dass nicht feststehe, um was für eine Partei es sich bei der Linkspartei überhaupt handele, da sie kein Bundesgrundsatzpapier habe und einige Mitglieder im Hessischen Landtag eindeutig marxistischen Positionen nahe stehen. Positiv schätzt er hingegen die Linkspartei im Osten Deutschlands ein. Diesbezüglich benennt er besonders die für ihn pragmatische Berliner Linkspartei, die nicht nur Versprechungen in der Opposition mache, sondern auch die Bundeshauptstadt mitregiere.

Reflexion zu dem Parlamentsbesuch

Als Kernelement des Parlamentsbesuches in den Hessischen Landtag ist sicherlich die Expertenbefragung und die Parlamentsbesichtigung mit dem Mitglied des Landtages hervorzuheben, bei der die Exkursionsgruppe nachhaltige Eindrücke bezüglich des Hessischen Landtages erhielt. Ihr wurden „Orte des Parlamentes“, der Fraktionssaal der SPD sowie das Büro des Abgeordneten persönlich gezeigt. Dadurch, dass sich der Parlamentarier zudem fast zwei Stunden Zeit für eine persönliche Parlamentsbesichtigung nahm und den Teilnehmern ermöglichte ihn umfangreich zu politischen Fragen zu interviewen, wird dies allen Mitfahrenden langfristig in Erinnerung geblieben sein und negative Eindrücke von Politikern eher reduziert haben.²⁰⁸

Auch der zuerst kritisch eingeschätzte Aspekt, dass die Parlamentsbesichtigung an einem sitzungsfreien Tag durchgeführt wurde, sollte sich im Nachhinein als äußerst positiv herausstellen, da somit der intensive Umgang mit einem Volksvertreter erst möglich wurde.

²⁰⁷ Im Zusammenhang mit der neunten Frage des Fragenkatalogs „Wie stehen Sie zur jetzigen geschäftsführenden Regierung in Hessen? Wird Sie dauerhaft im Amt bleiben? Welche Koalition halten Sie für am wahrscheinlichsten?“ entstand diese Frage.

²⁰⁸ Diese geschilderten Eindrücke decken sich auch mit den Eindrücken der AG-Teilnehmer sowie den beiden anderen Teilnehmern der Fahrt, die sie mir in ähnlicher Form schilderten.

8.3 Ausgewählte Parlamentsbesuche im Vergleich

Kategorie	Brüssel 06	Brüssel 07	Wiesbaden 08
Vorbereitung	3 Kompaktsitzungen	3 Kompaktsitzungen und Vertiefung in AG Politik Workshop	3 Kompaktsitzungen und Vertiefung in AG Politik Workshop
Führung im Parlament	fand statt	fand statt	fand statt
Expertengespräche	MdEP und Hessische Staatskanzlei	MdEP und Hessische Staatskanzlei	MdL
Besuch von Parlamentsdebatte	nein	fand statt (Thema: Außenpolitik)	nein
Nachbereitung	Tagesberichte	Evaluationsbögen bzw. Aufgreifen der Exkursionserfahrungen in der AG Politik Workshop	Aufgreifen der Exkursionserfahrungen in der AG Politik Workshop
Wissensstand der Schüler zum Zeitpunkt des Besuches	SuS ²⁰⁹ kaum Vorkenntnisse (10. Jg., aber Vorbereitung = Grundkenntnisse)	SuS durch AG Politik Workshop Vorkenntnisse	SuS durch AG Politik Workshop Vorkenntnisse

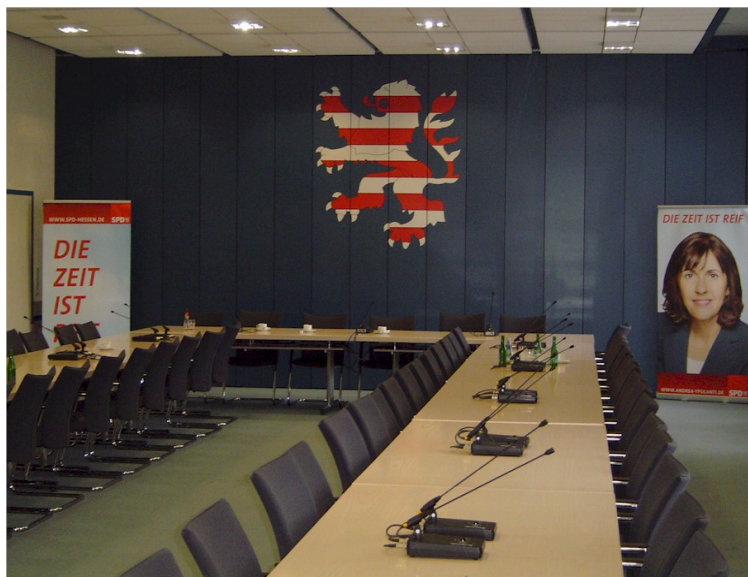
Vor- und Nachbereitung

Insbesondere bei der Fahrt nach Brüssel 2007 und nach Wiesbaden 2008 fiel die Vor- und Nachbereitung umfangreicher als bei der Studienfahrt des Jahres 2006 aus. Dies lag daran, dass die Teilnehmer des Politik Workshops in mehreren Sitzungen auf die Exkursion vorbereitet wurden und im Anschluss an die Fahrt diese auch inhaltlich aufbereiteten.²¹⁰

© Markus Junghans

Führung im Parlament

Bei der Exkursion nach Wiesbaden 2008 ist zusätzlich positiv anzumerken, dass neben der Führung durch den Landtagsbediensteten auch der besuchte Abgeordnete den Exkursionsteilnehmern sein Büro sowie den Sitzungssaal der SPD-Fraktion zeigte.



²⁰⁹ SuS steht für Schülerinnen und Schüler.

²¹⁰ Hierzu gehörten u.a. die Besprechung offener inhaltlicher Fragen und das Lösen von Verständnisproblemen. Die

Expertenbefragungen

Diesbezüglich ist anzumerken, dass es bei den Brüsselfahrten sinnvoll war, die „klassische“ Expertenbefragung mit einem Mandatsträger durch eine weitere Institution zu ergänzen, damit die Teilnehmer kontroverse Meinungen rundum die Europäische Union mithilfe eines parteigebundenen Europaabgeordneten als auch mit einem Staatsbeamten der Hessischen Landesvertretung in Brüssel sammeln konnten. Bei der Exkursion nach Brüssel 2007 verwies beispielsweise der Mitarbeiter darauf, dass er die Fragen der Reisegruppe nicht beantworten könne, da es sich dabei um „politische Fragen“ handle, die man lieber einem Politiker stellen sollte.

Aspekte der Kontroversität kamen auch im Zuge der Expertenbefragung mit dem Volksvertreter im Hessischen Landtag auf, da hierbei der Mitarbeiter des Landtages häufig eine andere politische Ansicht vertrat als der SPD-Abgeordnete. Darüber hinaus erwies es sich als Vorteil, einen Fragenkatalog bei den Fahrten nach Brüssel 2006 und 2007 sowie der Tagesexkursion nach Wiesbaden vorab gemeinsam mit den Teilnehmern als Aufhänger bzw. Grundlage für die Befragung erstellt zu haben. In diesem Punkt ist noch zu ergänzen, dass es sich bei der Fahrt nach Wiesbaden als Glücksfall erwies, dass der Landtagsabgeordnete sehr aufgeschlossen den Teilnehmern entgegen trat und die Fragen der Reisegruppe äußerst authentisch beantwortete. Bei anderen Berufspolitikern hingegen ist es häufig so, dass die Volksvertreter politisch geschickt unliebsame Fragen unbeantwortet lassen.²¹¹

Besuch von Parlamentsdebatte

Im Kontext der Brüsselfahrt 2007, bei der der Plenumsbesuch mit Eins minus von den Teilnehmern bewertet wurde, wichen die Erfahrungen der Studienfahrt doch schon stark von anderen Schilderungen der politikdidaktischen Literatur ab, die eher auf die Risiken von Parlamentsbesuchen aufmerksam machen.²¹²

Fazit

Durch die beiden Exkursionen nach Brüssel und Wiesbaden erhielten die Exkursionsgruppen bei beiden Unternehmungen Einblicke in das Innenleben realer Politik. Bei der Fahrt nach Wiesbaden speziell dadurch, dass sich der Parlamentarier sehr viel Zeit für die Teilnehmer der Fahrt im Zuge der Expertenbefragung nahm, aber auch in einem abschließenden Rundgang durch das Landtagsgebäude. Somit fand ein wirkliches „Erleben von Politik vor Ort“ statt.

Bei den Studienfahrten nach Brüssel erlebten die Lernenden einen Ausschnitt der europapolitischen

Materialien zur Vor- und Nachbereitung befinden sich im Anhang.

²¹¹ Vgl. dazu exemplarisch die Expertenbefragung mit der Abgeordneten des Europaparlamentes.

²¹² Vgl. dazu besonders den Aufsatz von Drygalla 2007, S. 102ff.

Realität, insbesondere durch den Besuch der Plenarsitzung.²¹³

Darüber hinaus ist zu konstatieren, dass die drei geschilderten Parlamentsbesuche viele Lernchancen, aber auch Risiken miteinander vereinen.²¹⁴ Des Weiteren sind meiner Erfahrung nach die Rahmenbedingungen eines durchgeführten Parlamentsbesuches förderlich für den Lernerfolg. Hierzu ist besonders wichtig, dass es sich bei dem Lernangebot um ein freiwilliges handelt, bei denen die Teilnehmer selbst Interesse am Erkundungsgegenstand haben und auch dazu bereit sind, sich in einer Vor- und Nachbereitung mit dem politischen Lernort auseinanderzusetzen. Schlussfolgernd ist anzumerken, dass sich meine Lernerfahrungen mit Parlamentsbesuchen speziell auf Lerngruppen bei Studienfahrten beziehen, die Interesse an den politischen Inhalten der Fahrten hatten. Ansonsten ist es sicherlich schwieriger, dass der Parlamentsaufenthalt sich zu einem Lernerfolg bei den Jugendlichen entwickelt. Abschließend ist noch festzuhalten, dass Erfolg oder Misserfolg von Parlamentsbesuchen immer von den einzelnen Bestandteilen und deren Rahmenbedingungen von Expertenbefragung, Besuch von Plenarsitzung sowie Parlamentsbesichtigung abhängen.²¹⁵

²¹³ Vgl. dazu die Evaluation der Fahrt auf Seite 47.

²¹⁴ Vgl. Ebd. die äußerst schlechte Bewertung bezüglich der Expertenbefragung mit der Abgeordneten des Europaparlamentes.

²¹⁵ Vgl. dazu exemplarisch die geschilderten Erfahrungen im Zuge der ausgewählten drei Exkursionen.

IV. Fazit

9. Anleitungsempfehlungen für Parlamentsbesuche

Nach dem im bisherigen Teil der Arbeit die politikdidaktische Fachliteratur zur Thematik und ausgewählte Erfahrungsberichte dargestellt wurden und es zu keiner Wiederholung der Reflexionen und Zusammenfassungen in den einzelnen Abschnitten der Erarbeitung kommen soll, hat man sich dafür entschieden im abschließenden Teil sieben thesenartige Anleitungsempfehlungen für Parlamentsbesuche zu formulieren, die die wesentlichen Ergebnisse der Auseinandersetzung mit der Thematik „Exkursionen in der politischen Bildung am Beispiel von Parlamentsbesuchen“ zusammenfassen.

- Eine gute Vor- und Nachbereitung zum Erkundungsort ist das wesentliche Element für das Gelingen von außerschulischem Lernen in der politischen Bildung. Diesbezüglich ist besonders darauf zu achten, dass die Lerngruppe, altersgerecht und mit Berücksichtigung ihrer Interessen sowie ihres lebensweltlichen Umfeldes angesprochen wird. Es ist außerdem sehr zu empfehlen, dass in der Vorbereitung aktuell diskutierte Themen in Bezugnahme auf die besuchte politische Institution behandelt werden.
- Ein relevanter Bestandteil für das Gelingen von Parlamentsbesuchen besteht darin, dass die beteiligten Personen, nämlich Abgeordnete bei der Expertenbefragung, aber auch Mitarbeiter des Parlamentes, aufgeschlossen und mit didaktischem Geschick den Fragen und Interessen der Teilnehmer nachkommen.
- Ein förderlicher Lernprozess im Zusammenhang mit Parlamentsbesuchen kann dann am besten initiiert werden, wenn sich alle Beteiligten, Teilnehmer, Mitarbeiter des Parlamentes, aber auch die Volksvertreter, genügend Zeit füreinander nehmen.
- Insbesondere den Organisatoren von Parlamentsbesuchen sollte bewusst sein, dass viele Teilnehmer von Parlamentsbesuchen sehr stark politik- und insbesondere auch parlamentsverdrossen sind. Um dieses grundlegende Problem anzugehen, sollten bewusst innovative, anregende, didaktische Prinzipien und Methoden²¹⁶ bei der Vor- und Nachbereitung genutzt werden. Es soll das Ziel sein, die Vorurteile Politikern gegenüber zu reduzieren bzw. eine neue Offenheit bei den Teilnehmern hervorzurufen.
- Verantwortliche von Parlamentsbesuchen sollten sich zu allen möglichen finanziellen Unterstützungsmöglichkeiten informieren sowie die Neuen Medien als Chance und Hilfe bei der

²¹⁶ Vgl. dazu u.a. die Publikation von Janssen 2007, aber auch die dazu relevanten Abschnitte in der vorliegenden Erarbeitung.

Vorbereitung von Unternehmungen nutzen und ihr Wissen über das politische System in Deutschland und seine Einflussfaktoren von Globalisierung und Europäisierung dauerhaft auffrischen.

- Bei der Nachbereitung von Parlamentsbesuchen ist es - speziell mit jüngeren Teilnehmern - wichtig, dass die wahrgenommenen Erfahrungen kritisch überprüft werden und ihnen bewusst wird, dass jede Unterredung mit einem Politiker durch seine subjektive, parteigebundene Perspektive geschildert wird; auch mit der Absicht die Teilnehmer von seinen politischen Wertvorstellungen zu überzeugen, um nicht zu sagen zu „überwältigen“.
- Der Lehrende sollte bei der Planung von Parlamentsbesuchen nicht davor zurückschrecken, einzelne Elemente des traditionellen Parlamentsbesuchs, bestehend aus Expertenbefragung, Parlamentsführung und Besuch von Plenarsitzung, bewusst wegzulassen. Denn gerade eine tagungsfreie Woche ohne Plenarsitzung kann zu einer tiefgründigeren und erlebnisreichen Auseinandersetzung mit dem befragten Parlamentarier führen.²¹⁷

²¹⁷ Vgl. dazu insbesondere den Erfahrungsbericht aus Wiesbaden unter 8.2.

V. Quellen- und Literaturverzeichnis

Ackermann, Paul: Außerschulische Lernorte, in: Mickel, Wolfgang W. (Hg.), Handbuch zur politischen Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 358), Bonn 1999, S. 526-531.

Ders.: Einleitung. Außerschulische Lernorte in der politischen Bildung, in: Politik und Unterricht. Zeitschrift zur Gestaltung des politischen Unterrichts, 24. Jg., H.2 (1998), S. 3-6, verfügbar unter: http://www.politikundunterricht.de/2_98/ausser.pdf, eingesehen am 05.04.09, 18.00 Uhr.

Ders.: Forschend lernen: Exkursion, Sozialstudie, Projekt, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Reihe Politik und Bildung, Bd. 11), Schwalbach/ Ts. 1997, S. 457-470.

Ders.: Politisches Lernen vor Ort, in: Claußen, Bernhard (Hg.): Texte zur politischen Bildung, Bd. 4, Frankfurt/Main 1994, S. 9-27.

Ders./ Gassmann, Reinhard: Arbeitstechniken politischen Lernens, Stuttgart 1991.

Ders.: Einführung: Außerschulische Lernorte- ungenutzte Chancen politischer Bildung, in: Ackermann, Paul (Hg.): Politisches Lernen vor Ort. Außerschulische Lernorte im Politikunterricht (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung), Stuttgart 1988, S. 8-23.

Ders.: Europäische Erkundung, in: Ackermann, Paul (Hg.): Politisches Lernen vor Ort. Außerschulische Lernorte im Politikunterricht (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung), Stuttgart 1988, S. 150-161.

Ders. (Hg.): Politisches Lernen vor Ort. Außerschulische Lernorte im Politikunterricht (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung), Stuttgart 1988.

Albert, Mathias/ Linssen, Ruth/ Hurrelmann, Klaus: Jugend und Politik. Politisches Interesse und Engagement Jugendlicher im Lichte der 14. Shell Jugendstudie, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 15, 2003, S. 3-5.

Allkämpfer, Jörg/ Grimm, Ulrich/ Zinnkann, Hans: Erfahrungen aus den Besucherdiensten von Bundestag und Landtagen, in: Sarcinell, Ulrich (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik, Baden-Baden 1994, S. 222-233.

Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Wie funktioniert die Europäische Union? Ihr Wegweiser zu den Organen und Einrichtungen in der EU, Luxemburg 2006.

Backhaus, Kerstin, Moegling, Klaus, Rosenkranz, Susanne: Kompetenzorientierung im Politikunterricht. Kompetenzen, Standards, Indikatoren in der politischen Bildung der Schulen. Sekundarstufen I und II, Baltmannsweiler 2008.

Beberweyk, Jan: Lernort Deutscher Bundestag, in: Trautwein, Klaus (Hg.): Politisch-Historisches Lernen an außerschulischen Lernorten. Reflexionen zur Durchführung von Exkursionen mit Schulklassen in die Bundeshauptstadt Berlin, Marburg 2008, S. 57-61.

- Becker, Franz Josef E.: Politisches Lernen durch Realbegegnung. Zur Methode von Erkundung und Befragung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Methoden in der politischen Bildung - Handlungsorientierung (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 304, Diskussionsbeiträge zur politischen Didaktik), Bonn 1991, S. 174-212.
- Ders.: Erkundung und Befragung als Methode der politischen Bildung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Erfahrungsorientierte Methoden der politischen Bildung (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 258, Diskussionsbeiträge zur politischen Didaktik), Bonn 1988, S. 97-131.
- Bieling, Hans-Jürgen: Die Europäische Union als neoliberales Projekt? Zur politischen Ökonomie der „Europäisierung“, in: Steffens, Gerd (Hg.): Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Einführung, Münster 2007, S. 213-225.
- Bogumil, Jörg: Regierung und Verwaltung, in: politische bildung, 40. Jg., H.4 (2007), S. 38-54.
- Bönsch, Manfred: Schüler aktivieren. Hilfen für die tägliche Unterrichtsgestaltung, 3. Auflage, Hannover 1994.
- Breit, Gotthard: Gut gemeint ist nicht gut gemacht! Verstärkt Politik als Inhalt des Politikunterrichts Politikverdrossenheit?, in: politische Bildung, 39. Jg., H.4 (2006), S. 47-65.
- Ders.: Problemorientierung, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 476), Bonn 2005, S.108-125.
- Ders.: Expertenbefragung, in: Kuhn, Hans-Werner/ Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken (Lexikon der politischen Bildung Bd. 3), Schwalbach/ Ts. 2000, S. 39-42.
- Ders./ Schiele, Siegfried (Hg.): Handlungsorientierung im Politikunterricht (Didaktische Reihe der Landeszentrale für Politische Bildung Baden-Württemberg), Schwalbach/Ts. 1998.
- Burdewick, Ingrid: Jugend - Politik – Anerkennung. Eine qualitative empirische Studie zur politischen Partizipation 11- bis 18-Jähriger (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 430), Bonn 2003.
- Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Föderalismus in Deutschland (Informationen zur politischen Bildung 298), Bonn 2008.
- Dies. (Hg.): Parlamentarische Demokratie (Informationen zur politischen Bildung 295), Bonn 2007.
- Dies. (Hg.): Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland (Informationen zur politischen Bildung 292), Bonn 2006.
- Dies. (Hg.): Europäische Union (Informationen zur politischen Bildung 279), überarbeitete Neuauflage, Bonn 2005.
- Dies. (Hg.): Demokratie (Informationen zur politischen Bildung 284), überarbeitete Neuauflage, Bonn 2004.

Dies. (Hg.): Methoden in der politischen Bildung - Handlungsorientierung (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 304, Diskussionsbeiträge zur politischen Didaktik), Bonn 1991.

Dies. (Hg.): Erfahrungsorientierte Methoden der politischen Bildung (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 258, Diskussionsbeiträge zur politischen Didaktik), Bonn 1988.

Ciupke, Paul: Außerschulische Lernform, in: Weißeno, Georg u.a. (Hg.): Wörterbuch politische Bildung, Schwalbach/ Ts. 2007, S. 206-214.

Ders.: Reisend lernen: Studienreise und Exkursion, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 476), Bonn 2005, S. 577-588.

Deichmann, Carl: Institutionenkunde. Institutionen/ mehrdimensionale Institutionenkunde, in: Lange, Dirk (Hg.): Strategien der Politischen Bildung (Basiswissen Politische Bildung, Bd. 2), Baltmannsweiler 2007, S. 40-51.

Ders.: Institutionenkunde, in: Mickel, Wolfgang (Hg.): Handbuch zur politischen Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 358), Bonn 1999, S. 231-236.

Ders.: Mehrdimensionale Institutionenkunde in der politischen Bildung (Politische Bildung: Kleine Reihe 13), Schwalbach/ Ts. 1996.

Detjen, Joachim: Erkundung, in: Lange, Dirk/ Reinhardt, Volker (Hg.): Methoden Politischer Bildung (Basiswissen Politische Bildung, Bd. 6), Baltmannsweiler 2007, S. 63-69.

Ders.: Erkundungen und Sozialstudien, in: Methodentraining I für den Politikunterricht, 2. Auflage, Bonn 2006, S. 195-226.

Ders.: Forschend lernen: Recherche, Interview, Umfrage, Expertenbefragung, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 476), Bonn 2005, S. 565-576.

Ders.: „Europäische Unübersichtlichkeiten“. Wie soll die politische Bildung mit der Kompliziertheit und Intransparenz der Europäischen Union umgehen?, in: Weißeno, Georg (Hg.): Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 423), Bonn 2004, S. 126-143.

Ders.: Parlamentsdidaktik - Grundsätzliche Bemerkungen über Exkursionen zum Bundestag, in: Forum Politikunterricht, 15. Jg., H.2 (2002), S. 3-12.

Ders.: Erfahrungsorientierung, in: Kuhn, Hans-Werner/ Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken (Lexikon der politischen Bildung Bd. 3), Schwalbach/ Ts. 2000, S. 32-34.

Ders.: Erkundung/ Sozialstudie/ Praktikum, in: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.), Handbuch zur politischen Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 358), Bonn 1999, S. 397-403.

Deutsche Shell (Hg.): Jugend 2002. Zwischen pragmatischem Idealismus und robusten Materialismus. 14. Shell-Jugendstudie, Frankfurt/Main 2002.

Dies. (Hg.): Jugend 2000. 13. Shell-Jugendstudie, Frankfurt/Main 2000.

Drygalla, Heike: Ein Besuch im Landtag - gut gemeint, aber nicht gut gemacht?, in: politische bildung, Jg. 40, H.4 (2007), S. 102-116.

Egger, Judith: Europa in der politischen Jugendbildung, in: Außerschulische Bildung, Jg. 37, H.1 (2006), S. 40-45.

Europäische Presseschau eurotopics

verfügbar unter: <http://www.eurotopics.net/de/presseschau/aktuell.html>, eingesehen am 29.04.09, 11.00 Uhr.

Farman, Sahar: Vorbereitung einer Studienreise mit Schülern nach Berlin, in: Trautwein, Klaus (Hg.): Politisch-Historisches Lernen an außerschulischen Lernorten. Reflexionen zur Durchführung von Exkursionen mit Schulklassen in die Bundeshauptstadt Berlin, Marburg 2008, S. 7-10.

Fritzer, Marc/ Unser, Günther: Die Europäische Union. Geschichte, Institutionen, Politiken, Bonn 2007.

Gagel, Walter: Didaktische Konzeptionen. Giesecke, Hilligen, Schmiederer (Politische Bildung: Kleine Reihe, Bd. 1), Schwalbach/ Ts. 2007.

Ders.: Einführung in die Didaktik des politischen Unterrichts. Ein Studienbuch, 2., völlig überarbeitete Auflage, Opladen 2000.

Ders.: Renaissance der Institutionenkunde? Didaktische Ansätze zur Integration von Institutionenkundlichem in den politischen Unterricht, in: Gegenwartskunde, 38. Jg., H. 3 (1989), S. 387-418.

Ders.: Von der Betroffenheit zur Bedeutsamkeit. Der Zusammenhang zwischen subjektiver und objektiver Betroffenheit als Erkenntnisprozeß, in: Gegenwartskunde, 35. Jg., H. 1 (1986), S. 34-44.

Ders.: Betroffenheitspädagogik oder politischer Unterricht, in: Gegenwartskunde, 34. Jg. H. 4 (1985), S. 403-414.

Gaiser, Wolfgang/ Rijke, Johann de/ Wächter, Franziska: Politikdistanz? Jugendliche und Politik im Spiegel der Jugendforschung, in: kursiv Journal für Politische Bildung, XX Jg., H.1 (2009), S. 18-27.

Gaßmann, Reinhard/ Nagel, Helmut: Landtag- Landeshauptstadt, in: Ackermann, Paul (Hg.): Politisches Lernen vor Ort. Außerschulische Lernorte im Politikunterricht (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung), Stuttgart 1988, S. 96-108.

Gehring, Kai: Der „Praxisschock“ - Erfahrungen eines neu gewählten jungen Bundestagsagbeordneten, in: politische Bildung, 40. Jg., H.2 (2007), S. 101-115.

Gesellschaft für Politikdidaktik und politische Jugend- und Erwachsenenbildung (GPJE): Anforderungen an Nationale Bildungsstandards für den Fachunterricht in der Politischen Bildung an Schulen. Ein Entwurf, 2. Auflage, Schwalbach/ Ts. 2004, abrufbar unter: http://www.kueichstaett.de/Fakultaeten/GGF/fachgebiete/Politikwissenschaften/Politikwissenschaft_III/links/HF_

sections/content/Bildungsstandards.pdf, eingesehen, 21.04.09, 21.00 Uhr.

Gnadenberger, Gertrud: „EU-Mitentscheidungsverfahren- ein Planspiel“, in: Außerschulische Bildung, Jg. 36, H. 4 (2005), S. 432-435.

Goll, Thomas: Außerschulisches Lernen, in: Reinhardt, Volker (Hg.): Forschung und Bildungsbedingungen (Basiswissen Politische Bildung, Bd. 4), Baltmannsweiler 2007, S. 205-214.

Göhler, Gerhard (Hg.): Grundfragen der Theorie politischer Institutionen, Opladen 1987.

Grammes, Tilman: Europa im Unterricht. Rückblicke in die Stoff- und Inszenierungsgeschichte, in: Weißeno, Georg (Hg.): Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 423), Bonn 2004, S. 198-213.

Ders.: Handlungsorientierung im Politikunterricht (Niedersächsische Landeszentrale für Politische Bildung), 2. überarbeitete und ergänzte Auflage, Hannover 1997.

Ders.: Institutionenbewußtsein und Institutionendidaktik: Willensbildungsprozesse in Institutionen und ihre Erscheinungsformen in Alltagsbewußtsein und Schulen, in: Sarcinell, Ulrich (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik, Baden-Baden 1994, S. 170-193.

Große-Hüttmann, Martin/ Wehling, Hans-Georg (Hg.): Das Europalexikon. Begriffe. Namen. Institutionen, Bonn 2009.

Gudjons, Herbert: Handlungsorientierung lehren und lernen. Projektunterricht und Schüleraktivität, Bad Heilbrunn 1989.

Hauler, Anton: Europapolitisches Lernen, in: Reinhardt, Volker (Hg.): Inhaltsfelder der Politischen Bildung (Basiswissen Politische Bildung, Bd. 3), Baltmannsweiler 2007, S. 199-208.

Henkenborg, Peter: Kategoriale Bildung und kompetenzorientierte politische Bildung, in: Weißno, Georg (Hg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 645), Bonn 2008, S. 213-230.

Herrmann, Ulrich: Gehirnforschung und die neurodidaktische Revision schulisch organisierten Lehrens und Lernens. Aspekte und Chancen einer gemeinsamen interdisziplinären Erfolgsgeschichte, in: Ders. (Hg.): Neurodidaktik. Grundlagen und Vorschläge für gehirngerechtes Lehren und Lernen, Weinheim 2006. S. 111-144.

Ders.: Gehirngerechtes Lehren und Lernen: Gehirnforschung und Pädagogik auf dem Weg zur Neurodidaktik?, in: Herrmann, Ulrich (Hg.): Neurodidaktik. Grundlagen und Vorschläge für gehirngerechtes Lehren und Lernen, Weinheim 2006, S. 8-15.

Hilligen, Wolfgang: Zur Didaktik des politischen Unterrichts, 4. Auflage, Opladen 1985.

Interaktiver Rundgang im Hessischen Landtag, verfügbar unter:
<http://www2.landtaghessen.de/systemstatic/internet/flash/rundgang.html>, eingesehen am 23.04.09, 14.00 Uhr.

- Ismayr, Wolfgang: Der Deutsche Bundestag im politischen System der Bundesrepublik Deutschland, in: politische Bildung, 40. Jg., H.2 (2007), S. 8-37.
- Judt, Tony: Die Geschichte Europas seit dem Zweiten Weltkrieg (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 548), Bonn 2006.
- Juchler, Ingo: Politische Urteilsbildung- Kernkompetenz für den Politikunterricht, in: Weißeno, Georg (Hg.): Politik besser verstehen. Neue Wege der politischen Bildung, Wiesbaden 2005, S. 62-75.
- Kadelbach, Stefan (Hg.): Europäische Integration und parlamentarische Demokratie (Schriften zur europäischen Integration und internationalen Wirtschaftsordnung, Bd. 12), Baden-Baden 2009.
- Klafki, Wolfgang : Neue Studien zur Bildungstheorie und Didaktik. Zeitgemäße Allgemeinbildung und kritisch konstruktive Didaktik, 5. Auflage, Weinheim 1996, S. 251-284.
- Klein, Michael: Exkursionsdidaktik. Eine Arbeitshilfe für Lehrer, Studenten und Dozenten, Baltmannsweiler 2007.
- Kreiner, Maria: Verbleib eines Bundestagsabgeordneten, in: politische Bildung, Jg. 40, H.2 (2007), S. 140-148.
- Kroll, Frank-Lothar: Geschichte Hessens, München 2006.
- Kursiv. Journal für politische Bildung, H.3 (2008) „Die Kompetenzdebatte. Eine Zwischenbilanz“.
- Janssen, Bernd: Kreativer Politikunterricht: wider die Langeweile im schulischen Alltag (Politische Bildung: Kleine Reihe, Bd. 19), 3., überarb. Auflage, Schwalbach/ Ts. 2007.
- Klein, Michael: Exkursionsdidaktik. Eine Arbeitshilfe für Lehrer, Studenten und Dozenten, Baltmannsweiler 2007.
- Klippert, Heinz: Handlungsorientierter Politikunterricht. Anregungen für ein verändertes Lehr-/Lernverständnis, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Methoden in der politischen Bildung - Handlungsorientierung (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 304, Diskussionsbeiträge zur politischen Didaktik), Bonn 1991, S. 9-30.
- Ders.: Durch Erfahrung lernen. Ein Prinzip für die politische Bildung, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Erfahrungsorientierte Methoden der politischen Bildung (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 258, Diskussionsbeiträge zur politischen Didaktik), Bonn 1988, S. 75-93.
- Korfkamp, Jens/ Steuten, Ulrich: Lernort, in: Weißeno, Georg u.a. (Hg.): Wörterbuch politische Bildung, Schwalbach/ Ts. 2007, S. 215-222.
- Lammert, Norbert: Reputation und Relevanz des Parlaments: Der Bundestag, in: politische Bildung, 40. Jg., H.2 (2007), S. 38-44.
- Lauber, Heinz: Lernort Bundeshaus Bonn, in: Ackermann, Paul (Hg.): Politisches Lernen vor Ort. Außerschulische Lernorte im Politikunterricht (Anmerkungen und Argumente zur historischen und

politischen Bildung), Stuttgart 1988, S. 109-129.

Lehrplan des Bundeslandes Hessen, Gymnasium G8, verfügbar unter:
http://www.kultusministerium.hessen.de/irj/HKM_Internet?cid=ac9f301df54d1fbfab83dd3a6449af60, eingesehen am 05.05.09, 17.00 Uhr.

Ders., Gymnasium G9, verfügbar unter:
http://download.bildung.hessen.de/unterricht/lernarchiv/lehrplaene/gymnasium_g9/powi_g9/LPGymPolitik_u._Wirtsch.pdf, eingesehen am 05.05.09, 18.00 Uhr.

Ders., Realschule, verfügbar unter: <http://www.lpo-hessen.de/go/default.asp?nav=69>, eingesehen am 05.05.09, 17.00 Uhr.

Ders., Hauptschule: verfügbar unter: <http://www.lpo-hessen.de/go/default.asp?nav=68>, eingesehen am 05.05.09, 17.00 Uhr.

Lukas-Eder, Karin: Europa hautnah erleben. Ein Besuch beim Europäischen Parlament, in: Außerschulische Bildung, Jg. 37, H. 3 (2006), S. 325-328.

Manzel, Sabine: Ein Wissenstest zu Europa für den Politikunterricht, in: Weißeno, Georg (Hg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 645), Bonn 2008, S. 279-292.

Dies.: Politisches Lernen- Perspektiven aus der Neurobiologie und dem Konstruktivismus, in: Weißeno, Georg (Hg.): Politik besser verstehen. Neue Wege der politischen Bildung, Wiesbaden 2005, S. 165-179.

Massing, Peter: Expertenbefragung, in: Methodentraining I für den Politikunterricht, 2. Auflage, Bonn 2006, S. 227-238.

Ders.: Institutionenkundliches Lernen, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 476), Bonn 2005, S. 315-325.

Ders.: Institutionenkunde, in: Richter, Dagmar/ Weißeno, Georg (Hg.): Didaktik und Schule (Lexikon der politischen Bildung Bd. 1), Schwalbach/ Ts. 1999, S. 111-114.

Ders.: Die Expertenbefragung, in: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.), Handbuch zur politischen Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 358), Bonn 1999, S. 433-436.

Ders.: Institutionenkundliches Lernen, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Reihe Politik und Bildung, Bd. 11), Schwalbach/ Ts. 1997, S. 287-300.

Maier, Gerhart: Studienfahrt/ Exkursion/ Regionalstudien, in: Mickel, Wolfgang W. (Hrsg.), Handbuch zur politischen Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 358), Bonn 1999, S. 393-397.

Mickel, Wolfgang W.: Europa, in: Richter, Dagmar/ Weißeno, Georg (Hg.): Didaktik und Schule (Lexikon der politischen Bildung Bd. 1), Schwalbach/ Ts. 1999, S. 65-67.

Ders.: Europäische Integration- eine zentrale Thematik politischer und kultureller Bildung, in:

Tuyaerts A./ Hagemann, W./ Tulodziecki, G. (Hg.): Lernen und Lehren für Europa. Festschrift für Waltraud Schöler, Frankfurt/ Main 1998, S. 31-45.

Ders.: Europabezogenes Lernen, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Reihe Politik und Bildung, Bd. 11), Schwalbach/ Ts. 1997, S. 415-428.

Ders.: Lernfeld Europa. Didaktik zur europäischen Erziehung, 2. Auflage, Opladen 1993.

Moegling, Klaus: Definitive und konzeptionelle Grundlagen der Kompetenzorientierung im Politikunterricht, in: Backhaus, Kerstin, Moegling, Klaus, Rosenkranz, Susanne: Kompetenzorientierung im Politikunterricht. Kompetenzen, Standards, Indikatoren in der politischen Bildung der Schulen. Sekundarstufen I und II, Baltmannsweiler 2008, S. 10-41.

Ders.: Politisches Handeln/ Handlungsorientierung, in: Lange, Dirk (Hg.): Strategien der Politischen Bildung (Basiswissen Politische Bildung, Bd. 2), Baltmannsweiler 2007, S. 100-107.

Müller, Ulrich/ Papenkort, Ulrich: Lernen an anderen Orten: Erkundung und Exkursion, Studien und Erlebnisreise, in: Außerschulische Bildung, Jg. 36, H. 4 (2005), S. 382-389.

Nitzschke, Volker: Befragung, in: Kuhn, Hans-Werner/ Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken (Lexikon der politischen Bildung Bd. 3), Schwalbach/ Ts. 2000, S. 10.

Neebe, Reinhard/ Schreder, Gabriele: Europa aus Schülersicht. Ein Europäisches Bildungsprojekt mit Schülerinnen und Schülern aus dem „alten“ und „neuen“ Europa, in: Weißeno, Georg (Hg.): Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 423), Bonn 2004, S. 339-358.

Noelle-Neumann, Elisabeth/ Petersen, Thomas: Die Bürger in Deutschland, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Die Staatenwelt Europas (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 443), Bonn 2006, S. 32-51.

Oberreuter, Heinrich: Parlamentarismus in der Bundesrepublik Deutschland. Eine Bilanz, in: Oberreuter, Heinrich/ Kranepohl, Uwe/ Sebaldt, Martin (Hg.): Der Deutsche Bundestag im Wandel. Ergebnisse neuerer Parlamentarismusforschung, Opladen 2002, S. 303-320.

Pasternack, Peter: Politik als Beruf heute, in: Außerschulische Bildung, Jg. 37, H. 3 (2006), S. 299-306.

Patzelt, Werner J.: Politikern sind die Ahnungslosen, in: Kursiv. Journal für politische Bildung, H.1 (2009), S. 12-17.

Ders.: Ein Bildungskanon für die politische Systemlehre, in: Weißno, Georg (Hg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 645), Bonn 2008, S. 108-121.

Ders.: Regierung im parlamentarischen und im föderativen System, in: politische bildung., Jg. 40, H.4 (2007), S. 10-23.

Ders.: Warum verachten die Deutschen ihr Parlament und lieben ihr Verfassungsgericht? Ergebnisse einer vergleichenden demoskopischen Studie, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 36.

Jg., H.3 (2005), S. 517-538.

Ders.: Die Deutschen und ihren politischen Missverständnisse, in: politische Bildung, 36. Jg., H.3 (2003), S. 58-74.

Ders.: Ein latenter Verfassungskonflikt? Die Deutschen und ihr parlamentarisches Regierungssystem, in: Politische Vierteljahresschrift, Jg. 39, H.4 (1998), S. 725-757.

Ders.: Unaufgeklärter Bürger und ein unverstandenes Parlament- was tun?, in: Das Parlament, Nr. 38 (12. September 1997), S. 4.

Ders.: Das Wissen der Deutschen über Parlament und Abgeordnete. Indizien für Aufgaben politischer Bildung, in: Gegenwartskunde, Jg. 45, H.3 (1996), S. 309-322.

Ders.: Abgeordnete, Parlamente und Bürger: Erwartungen und Enttäuschungen, in: Sarcinell, Ulrich (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik, Baden-Baden 1994, S. 85-105.

Pehle, Heinrich: Regieren und europäischen Vorzeichen, in: politische bildung, Jg. 40., H.4 (2007), S. 55-68.

Ders./ Sturm, Roland: Das neue deutsche Regierungssystem. Die Europäisierung von Institutionen, Entscheidungsprozessen und Politikfeldern in der Bundesrepublik Deutschland, 2., aktualisierte und erw. Aufl., unveränd. Nachdr., Wiesbaden 2006.

Pfeiffer, Till: Wissensstrukturen, in: Weißno, Georg (Hg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 645), Bonn 2008, S. 76-88.

Platzer, Hans-Wolfgang: Interessensverbände und europäischer Lobbyismus, in: Weidenfeld, Werner (Hg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 442), Bonn 2006, S. 186-202.

Posener, Alan: Imperium der Zukunft. Warum Europa Weltmacht werden muss (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 662), Bonn 2007.

Rappenglück, Stefan: Europabezogenes Lernen, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 476), Bonn 2005, S. 456-468.

Ders.: Europäische Komplexität verstehen lernen, Schwalbach/Ts. 2004.

Ders./ Steimann, Bernd: Europa neu gestalten. Die Europäische Union zwischen Vertiefung und Erweiterung (Materialien der Forschungsgruppe Jugend und Europa, Bd. 5), 5., neu bearb. und aktual. Auflage, Schwalbach/Ts. 2002.

Reinhardt, Sibylle: Handlungsorientierung, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 476), Bonn 2005, S.146-155.

- Richter, Dagmar: Lehren als Sequenzierung des Lernens- empirische Befunde, in: Weißno, Georg (Hg.): Politik besser verstehen. Neue Wege der politischen Bildung, Wiesbaden 2005, S. 149-164.
- Richter, Emanuel: Demokratietheorie und europäische Integration, in: Thiemeyer, Guido/ Ullrich, Hartmut (Hg.): Europäische Perspektiven der Demokratie. Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse der EU und ausgewählter Nationalstaaten, Frankfurt/Main 2005, S. 67-104.
- Rogge, Klaus I.: Lernen vor Ort, in: Hufer, Klaus-Peter (Hg.): Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung (Lexikon der politischen Bildung Bd. 2), Schwalbach/ Ts. 1999, S. 159 f.
- Rohe, Karl: Politik. Begriffe und Wirklichkeiten, 2. Auflage, Stuttgart 1994.
- Roth, Gerhard: Warum sind Lehren und Lernen so schwierig?, in: Herrmann, Ulrich (Hg.): Neurodidaktik. Grundlagen und Vorschläge für gehirngerechtes Lehren und Lernen, Weinheim 2006, S. 49-59.
- Rothe, Klaus: Schüler und Politik. Eine vergleichende Untersuchung bayrischer und hessischer Gymnasialschüler, Opladen 1993.
- Rudzio, Wolfgang: Das politische System der Bundesrepublik Deutschland, 7., aktualisierte Auflage, Opladen 2006.
- Sander, Wolfgang: Anstiftung zur Freiheit- Aufgaben und Ziele politischer Bildung in einer Welt der Differenz, in: Overwien, Bernd/ Rathenow, Hanns-Fred (Hg.): Globalisierung fordert politische Bildung. Politisches Lernen im globalen Kontext, Opladen 2009, S. 49-61.
- Ders.: Europa, in: Hufer, Klaus-Peter (Hg.): Außerschulische Jugend- und Erwachsenenbildung (Lexikon der politischen Bildung Bd. 2), Schwalbach/ Ts. 1999, S. 68f.
- Sarcinelli, Ulrich: Politische Kommunikation in Deutschland. Zur Politikvermittlung im demokratischen System, Wiesbaden 2005.
- Ders.: Parlamentsbesuch, in: Kuhn, Hans-Werner/ Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken (Lexikon der politischen Bildung Bd. 3), Schwalbach/ Ts. 2000, S. 123f.
- Ders.: Parlamentsdidaktik, in: Richter, Dagmar: Weißeno, Georg (Hg.): Didaktik und Schule (Lexikon der politischen Bildung Bd. 1), Schwalbach/ Ts. 1999, S. 171.
- Ders./ Wissel, Manfred; Molter, J.: Der Landtag Schleswig Holstein und ein Arbeitsbuch (zur CD-ROM), hrsg. vom Präsident des Schleswig-Holsteinischen Landtages, 3. Auflage, Neumünster 1999.
- Ders. (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik, Baden-Baden 1994.
- Ders.: Politikvermittlung durch Parlamente. Ein Problemaufriß, in: Sarcinell, Ulrich (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik, Baden-Baden 1994, S. 19-34.
- Ders./ Walter, Jürgen/ Wissel, Manfred: Ein multimediales Präsentationssystem für Besucherdienste

von Parlamenten: Werkstattbericht aus dem Projekt „Parlamentspädagogik“ des Schleswig-Holsteinischen Landtags, in: Sarcinell, Ulrich (Hg.): Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente. Politikvermittlung zwischen Public Relations und Parlamentsdidaktik, Baden-Baden 1994, S. 194-213.

Ders.: Parlamentsbesuche: Wege und Hindernisse bei der Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Wirklichkeit, in: Gegenwartskunde, Jg. 42, H. 4 (1993), S. 449-459.

Ders.: Öffentlichkeitsarbeit der Parlamente ein Problemaufriß, in: Zeitschrift für Parlamentsfragen, 24. Jg., H. 3 (1993), S. 464-473.

Ders.: Der Deutsche Bundestag als Lernort. Thematische Schwerpunkte und didaktische Analyse, in: Bundestag, Bundesrat, Landesparlamente. Parlamentarismus und Föderalismus im Unterricht und in der politischen Bildung, Rheinbreitbach 1991, S. 185-225.

Ders.: Politische Institutionen, Politikwissenschaft und politische Bildung. Überlegungen zu einem „aufgeklärten Institutionalismus“, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 50, 1991, S. 41-53.

Sauer, Ursula: Lernort Studienreisen- Bildung durch Reisen- Reisen bildet?, in: Literatur- und Forschungsreport Weiterbildung, 27/1991, S. 52-59.

Sauerborn, Petra/ Brühne, Thomas: Didaktik des außerschulischen Lernens, Baltmannweiler 2007.

Scharpf, Fritz W.: Regieren in Europa. Effektiv und demokratisch?, Frankfurt/Main, 1999.

Ders.: Plädoyer für einen aufgeklärten Institutionalismus, in: Hartwich, Hanns-Hermann (Hg.): Policy-Forschung in der Bundesrepublik. Ihr Selbstverständnis und ihr Verhältnis zu den Grundfragen der Politikwissenschaft, Opladen 1985, S. 164-170.

Schelle, Carla: Adressatenorientierung, in: Sander, Wolfgang (Hg.): Handbuch politische Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 476), Bonn 2005, S.79-92.

Schlichting, Julia K.: Exkursionen im Politikunterricht. Eine empirische Untersuchung didaktischer und methodischer Aspekte des außerschulischen Lernortes im gymnasialen Oberstufenunterricht (POLITICA – Schriftenreihe zur politischen Wissenschaft, Bd. 68), Hamburg 2006.

Schiele, Siegfried/ Schneider, Herbert (Hg.): Das Konsensproblem in der Politischen Bildung (Anmerkungen und Argumente zur historischen und politischen Bildung, Bd. 17), Stuttgart 1977.

Schmidt, Manfred G.: Das politische System Deutschlands. Institutionen, Willensbildung und Politikfelder (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 600), Bonn 2007.

Schmiederer, Rolf: Politische Bildung im Interesse der Schüler, Frankfurt/ Main 1977.

Schneider, Herbert: Der Beutelsbacher Konsens, in: Mickel, Wolfgang W. (Hg.): Handbuch zur politischen Bildung (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 358), Bonn 1999, S. 171-177.

Schöler, Uwe/ Winter, Thomas von: Die Wissenschaftlichen Dienste des Deutschen Bundestages,

in: politische Bildung, Jg. 40, H.2 (2007), S. 75-100.

Schüttemeyer, Suzanne E.: Die Logik der parlamentarischen Demokratie, in: Bundeszentrale für politische Bildung (Hg.): Parlamentarische Demokratie (Informationen zur politischen Bildung 295), Bonn 2007, S. 4-15.

Siemens, Claudia: Parlamentsdidaktik. Eine Untersuchung zu Möglichkeiten und Problemen politischer Bildung im Rahmen parlamentarischer Öffentlichkeitsarbeit, Kiel 1997.

Steimann, Ulrike: Studienfahrten als Möglichkeit politischer Bildung. Die Beispiele Berlin, Straßburg, Usedom, in: Außerschulische Bildung, Jg. 36, H. 4 (2005), S. 400-408.

Stratenschulte, Eckhart D.: Und der Zukunft zugewandt? – Europa in der außerschulischen Bildung, in: Außerschulische Bildung, Jg. 37, H.1 (2006), S. 26-32.

Terhart, Ewald: Lehr-Lern-Methoden. Eine Einführung in Probleme der methodischen Organisation von Lehren und Lernen (Grundlagentexte Pädagogik), 4. ergänzte Auflage, Weinheim u.a. 2005.

Thiemeyer, Guido: Die Europäische Union als neoliberales Projekt? Motive und Kräfte der Europäischen Integration, in: Steffens, Gerd (Hg.): Politische und ökonomische Bildung in Zeiten der Globalisierung. Eine kritische Einführung, Münster 2007, S. 195-212.

Ders.: Die Ursachen des „Demokratiedefizits“ der Europäischen Union aus geschichtswissenschaftlicher Perspektive, in: Thiemeyer, Guido/ Ullrich, Hartmut (Hg.): Europäische Perspektiven der Demokratie. Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse der EU und ausgewählter Nationalstaaten, Frankfurt/Main 2005, S. 105-125.

Ders./ Ullrich, Hartmut (Hg.): Europäische Perspektiven der Demokratie. Historische Prämissen und aktuelle Wandlungsprozesse der EU und ausgewählter Nationalstaaten, Frankfurt/Main 2005.

Thurich, Eckart: Pocket politik. Demokratie in Deutschland, Bonn 2003.

Trautwein, Klaus (Hg.): Politisch-Historisches Lernen an außerschulischen Lernorten. Reflexionen zur Durchführung von Exkursionen mit Schulklassen in die Bundeshauptstadt Berlin, Marburg 2008.

Übersicht und Vorstellung der einzelnen Landesparlamente im Internet
verfügbar unter: <http://rsw.beck.de/rsw/shop/default.asp?docid=11788>, eingesehen am 21.04.09, 22.00 Uhr.

Weidenfeld, Werner (Hg.): Europa leicht gemacht. Antworten für junge Europäer (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 627), Bonn 2007.

Ders. (Hg.): Die Europäische Union. Politisches System und Politikbereiche (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 442), Bonn 2006.

Ders./ Wessels, Wolfgang (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Union (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 393), Bonn 2006.

Weißeno, Georg (Hg.): Politikkompetenz. Was Unterricht zu leisten hat (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung Bd. 645), Bonn 2008.

- Ders.: Standards für die politische Bildung, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12, 2005, S. 32-38.
- Ders. (Hg.): Politik besser verstehen. Neue Wege der politischen Bildung, Wiesbaden 2005.
- Ders. (Hg.): Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 423), Bonn 2004.
- Ders.: Konturen einer europazentrierten Politikdidaktik- Europäische Zusammenhänge verstehen lernen in: Weißeno, Georg (Hg.): Europa verstehen lernen. Eine Aufgabe des Politikunterrichts, (Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 423), Bonn 2004, S. 108-125.
- Ders.: Besichtigung, in: Kuhn, Hans-Werner/ Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken (Lexikon der politischen Bildung Bd. 3), Schwalbach/ Ts. 2000, S. 13.
- Ders.: Erkundung, in: Kuhn, Hans-Werner/ Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken (Lexikon der politischen Bildung Bd. 3), Schwalbach/ Ts. 2000, S. 37f.
- Ders.: Exkursion, in: Kuhn, Hans-Werner/ Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken (Lexikon der politischen Bildung Bd. 3), Schwalbach/ Ts. 2000, S. 38f.
- Wester, Hildegard: Politikerinnen und Politiker als Thema und Mittler politischer Bildung, in: Außerschulische Bildung, Jg. 37, H. 3 (2006), S.321-324.
- Wilbert, Jürgen: Studienfahrt/ Studienreise, in: Kuhn, Hans-Werner/ Massing, Peter (Hg.): Methoden und Arbeitstechniken (Lexikon der politischen Bildung Bd. 3), Schwalbach/ Ts. 2000, S. 179f.
- Wissel, Manfred: Parlamentspädagogik und Multimedia- Erfahrungsbericht aus einem Projekt im Kieler Landtag, in: Gegenwartskunde, Jg. 44, H.1 (1995), S. 79-89.
- Zandonella, Bruno: Pocket europa. EU-Begriffe und Länderdaten, Bonn 2005.
- Zeh, Wolfgang: Verfassungsrechtliche und politische Organisation des Deutschen Bundestages, in: politische Bildung, Jg. 40, H.2 (2007), S. 45-76.

VI. Anhänge

Anhang A: Materialien zur Vor- und Nachbereitung der Fahrt nach Wiesbaden	i
- Materialien der Vor- und Nachbereitung der AG Politik Workshop	i
Anhang B: Materialien zur politischen Vor- und Nachbereitung der Studienfahrt nach Brüssel 2007²¹⁸	xiv
- Zusammenfassung der Powerpoint-Präsentationen zu den gemeinsamen Vorbereitungssitzungen aller Teilnehmer	xiv
- Materialien der Vor- und Nachbereitung der AG Politik Workshop	xxii
- Evaluationsbogen	xxiv
Anhang C: Ehrenwörtliche Erklärung zur Versicherung der selbständigen Arbeit	xxv

²¹⁸ An dieser Stelle werden die Materialien der Fahrt 2007 exemplarisch beigelegt, da die Fahrt 2006 in ähnlicher Form stattfand.

Anhang A: Materialien zur Vor- und Nachbereitung der Fahrt nach Wiesbaden¹

- Materialien der Vor- und Nachbereitung der AG Politik Workshop

Vorbereitung zur Wiesbaden-Fahrt 2008²

Sitzung am 12.04.08

Verlauf der Sitzung

Aktuelles und Fragen

Planung von Fahrt und Vorbereitung

- Das politische System der BRD
- Hessischer Landtag: Konstituierende Sitzung

Zusammenfassung und Ausblick auf die nächste Sitzung

Vertiefung zur Vorbereitung: Konstituierende Sitzung des Hessischen Landtags

Übersicht

Ablauf

Die neue Regierung: Wer regiert?

Folgen: Was ist zu erwarten?

Ablauf

Leitung der Sitzung durch Alterspräsidenten

Konstituierung

- Was heißt das?

Wahl von "Funktionsstellen"

Die neue Regierung

Regierungschef bleibt Roland Koch in einer „geschäftsführenden Regierung“

- Was bedeutet das? (Legitimation)

Wer regiert nun?

- Die „geschäftsführende Regierung“
- Das Parlament

¹ Bei der Vorbereitung auf alle drei Parlamentsbesuche halfen mir vor allem die folgenden Veröffentlichungen bzw. waren den Teilnehmern als Informationsquellen zugänglich: bpb (Hg.) 2008, bpb (Hg.) 2007, bpb (Hg.) 2006, bpb (Hg.) 2005, bpb (Hg.) 2004, Thurich 2003 sowie Zandonella 2005. Die genauen Literaturangaben sind im Quellen- und Literaturverzeichnis ab Seite 59 zu entnehmen.

² Nachstehend wird anhand der zusammengefassten Materialien verdeutlicht, wie die Vorbereitung der AG Politik Workshop stattfand.

Folgen: Was ist zu erwarten?

„Koch ist Geschäftsführer und das Parlament der Vorstand“ (Al Wasir, 05.04.08)

Wird die Regierung Koch Marionette des Parlaments?

„Sternstunde“ des Parlamentarismus

- Entscheidungen anhand von Sachthemen (Bildungspolitik: Schulpolitik, Studiengebühren)

Folgen in der Realität

Sitzung des Landtags am 09.04.2008

- Entscheidungen anhand von Parlamentsmehrheiten (Schulpolitik, Abschaffung der Studiengebühren u.a.)

- CDU entwickelt sich programmatisch hin zu den Grünen (erneuerbare Energien u.a.)

Erste Konflikte zwischen Exekutive und Legislative (Asylpolitik)

Ausblick auf die nächste Sitzung

Organisatorisches: Termin (26.04.08: 10.45-13.00Uhr)

Vorbereitung der Wiesbaden-Fahrt:

- Politisches System der BRD:
- Föderalismus
- Referat zu geschichtlichem Hintergrund
- Referat zu Herausforderungen der Zukunft: Globalisierung und Europäisierung sowie deren Folgen
- Politiker/ Abgeordnete: Rechte, Pflichten, Tagesablauf, Fragen an den Abgeordneten
- Referat zur Stadt Wiesbaden (Geschichte, Besonderheiten etc.)

Sitzung am 26.04.08

Verlauf der Sitzung

Aktuelles und Fragen

- Vertiefung: EU-Reformvertrag

Planung von Fahrt und Vorbereitung

- Das politische System der BRD

- Föderalismus

- Politische Institutionen/ Organe der Demokratie in Deutschland

- Referat: Geschichte und Entstehung

Vertiefung zur Vorbereitung:

Referat zur Gründung der BRD³

Inhaltliches:

Was ist eigentlich der „Parlamentarische Rat“, und welche Aufgaben hatte er, und wie genau setzte sich dieses Gremium zusammen?

Wie kam es nun zur Gründung der Bundesrepublik Deutschland?

I. Der Parlamentarische Rat

Was ist der Parlamentarische Rat?

Der Parlamentarische Rat ist ein von den Alliierten eingesetztes Gremium gewesen, das von den elf Ministerpräsidenten der Besatzungszonen geleitet wurde.

Der Rat setzte sich aus 65 wahlberechtigten Abgeordneten zusammen, sowie 5 nicht stimmberechtigten Personen aus Berlin (West).

Ein Abgeordneter vertrat 750.000 Bürger seines Wahlkreises.

Das stärkste Bundesland war NRW mit insgesamt 16 Abgeordneten und Württemberg, Baden und Zollern hatten jeweils nur 2 Abgeordnete.

Stärkste Fraktionen waren CDU und CSU mit jeweils 27 Abgeordneten, darauf folgten SPD, FDP und zum Schluss die KPD.

II. Welche Aufgaben hatte dieser Rat?

Der Parlamentarische Rat hatte eigentlich nur eine einzige Aufgabe, und zwar die Vorarbeiten für die neue Verfassung zu liefern, bzw. die zu schreiben.

Aber bevor die richtige, heutige Verfassung in Kraft trat, wurde das Grundgesetz als vorläufige Verfassung benutzt, welches auch vom Parlamentarischen Rat verfasst worden ist.

Entstehung der BRD

I. Entstehung

Das Grundgesetz (Verfassung) trat nach seiner feierlichen Einweihung am 24. Mai 1949 in Kraft.

Zuvor existierte nur die Idee einer Bundesrepublik, aber um diese Idee zu verwirklichen arbeiteten im ganzen Land die Menschen, um die Organe, wie zum Beispiel Ämter zu erschaffen. Nach den ersten Wahlen stand die Regierung fest, mit Konrad Adenauer als Bundeskanzler an der Spitze.

³ Das Referat wurde von einem Schüler gehalten. Die einzelnen Punkte wurden von seiner Powerpoint-Präsentation übernommen.

Föderalismus und politische Institutionen in der BRD

Übersicht

Was bedeutet Föderalismus?

Historischer Hintergrund

Politische Organe der BRD

Was sind Kritikpunkte und Vorteile am Föderalismus in Deutschland?

Reform des Föderalismus in Deutschland?

Föderalismus

Ursprung: lat. foedus - der Bund

Definition: Politischer und organisatorischer Zusammenschluss von mehr oder weniger selbstständigen Gliedern (Staaten) zu einem Ganzen

Unterscheidung:

- Staatenbund: loser Zusammenschluss
- Bundesstaat: enger Zusammenschluss

Föderalismus in der BRD

Historischer Hintergrund

Neuordnung nach 1945

- Dezentralisierung
- Entmilitarisierung
- Entnazifizierung u.a.

(Potsdamer Abkommen 1945)

Politische Institutionen der BRD

Übersicht

Organe der Rechtssprechung:

- Bundesverfassungsgericht

Organe der Gesetzgebung:

- Bundesrat
- Bundestag

Bundesverfassungsgericht

Höchstes deutsches Gericht

Sitz in Karlsruhe

Richter werden zur Hälfte vom Bundestag und Bundesrat für 12 Jahre gewählt

„Hüter des Grundgesetzes“

- Kann Gesetze der Regierung wieder aufheben

Entscheidung über Parteienverbote/Verfassungsbeschwerden

Organe der Rechtsprechung

Der Deutsche Bundestag

Kurze Erläuterung

der Deutsche Bundestag ist das Parlament der Bundesrepublik Deutschland

Sitz in Berlin

wird im politischen System in Deutschland als einziges Verfassungsorgan des Bundes direkt durch das Volk gewählt

Zusammensetzung

die gesetzliche Anzahl seiner Mitglieder beträgt 598

dem Bundestag steht der Bundestagspräsident vor

eine Legislaturperiode dauert 4 Jahre

Aufbau des Plenarsaals

Funktionen

Gesetzgebende Funktion

Kontrollfunktion

- Regierungsbefragungen

- Misstrauensvotum und Vertrauensfrage

- Regierungsbefragungen

Artikulationsfunktion

Wahlfunktion

- Wahl der Bundesrichter

Kontrolle der Geheimdienste

Der Plenarsaal

Der Plenarsaal ist der wichtigste und größte Versammlungssaal im Reichstagsgebäude in ihm tagt der Deutsche Bundestag
den Mittelpunkt des Plenarsaals bildet das Rednerpult
vor dem Redner sitzen die Stenografen, hinter ihm sitzt der Bundestagspräsident oder ein Vertreter, der jeweils dem Präsidium nächstgelegene Platz ist der Bundeskanzlerin und dem Bundesratspräsidenten vorbehalten.

Der Bundestagspräsident

Norbert Lammert

* 16. November 1948 in Bochum

Abitur 1967

1969 Wehrdienst

Studium der Politikwissenschaft, der Soziologie, der Neueren Geschichte und der Sozialökonomie an der Ruhr-Universität Bochum und der Universität Oxford

von 1989 bis 1998 Parlamentarischer Staatssekretär

Bundesrat

Vertretung der deutschen Bundesländer

„Parlament der Länderregierungen“

Zusammensetzung je nach Einwohnerzahl der Bundesländer (Hessen: 5 Stimmen, Bayern: 6)

Zweiter Bundesgesetzgeber neben dem Bundestag („Vetospieler“)

Kann Bundesgesetze verzögern („Ära Lafontaine“)

Problem: Dauerwahlkampf

Gesetzgebung

Was sind Kritikpunkte und Vorteile am Föderalismus?

Vorteile:

- kulturelle Vielfalt durch Bundesländer
- mehr Partizipation
- Förderung von Experimentierfreude (Schwarz-Grün in Hamburg)
- Dezentralisierung von Machtstrukturen
- Förderung des Wettbewerbs (Parteien, Bundesländer)
- Rekrutierung politischer Führungskräfte

Nachteile:

- Beeinträchtigung des Gleichheitsgrundsatzes
- schwerfälliger politischer Entscheidungsprozess (Reformstau, Bundesrat)
- Intransparenz der politischen Entscheidungen
- Kosten

Zwischenfragen:

Hat Föderalismus mehr Vor- oder Nachteile?

Sollte der föderative Staatsaufbau der BRD beibehalten bleiben?

Reform des Föderalismus?

schwerfälliger politischer Entscheidungsprozess (Reformstau, Bundesrat)

Intransparenz der politischen Entscheidungen

Kosten: Zusammenlegung von Bundesländern ("Nordstaat")

Ausblick auf die nächste Sitzung

Vorbereitung der Wiesbaden-Fahrt: Referate

Herausforderungen der Zukunft: Globalisierung und Europäisierung sowie ihre Folgen u.a.

- Fragen an den Abgeordneten

Sitzung am 10.05.08

Verlauf der Sitzung

Weitere Arbeit mit bpb-Materialien

Aktuelles und Fragen

- Vertiefung: EU-Reformvertrag

Planung von Fahrt und Vorbereitung

- Das politische System der BRD
- Referate: Herausforderungen der Zukunft: Globalisierung und Europäisierung, Stadt Wiesbaden
- Fragen an den Abgeordneten/ HLZ/ Landtag

Zusammenfassung und Ausblick auf die nächste Sitzung

Europäische Union

Inhalt

Fragen zur EU

Entstehungsgeschichte

Aufgaben der EU-Institutionen

Neue EU-Verfassung

Fragen zur EU

Was ist die EU?

Wozu ist sie da?

Welchen Stellenwert hat sie für das politische System Deutschlands?

Entstehung/Integrationsstapfen

1951 Montanunion

1957 EWG

1979 EWS

1993 EU-Binnenmarkt

2002 Euro-Einführung

Die wichtigsten Organe der EU

Europäisches Parlament: vertritt die Belange der Bevölkerung

Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Vertretung der Regierungen der Mitgliedsländer

Europäische Kommission: „Motor der Union“, ausführendes Organ (Regierung)

Europäischer Gerichtshof: sichert die Einhaltung der Gesetze

Europäischer Rechnungshof: kontrolliert die rechtmäßige Verwaltung des EU-Haushaltes

Neue EU-Verfassung

Wichtigste Veränderungen der EU-Verfassung

Institutionen

„dreier Spitze“ aus Kommissionspräsident, EU-Außenminister (effizientere Vertretung der EU im Ausland) und EU-Ratspräsident

Amtszeitveränderungen 2,5 Jahre anstatt 6 Monate

Parlament

Gesetzgebungskompetenz ausgeweitet

EU-Parlament soll mehr Macht bekommen (deutscher Bundestag):

Mehrheitsverhältnisse bei Wahl des Kommissionspräsidenten

Möglichkeit der Gesetzesvorschläge

Kommission

jedes Mitgliedsland der EU stellt bis 2014 nur noch einen Kommissar

Effizienz wird erhöht: Kommissare auf 2/3 der EU- Länder begrenzt, Rotationsprinzip

Rolle des Ministerrates

Abstimmungen im Ministerrat

„doppelte Mehrheit“ :

1) 55% der Mitgliederstaaten

2) 65% der Bevölkerung

Veto bei schon vier Gegenstimmen

Vetorecht

nur noch in den Bereichen der Steuerpolitik, Sicherheits- und Außenpolitik

erschwert: Justiz- und Innenpolitik

Bürgerbegehren

bei 1 Mio. Unterschriften für Gesetz muss Kommission tätig werden

EU-Reformvertrag

Übersicht

Was hat der Vertrag für Folgen?

Umsetzung des Vertrages

Kritikpunkte an der EU

Zukunft: Verfassungsvertrag oder Reformen?

Folgen des Reformvertrages

EU wird handlungsfähiger

- Vetorecht einzelner Staaten wird begrenzt

neue rechtliche Grundlage

hauptamtlicher EU-Ratspräsident

einheitliche Vertretung der EU in der Außenpolitik

Rechte des EU und der nationalen Parlamente werden gestärkt

Umsetzung des Vertrages

Ratifizierung in einzelnen Mitgliedsländern

- Volksabstimmung
- „parlamentarisch“

Kritikpunkte an der EU

„EU ist neoliberal“ (Bisky)

neoliberal:

- ökonomische Absichten: Binnenmarkt und Dienstleistungsfreiheit

Forderungen nach mehr:

- Arbeitnehmerrechten
- sozialer Absicherung

Verlust von Eigenstaatlichkeit? (Beckstein)

- Supranationalisierung/ Denationalisierung?

Zukunft der EU

Verfassungsvertrag oder weitere Reformen?

Fragen an den Abgeordneten/ Hess. Landtag/ HLZ

a) an den Abgeordneten:

- 1) Warum sind Sie Mitglied dieser Fraktion? Warum sind Sie Politiker geworden?
- 2) Welche Ansichten haben Sie zur Bildungspolitik (Schulpolitik: G8, U-Plus; Hochschulpolitik: Studiengebühren)?
- 3) Wenn Sie BundeskanzlerIn oder MinisterpräsidentIn wären, was würden Sie verändern?
- 4) Wie gedenken Sie gegen die hohe Geräuschkulisse am Frankfurter Flughafen vorzugehen?
- 5) Wie stehen Sie zum Klimaschutz? Was tun Sie in Ihrem eigenen Haushalt?
- 6) Wie soll die EU sich in der Zukunft entwickeln (Staatenbund, Einheitsstaat)?
- 7) In was für einem Ausschuss sitzen Sie? Was machen Sie?

8) Wie stehen Sie zur Diätenerhöhung im Bundestag?

9) Wie stehen Sie zur jetzigen geschäftsführenden Regierung in Hessen? Wird Sie dauerhaft im Amt bleiben? Welche Koalition halten Sie für am wahrscheinlichsten?

b) Hessischer Landtag:

1) Warum wurde Wiesbaden Landeshauptstadt?

2) Wie sieht die Parlamentsarbeit aus?

c) Hessische Landeszentrale für politische Bildung:

1) Seit wann besteht diese Institution?

Ausblick auf die nächste Sitzung

Fahrt nach Wiesbaden am 23.05.08

Auswertung der Wiesbaden-Fahrt

Globalisierung u.a.

Nachbereitung und Auswertung zur Wiesbaden-Fahrt 2008⁴

Sitzung am 31.05.08

Verlauf der Sitzung

Auswertung der Wiesbaden-Fahrt (Auswertungsfragen, Fotos, Fragen zur Fahrt)

- Referat zur Stadt Wiesbaden

- Fragen an den Abgeordneten/ HLZ/ Landtag (Rechte und Pflichten etc.)

Aktuelles und Fragen (Geld)

Das politische System der BRD

- Herausforderungen der Zukunft: Globalisierung, Wiederholung: Europäisierung

Zusammenfassung und Ausblick auf die nächste Sitzung: AG-Evaluation

Auswertung:

1) Was war gut?

2) Was war weniger gut?

3) Welche Fragen wurden beantwortet und welche nicht?

4) Was wurde nicht klar, interessiert mich jetzt aber?

⁴ Die folgenden Materialien verdeutlichen wie der Parlamentsbesuch nach Wiesbaden ausgewertet wurde.

Zu 3)

an Abgeordneten:

- 1) Warum sind Sie Mitglied dieser Fraktion? Warum sind Sie Politiker geworden?
- 2) Welche Ansichten haben Sie zur Bildungspolitik (Schulpolitik: G8, U-Plus; Hochschulpolitik: Studiengebühren)?
- 3) Wenn Sie BundeskanzlerIn oder MinisterpräsidentIn wären, was würden Sie verändern?
- 4) Wie gedenken Sie gegen die hohe Geräuschkulisse Frankfurter Flughafen vorzugehen?
- 5) Wie stehen Sie zum Klimaschutz? Was tun Sie in Ihrem eigenen Haushalt?
- 6) Wie soll die EU sich in der Zukunft entwickeln (Staatenbund, Einheitsstaat)?
- 7) In was für einem Ausschuss sitzen Sie? Was machen Sie?
- 8) Wie stehen Sie zur Diätenerhöhung im Bundestag?
- 9) Wie stehen Sie zur jetzigen geschäftsführenden Regierung in Hessen? Wird Sie dauerhaft im Amt bleiben? Welche Koalition halten Sie für am wahrscheinlichsten?

b) Hessischen Landtag:

- 1) Warum wurde Wiesbaden Landeshauptstadt?
- 2) Wie sieht die Parlamentsarbeit aus?

c) Hessische Landeszentrale für politische Bildung:

- 1) Seit wann besteht diese Institution?

Vertiefung aktueller Themen

EU-Reformvertrag

Übersicht

Was hat der Vertrag für Folgen?

Umsetzung des Vertrages

Kritikpunkte an der EU

Zukunft: Verfassungsvertrag oder Reformen?

Folgen des Reformvertrages

EU wird handlungsfähiger

- Vetorecht einzelner Staaten wird begrenzt

neue rechtliche Grundlage

hauptamtlicher EU-Ratspräsident

einheitliche Vertretung der EU in der Außenpolitik

Rechte des EU- und der nationalen Parlamente werden gestärkt

Umsetzung des Vertrages

Ratifizierung in den einzelnen Mitgliedsländer

- Volksabstimmung
- „parlamentarisch“

Kritikpunkte an der EU

neoliberal:

- ökonomische Absichten: Binnenmarkt und Dienstleistungsfreiheit

Forderungen nach mehr:

- Arbeitnehmerrechten
- sozialer Absicherung
- Verlust von Eigenstaatlichkeit? (Beckstein)
- Supranationalisierung/ Denationalisierung?

Zukunft der EU

- Verfassungsvertrag oder weitere Reformen?

Anhang B: Materialien zur politischen Vor- und Nachbereitung der Studienfahrt nach Brüssel 2007⁵

- Vorbereitungssitzungen aller Teilnehmer
- Materialien der Vor- und Nachbereitung der AG Politik Workshop
- Evaluationsbogen

Politische Vorbereitung für alle Teilnehmer zur Brüsselfahrt 2007

Sitzung am 01.03.07

Zeitungsartikel als Annäherung an das Thema EU

Fragen zu Artikeln:

- Was sind Aufgaben der EU? (Friedenssicherung u.a.)
- Was bringt uns die EU?
- Welche Bedeutung hat die EU für Bürger/ Jugendliche?
- Pflichtteil: Was wissen wir über die EU? Was sollten wir wissen? (Aufbau, Institutionen u.a.)
- Fragen an die Abgeordnete? (Fragen aus Artikeln für Abgeordnete/ Hessische Landesvertretung)

Sitzung am 14.03.07

Inhalt

Wiederholung der letzten Sitzung

Aufgaben der EU-Institutionen

Kooperation in der EU

neue EU-Verfassung

Fragen an die EU-Abgeordnete, Hessische Landesvertretung

EU-Spiel: 1, 2 oder 3

Wiederholung der letzten Sitzung

Kernaussagen über die EU in Zeitungsartikeln:

- EU bestimmt deutsche Innenpolitik: Kartellrecht (Telekom), Rauchverbot, Klimaschutz
- Grenzen der EU (wirtschaftlich, sozial u.a.)
- Vergemeinschaftung: Forschungsrat

⁵ An dieser Stelle werden die Materialien der Fahrt 2007 exemplarisch beigelegt, da die Vorbereitung der Fahrt 2006 in ähnlicher Form stattfand und es wird verdeutlicht wie die Vorbereitung zur Fahrt nach Brüssel im Jahr 2007 in der AG Politik Workshop sowie mit allen Teilnehmern abgelaufen ist.

- Kritik: Entwicklungspolitik
- Wirtschaft ↔ Ökologie

Aufgaben der EU-Institutionen

- Institutionen der Europäischen Union

Vgl. hierzu verwendete Grafik unter: bpb (Hg.) 2005, S. 20 oder verfügbar unter:

http://www.bpb.de/publikationen/VDJ6PO,1,0,Vertragsgrundlagen_und_Entscheidungsverfahren.html#art1

Die wichtigsten Organe der EU

Europäisches Parlament: vertritt die Belange der Bevölkerung

Rat der Europäischen Union (Ministerrat): Vertretung der Regierungen der Mitgliedsländer

Europäische Kommission: „Motor der Union“, ausführendes Organ (Regierung)

Europäischer Gerichtshof: sichert die Einhaltung der Gesetze

Europäischer Rechnungshof: kontrolliert die rechtmäßige Verwaltung des EU-Haushaltes

Kooperation in der EU am Beispiel der Außen- und Sicherheitspolitik

Vgl. hierzu verwendete Grafik unter: Zandonella 2005, S. 51 oder verfügbar unter:
<http://www.bpb.de/files/TOUNV3.pdf>

Neue EU-Verfassung

Vgl. hierzu verwendete Grafik unter: Zandonella 2005, S. 38 oder verfügbar unter:
<http://www.bpb.de/files/TOUNV3.pdf>

- EU-Außenminister (effizientere Vertretung der EU im Ausland)
 - EU-Ratspräsident
- Amtszeitveränderungen 2,5 Jahre anstatt 6 Monate

Parlament

Gesetzgebungskompetenz:

EU-Parlament soll mehr Macht bekommen (vgl. Deutscher Bundestag)

Mehrheitsverhältnisse bei der Wahl des Kommissionspräsidenten

Möglichkeit der Gesetzesvorschläge

Kommission

jedes Mitgliedsland der EU stellt bis 2014 nur noch einen Kommissar

Effizienz wird erhöht: Kommissare auf 2/3 der EU- Länder begrenzt, Rotationsprinzip

Veränderungen im Ministerrat

Einstimmigkeitsentscheidungen entfallen

Ministerrat früher:

Abstimmungen im Ministerrat

„doppelte Mehrheit“:

1) 55% der Mitgliederstaaten

2) 65% der Bevölkerung

Veto bei schon vier Gegenstimmen

Vetorecht

nur noch in Bereichen der Steuerpolitik, Sicherheits- und Außenpolitik

erschwert: Justiz- und Innenpolitik

Bürgerbegehren

bei 1 Mio. Unterschriften für Gesetz muss Kommission tätig werden

Ratifizierung

Prozess noch offen

BRD: schon ratifiziert

Probleme: in Frankreich und den Niederlanden ist Zustimmungsprozess fehlgeschlagen

Fragen an die EU-Abgeordnete, Hessische Landesvertretung

1. Reform der EU-Verfassung: Umsetzungschancen?
2. Zukunft der EU? Superstaat?
3. Durchsetzung von Gesetzen/ EU-Initiativen? (Rauchverbot u.a.)
4. Vermittlung von EU-Themen an die Bürger?
5. Meinung zu Studiengebühren?
6. Wirkliche Grenzen von Europa? (Türkei-Beitritt)?
7. Vertreterin von Wahlkreis oder parteigebunden? (z.B. Abstimmungen)
8. Amerikanische Militärstützpunkte in Europa?

Fragen des Jahres 2006:

1. Tagesablauf von Europaabgeordneten
2. Ausschussarbeit
3. „Aktive“ Arbeit
4. Wie sieht die Zusammenarbeit aus?
5. Sprachenfrage?
6. Kriminalität, Außengrenzen der EU (Bsp. Polen)?
7. Angleichung der ökonomischen und sozialen Lebensbedingungen in der EU?
8. Was hat Deutschland von der Mitgliedschaft in der EU?
9. Warum zahlt BRD so viel in den EU-Haushalt?
10. Ist die EU in absehbarer Zukunft nach deutschem föderalistischen Vorbild möglich (Europäisches Parlament= Bundestag, Ministerrat= Bundesrat u.a.)?

Vorschläge zu Kurzreferaten im politischen Bereich:⁶

- Mitgliedsland der EU (außer Belgien) vorstellen
- Mitgliedsländer der EU kurz vorstellen, wann traten diese der EU bei?
- Zu Diamantenmuseum in Antwerpen: Diamantenhandel in der Dritten Welt und Kriege
- Geschichte der EU: Etappen der Europäischen Einigung skizzieren
- Die europäische Gesetzgebung
- Strukturpolitik der EU
- EU-Verfassung: Blick in die Zukunft
- Nachbarn der EU im Osten: Ukraine, Belarus

⁶ Damit die Teilnehmer sich zusätzlich zu der gemeinsamen Vorbereitung mit dem Exkursionsziel auseinander setzen, sollten sie ein Kurzreferat zu einem von ihnen ausgewählten Themengebiet vorbereiten.

- Die Fraktionen im Europaparlament
- Kriterien für EU-Beitritt: Konvergenzkriterien, Kopenhagener Kriterien vorstellen
- EU-Erweiterung aktuell: Soll die Türkei Mitglied werden?

Kurzvorstellung von wichtigen Begriffen rundum die EU bzw. Europa (hierbei wären jeweils 2-3 vorzustellen)

Begriffe:

Europäische Atomgemeinschaft, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europarat, Europawahlen, Mythos Europas, Schuman-Plan, Standorte europäischer Organisationen, Subsidiaritätsprinzip, Amtssprachen/ Arbeitssprachen der EU, Europäische Gemeinschaft/ Europäische Union, EZB, Europäischer Rat, Europa-Symbole, Integration, Kohäsionspolitik, Konvent, Rat der Europäischen Union, Römische Verträge, Schengener Abkommen, Strukturfonds

Europa- Check durch das Spiel 1, 2 oder 3⁷

Allgemeines

Frage 1: Vor gut 50 Jahren (1952) trat in Kraft. Der Vertrag über

A die Europäische Uran-Union

B die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl

C das Europäische Währungssystem

Frage 2: Welcher Staat gehörte nicht zu den sechs Gründerstaaten?

A Belgien

B Italien

C Schweden

Frage 3: Am 5. Mai 1949 wurde gegründet?

A Europarat

B Der Europäische Rat

C Rat der Europäischen Union

⁷ Dieses Spiel wurde zum Abschluss der politischen Vorbereitung mit den Teilnehmern der Fahrten nach Brüssel 2006 und 2007 durchgeführt. Hierbei erhielten die Heranwachsenden drei Spielkarten (A, B und C) und mussten zu jeder Frage gleichzeitig ihre Karten heben. Die richtigen Lösungen erhielten die Jugendlichen im Anschluss an das Spiel.

Frage 4: Derzeit gilt der Vertrag von

A Amsterdam

B Maastricht

C Nizza

Frage 6: Welches EU-Organ verfügt bei der Gesetzgebung (Richtlinien) über das Initiativrecht?

A Kommission

B Europäischer Rat

C Europaparlament

Frage 7: Wer war Präsident des Verfassungskonvents?

A Silvio Berlusconi

B Roman Herzog

C Valéry Giscard d'Estaing

Der EU-Gipfel vom Dezember 2005

Frage 8: Welches Land der EU hat momentan die EU- Ratspräsidentschaft inne?

A Deutschland

B Österreich

C Großbritannien

Frage 9: Der EU-Haushalt in dem Zeitraum von 2007-2013 hat einen Umfang von 862, 4 Mrd. €.

Welches der folgenden Ressorts beinhaltet den größten Umfang?

A Agrar,- Fischerei- und Umweltpolitik (372 Mrd. €)

B Strukturhilfen (308 Mrd. €)

C Justiz und Innenpolitik (10 Mrd. €)

Frage 10: Im Dezember 2005 kam es zu einem Streit über die Verteilung der EU-Finzen. In welchen Bereichen wurde gestritten?

A Briten-Rabatt und französische Agrarsubventionen

B Briten-Rabatt und Bildungspolitik

C Französische Agrarsubventionen und die Frage der innenpolitische Unterstützung bei Fußball-WM

Frage 11: Im Dezember 2005 stellt ein europäisches Land den Antrag auf Mitgliedschaft in der EU.
Welches der folgenden drei?

A Mazedonien

B Kroatien

C Russland

Frage 12: Welche Länder traten der EU 2007 bei?

A Rumänien, Türkei

B Bulgarien, Rumänien

C Türkei, Bulgarien

Frage 13: Wie viele Länder sind Mitglied der EU?

A 27

B 15

C 12

Frage 14: Was ist im Moment das größte Problem Europas (Gipfel vom Dezember so geäußert)?

A chronische Wirtschaftsflaute

B Nivellierung der Bildungsrahmen (Bologna-Prozess)

C Außenpolitik: Verhältnis zu den USA

Frage 15: Was ist im Moment das größte Problem Europas?

A Energiepolitik

B Nivellierung der Bildungsrahmen (Bologna-Prozess)

C Außenpolitik: Verhältnis zu den USA

Anmerkung: Richtige Antworten sind unterstrichen.

Zusätzlich für AG Politik Workshop-Teilnehmer:

Sitzung am 08.03.07

Im aktuellen Teil:

EU-Ratspräsidentschaft Deutschlands:

- EU-Gipfel in Brüssel: Klimaschutz

Chronologie der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

17.1: Vorstellung des Präsidentschaftsprogramms in Straßburg

8./9.3: Gipfel zu EU-Energiepolitik

14.3: Zwischenbericht zu Präsidentschaft in Straßburg

25.3: 50 Jahre Römische Verträge in Berlin

21./22. Juni: EU-Verfassungsprozess in Brüssel

30. Juni: Ende der Präsidentschaft

Sitzung am 15.03.07

Wiederholung der letzten Sitzung

Brüssel-Vorbereitung

- Zeitungsartikel/ Talkshow (Sollte die Türkei in die EU?)

Sitzung am 22.03.07

Wiederholung der letzten Sitzung

Brüssel-Vorbereitung

- Film zur EU-Geschichte

Nachbereitung und Auswertung zur Brüsselfahrt 2007⁸

Sitzung am 19.04.07

Verlauf der Sitzung

Wiederholung der letzten Sitzung

Nachbesprechung der Brüsselfahrt

- Evaluation

⁸ Die folgenden Materialien verdeutlichen wie der Parlamentsbesuch nach Brüssel in der AG Politik Workshop ausgewertet wurde. Darüber hinaus erhielten alle Teilnehmer Evaluationsbögen.

Neue Themen?

Aktuelles

Zusammenfassung und Ausblick auf die nächste Sitzung

Nachbesprechung Brüsselfahrt

Europapolitik

- Gespräch mit MdEP
- Plenarsitzung des Europaparlaments
- Hessische Landesvertretung

Kulturelles in Belgien

- Brüssel
- Gent
- Antwerpen

Sitzung am 26.04.07

Wiederholung der letzten Sitzung

Nachbesprechung der Brüsselfahrt

- Evaluationbögen

Europapolitik: Film

Aktuelles

Evaluationsbogen Brüsselfahrt 2007

Folgende Punkte bitte nach Schulnotensystem von 1 (sehr gut) bis 6 (ungenügend) bewerten. Abstufungen mit + und – sind möglich.

1. Behandelte Themen ____
2. Brüsselfahrt als politische Praxiserfahrung ____
3. Besuch in Leuven (Innenstadt mit Rathaus, Begijnhof) ____
4. Hotel a) Zimmer ____
 b) Service ____
 c) Frühstück ____
5. Porte Noir (Kneipe in Keller, 1. Abend) ____
6. Europaparlament a) Gespräch mit Frau Weiler ____
 b) Plenarsitzung ____
7. Deutsche Schule Brüssel ____
8. Hessische Landesvertretung ____
9. Gemeinsames Abendessen mit Selbstversorgung ____
10. Kneipe in Sint Gillis (2. Abend) ____
11. Atomium a) Besuch außen ____
 b) Besuch innen ____
12. Essen bei Pizza-Hut (Gent) ____
13. Genter Altar ____
14. Sint-Baafs Kathedrale ____
15. Burg Gravensteen ____
16. Innenstadt Gent ____
17. Szene-Kneipe am Sint-Goriksplein (Brüssel, 3. Abend) ____
18. Diamantenmuseum (Antwerpen) ____
19. Innenstadt Antwerpen ____
20. Schiffahrtsmuseum ____
21. Letztes Gemeinsames Abendessen (Domus, Leuven) ____
22. Abends nach Leuven (als Programmpunkt allgemein für spätere Fahrten) ____
23. Dreiländereck ____

24. Vorbereitungstreffen für Brüsselfahrt ____
25. Freizeit (bitte ankreuzen) mehr ok weniger
26. Note für Freizeitanteile allgemein ____

25. Gesamtbewertung der AG

Note:

26. Vorschläge zur Verbesserung (auf die Rückseite)

Anhang C: Ehrenwörtliche Erklärung zur Versicherung der selbständigen Arbeit

Hiermit bestätige ich, dass ich die vorliegende Arbeit mit dem Titel **„Exkursionen in der politischen Bildung am Beispiel von Parlamentsbesuchen“** eigenständig angefertigt und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Des Weiteren erkläre ich, dass ich alle wörtlichen und indirekten Zitate sowie Grafiken, Tabellen und Abbildungen aus den angegebenen Quellen und Hilfsmitteln korrekt gekennzeichnet habe. Mir ist bekannt, dass ein Verstoß gegen diese Regelung als Plagiat betrachtet wird. In diesem Fall wird die Arbeit mit „nicht ausreichend“ bewertet. Im Wiederholungsfall hat dies den Ausschluss von weiteren Prüfungen – und damit vom Studium – zur Folge.

Datum

Unterschrift